Antifaschistisches info Blatt

Nr. 134 | Frühjahr 2022 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR



RECHTE SIEDLUNGSTRÄUME

www.antifainfoblatt.de



„DIE VOLKSSUBSTANZ BEWAHREN“
In Mittelsachsen hat sich in den vergangenen Jahren ein Netzwerk völkischer (Neonazi-)Familien angesiedelt. Sie werben für den Zuzug westdeutscher Neonazis. Ihre Strategie geht teilweise auf - sie werden zunehmend zu einer Gefahr.



BUSINESS AS USUAL
Dem Status des ehemaligen Hammerskins, Mirko Hesse, haben offenbar weder seine Spitzel-Tätigkeit, noch Betrugsvorwürfe in der Szene, nachhaltig geschadet. Er fand nach seiner Haft erneut Anschluss und unterstützt Neonazi-Versände und den Online-Shop von „Ein Prozent“.



STEIGENDE ASYLZAHLEN? EIN BLICK HINTER DIE SCHLAGZEILEN
Die Asylzahlen steigen, aber die Entscheidungen über die Asylanträge von afghanischen Geflüchteten hatte das BAMF zum größten Teil monatelang auf Eis gelegt. Deutlich wird anhand der aktuellen Zahlen auch, dass die Widerrufsprüfungen in den meisten Fällen reine Zeitverschwendung sind.



GOLDENE TÜRME WACHSEN NICHT ENDLOS
Jahrelang eilt die Dänische Volkspartei von Erfolg zu Erfolg. Bei der Parlamentswahl 2015 wird sie sogar zweitstärkste Kraft und die Möglichkeiten scheinen unendlich. Heute, sieben Jahre später, kämpft die Partei gegen die Bedeutungslosigkeit.

Titelfoto: shutterstock.com / berni0004

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

Es wurden in jüngerer Zeit häufiger Fälle bekannt, bei denen rechte AktivistInnen, Neonazis oder Pandemie-Leugner_innen versuchten, bestimmte Regionen oder Ortschaften zu besiedeln oder zu dominieren. Solche Bestrebungen gab es immer wieder, meistens kamen sie über theoretische Konzepte nicht hinaus. Doch mittlerweile scheint es so, als würden solche Projekte konkreter realisiert werden. Die Angst vor Migration, die Angst vor Impfungen und der Glaube an „Tag X"-Szenarien dürfte diese Entwicklung beschleunigt haben. Es ist die wahnhafte Angst vor Veränderung und dem Verlust der eigenen gesellschaftlichen Privilegien und gleichzeitig der Wunsch nach Umsturz und Aufbruch in eine autoritär strukturierte, nach den „ursprünglichen Spielregeln" funktionierende Zukunft, die diese unterschiedlichen Akteure beflügelt und eint.

Grund genug, der Thematik einen Schwerpunkt zu widmen. Einige „aktuelle" Meldungen über „Rechte Rückzugsräume" machten in den vergangenen Woche eine kurze Runde durch die Schlagzeilen: Westdeutsche Neonazis ziehen gezielt in bestimmte Gebiete nach Ostdeutschland. Das „Königreich Deutschland" des Reichsbürgers Peter Fitzek will in Sachsen das „Schloß Bärwalde" in Boxberg und das „Wolfsgrüner Schlößchen" in Eibenstock kaufen, um hier „Gemeinwohldörfer" zu errichten. Aufmerksame Twitter-Leser_innen erfuhren, dass eine „Deutschsprachige Gemeinschaft am Balaton" in Ungarn mittlerweile offen Veranstaltungen mit extrem rechten ReferentInnen durchführt. Es zeichnet sich das Bild verschiedener Inseln für verschiedene Zielgruppen ab. Eine gemeinsame Strategie oder ein abgesprochenes Vorgehen der Akteure ist nicht erkennbar und wäre vermutlich auch schwer realisierbar. Die Mitglieder der „Turonen" und die Anhänger_innen der „Anastasia" Bewegung dürften beispielsweise erhebliche Schwierigkeiten im Zusammenleben in einem gemeinsamen Rückzugsraum haben. Konzeptionelle Probleme, Selbstüberschätzung oder eine gesamtgesellschaftliche Bedeutungslosigkeit sind hierbei jedoch kein Grund zur Entwarnung. Zeigten doch Beispiele wie die „Colonia Dignidad" in Chile und „Elohim City" in den USA, dass der erfolgreiche „Rückzug" in ein eigenes Territorium schnell zur Entstehung menschenverachtender politischer Sekten oder zum Ausgangspunkt für Terrorismus führen kann. In dieser Ausgabe stellen wir daher verschiedene Formen „Rechter Rückzugsräume" im In- und Ausland vor, ohne dabei einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Am 24. Januar wurde der 24-jährige kongolesische Geflüchtete Moïse Mugenyi Kabagambe in Rio de Janeiro in Brasilien von mehreren Menschen getötet. Kabagambe hatte in einer Strandbar garbeitet, die ihm seinen Lohn nicht gezahlt hatte. Als er diesen einforderte, wurde er gefesselt und zu Tode geprügelt. In mehreren Städten Brasiliens gab es daraufhin große Proteste, die auf den zunehmenden Rassismus in Brasilien hinwiesen.

Im US-amerikanischen Portland wurde am 19. Februar die 60-jährige Antifaschistin June „T-Rex" Knightly erschossen, als ein 44-jähriger das Feuer auf eine Kundgebung für den von Polizisten erschossenen Schwarzen Amir Locke eröffnete (siehe S. 58). Fünf weitere Menschen wurden verletzt. Der Täter hatte sich antifaschistischen Recherchen zufolge über die letzten Jahre zunehmend in Richtung extreme Rechte radikalisiert.

Die Tage unserer Endredaktion sind überschattet von den Ereignissen in der Ukraine, wo der russische Staat unter Putin einen Angriffskrieg begonnen hat. Unsere Gedanken sind gerade bei den Menschen in der Ukraine, bei den linken Aktivist_innen in Russland und der Ukraine und bei den vielen Geflüchteten, die hier Unterstützung brauchen.

Zu den Hintergründen des Krieges aus der Sicht antifaschistischer Recherchen empfehlen wir die Artikel aus den Ausgaben 126 („Die Ukraine – Sehnsuchtsort der extremen Rechten") und 115 („Der rechte Blick nach Russland") zu lesen. Ansonsten möchten wir auf das Statement der russischen Antifas der Band „Moscow Death Brigade" verweisen: „Don't support states and regimes with their nationalistic agendas and warmongering – support the people. Fuck war. Stand for peace regardless of your nationality, ethnicity and religion. Special shout out to the antifascist brothers and sisters in Ukraine and everywhere in the region!" •


Moïse Mugenyi Kabagamb


June Knightly

#Polizeiproblem im Bundestag

Bereits im Sommer letzten Jahres deckte die taz diverse rechte Vorfälle bei der Bundestagspolizei auf, die bis dahin ohne Konsequenzen geblieben waren. Dazu zählten Hitlergrüße im Pausenraum, rassistische Beiträge in Chatgruppen sowie mit Michael R. ein mutmaßlicher „Reichsbürger in Uniform". Die Parlamentspolizei unterscheidet sich also offenbar in der Hinsicht kaum von denen der Bundesländer. In Reaktion auf den Bericht entschied sich die Bundestagsverwaltung allerdings nicht dazu, Ermittlungen einzuleiten, sondern lediglich rund 200 aktive und ehemalige Beamte zu befragen. Im Ergebnis wurden fünf Disziplinarverfahren gegen Bundestagspolizisten eingeleitet, die im taz-Artikel erwähnten Fälle führten zu zwei Suspendierungen. Auch kamen weitere Vorfälle von extrem rechten, rassistischen und homofeindlichen Äußerungen ans Tageslicht. Letztlich wurde aber mit der Art der Befragung deutlich, dass das Problem auf Einzelfälle reduziert werden sollte und vor allem versucht wurde, den „Whistleblower" zu identifizieren.



Foto: Lichtblick/Achim Melde

Norman P. (rechts im Bild) wurde vorerst von seinen Aufgaben entbunden.

Wie nun Anfang 2022 bekannt wurde, bekam das für „Polizei und Sicherheitsaufgaben" im Bundestag zuständige Referat ZR3 im Dezember 2021 einen neuen Leiter: Norman P. Dieser ist seit Jahren als Mitglied der extrem rechten Berliner „Burschenschaft Gothia" bekannt und kandidierte 1998 für den „Bund Freier Bürger". (Vgl. AIB 65 / 1.2005) P. ist als Jurist schon länger in der Bundestagsverwaltung tätig und soll der CDU angehören. Er engagierte sich auch noch nach seinem Studium als „Alter Herr" in der rechten Burschenschaft, die mit Verbindungen zu AfD und „Identitärer Bewegung" auffiel und Holocaustleugner als Redner eingeladen hatte. Noch 2020 wurde P. dort als Kassenprüfer gewählt.

P. soll nicht der einzige „Gothe" in der Bundestagsverwaltung sein, unter anderem im Besucherdienst befinden sich gleich mehrere Angehörige der Burschenschaft. Bislang ohne Konsequenzen. Zumindest P. wurde aber nach den Berichten über seine Person fürs erste von seinen Aufgaben entbunden. •

Rechter Terror von Teenagern in Schweden

In Schweden verübten zwei Teenager unabhängig voneinander zwei rechtsterroristische Angriffe in Schulen. Die beiden waren befreundet und radikalisierten sich in den rechten sozialen Medien.

Am Morgen des 19. August 2021 ging ein 15-Jähriger in Eslöv mit einem Messer bewaffnet auf einen Lehrer seiner Schule los. Er streamt die Tat live über seinen Twitch-Account. Sein Gesicht ist mit einer Totenkopfmaske bedeckt. Seine Vorbilder hierfür sollen die Rechtsterroristen von Christchurch und Halle gewesen sein. Er galt als ein Verehrer des Nationalsozialismus. Laut einem Plan, den er zuvor einem Freund auf der Social-Media-Plattform Discord schickte, wollte er ursprünglich „so viele Menschen wie möglich" ermorden. Doch davon rückte er offenbar im letzten Moment wieder ab. Wegen versuchten Mordes wurde der Teenager im Dezember 2021 zu einer zweieinhalbjährigen Haftstrafe verurteilt. Mitte Januar 2021 war der Attentäter bereits aufgefallen, weil er mit einer Hakenkreuzarmbinde durch die Stadt gelaufen war. Das FBI hatte seine IP-Adresse im Zusammenhang mit einem möglichen Schulattentat in Australien ermittelt.

Etwa ein halbes Jahr später, am 10. Januar 2022, stach erneut ein Jugendlicher in einer Schule mit einem Messer auf einen Lehrer und einen Schüler ein, bevor er von der Polizei gestoppt werden konnte. Der Tatort war Kristianstad, knapp 60 Kilometer von Eslöv entfernt. Auch dieser jugendliche Täter galt als Rechter, der sich in terroraffinen und rechten Online-Milieus bewegte.

Die Sicherheitsbehörden kannten ihn bereits aus ihren Ermittlungen wegen des Messer Angriffes im August 2021 in Eslöv. Er galt als ein guter Freund des verurteilten Täters. Laut einem Bericht von „Belltower. News"[1] bestätigte die schwedische Polizei den Tatverdächtigen. Sie geht von einem „versuchten Mord in zwei Fällen" aus.

Beide Täter waren laut den Ermittlungen fasziniert von den Rechtsterroristen von Christchurch, der 51 Menschen ermordete, und dem Attentäter von Halle, der zwei Menschen ermordete. In einem Dokument mit dem Titel „manifest.txt" hatte der erste Täter Nazi-Ideologie an einen anderen Freund online verschickt. In seinem Text richtet er laut „Belltower. News" auch einen expliziten Dank an den zweiten Attentäter und rief dazu auf, sich anderen rechtsterroristischen Gruppierungen wie der „Atomwaffen Division" anzuschließen. •

1 belltower.news: „In Schweden verüben zwei Minderjährige unabhängig voneinander zwei rechtsterroristische Taten. Die beiden sind befreundet und radikalisierten sich in den sozialen Medien. Die Taten hatten eindeutige Warnzeichen." von Thilo Manemann|,10. Februar 2022)

Hamburg: Schmuddelimpfung am Hauptbahnhof



Björn Neumann (rechts)

„Betreiber ein Rechter, Arzt saß im Knast“ – so titelte die „Hamburger Morgenpost“ Mitte Dezember über ein „Ekel-Impfzentrum“ im Hamburger Hauptbahnhof. Einige Tage zuvor hatten Polizei und Gesundheitsamt das Impfzentrum durchsucht und die Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung aufgenommen. Zuvor hatten sich wiederholt Besucher_innen über mangelnde Hygienestandards beschwert. Mindestabstände, Ruhemöglichkeit für frisch Geimpfte, Aufklärungszettel des RKI, Abfrage von Datum und Vakzin der letzten Impfung – alles Fehlanzeige. Selbst der Kühlschrank lief nicht und die benutzten Spritzen landeten im normalen Müll. Unter den Nutzer_innen des Impfangebots herrschte nun große Verunsicherung und ihnen wurde nahegelegt, sich ein weiteres Mal bei einem seriösen Anbieter impfen zu lassen, da nicht klar war, ob der Impfstoff aufgrund der fehlenden Kühlung noch wirksam war oder ob überhaupt in jedem Fall ein Originalpräparat injiziert wurde.

Der verantwortliche Arzt Tammo Bialas wurde schon 2003 und 2016 wegen Abrechnungsbetrug und Körperverletzung zu Haftstrafen verurteilt. Er hat bereits in fast allen Bundesländern als Arzt gearbeitet. Ob er dabei immer eine Approbation und die Mitgliedschaft in den jeweiligen Landesärztekammern hatte, ist unklar. Zum Zeitpunkt seiner Tätigkeit für das Impfzentrum war er jedenfalls nicht Mitglied der Hamburger Ärztekammer.[1] Ein rechter Hintergrund ist bei Bialas nicht bekannt, laut Hamburger Antifaschist_innen gilt er als FDP-nah.

Betreiber des Impfzentrums ist eine „Hammonia Hospital Virtuelle Klinik Betriebsgesellschaft mbH“, eine Briefkastenfirma mit Sitz in Hamburg, als deren Gesellschafter Bialas 2015 und 2016 laut bundesanzeiger.de die Bilanzen unterzeichnete.

Mindestens ebenso schillernd wie Bialas ist der Geschäftsführer der Hammonia GmbH, Björn Neumann. Er kann auf eine lange Karriere in rechten Parteien zurückblicken: Gestartet bei der CDU, schloss er sich später der rechtspopulistischen Schill-Partei des berüchtigten Hamburger Strafrichters und späteren Innensenators Ronald Schill an und war nach Zwischenstationen bei der „Deutschen Volksunion“ (DVU), der NPD und der deutschen Zentrumspartei schließlich einer der Gründer des Hamburger Landesverbands der AfD.

2008 war er für die Zentrumspartei als Kandidat bei der Hamburger Bürgerschaftswahl angetreten, 2011 dann für die NPD. Über diese NPD-Kandidatur stolperte er schließlich 2017, als er für den Bundesvorstand der AfD kandidierte – erfolglos: 99 Prozent der AfD-Mitglieder stimmten gegen ihn, aus Parteikreisen hieß es damals, Alexander Gauland persönlich habe versucht, ihn von der Kandidatur abzubringen. Schon 2014 hatte der Hamburger AfD-Landesverband eine Entscheidung gefasst, wonach Neumann alle Rechte als Parteimitglied entzogen werden sollten. Dieses Vorhaben versandete jedoch anscheinend, nachdem Neumann dagegen geklagt hatte.

Nun gilt es abzuwarten, was für unappetitliche Details die Ermittlungen noch ans Tageslicht befördern. Die Erfolgsaussichten für eine erneute politische Karriere des „Schmuddelkindes“ Björn Neumann dürften jedenfalls deutlich geschmälert worden sein. •

1 Das Ekel-Impfzentrum, der NPD-Kandidat und sein krimineller Arzt, Hamburger Morgenpost vom 14.12.2022

Todesschütze aus Heidelberg mit „III. Weg“-Verbindung

Am 24. Januar 2022 eröffnete der 18-jährige Nikolai Gombert in einem Hörsaal der Universität Heidelberg das Feuer auf mehrere Studierende. Dabei tötete er eine 23-jährige Studentin durch einem Kopfschuss, drei weitere Personen wurden leicht verletzt. Danach floh der Täter in den Außenbereich der Universität und erschoss sich selbst. Während die Herkunft der Schusswaffen, Gombert hatte zwei Gewehre und rund 100 Schuss Munition bei sich, schnell im benachbarten Österreich ermittelt werden konnte, bleibt das Motiv für die Tat weiterhin offen. Gombert stammte aus Berlin-Wilmersdorf, studierte in Heidelberg Biowissenschaften und trat polizeilich bislang nicht in Erscheinung. Vor der Tat hatte er seinem Vater eine Textnachricht geschrieben, in der er ankündigte, dass „Leute jetzt bestraft werden müssen“.

Mehrere Medien berichteten nach der Tat, Gombert sei auf einer älteren internen Liste der Kleinstpartei „Der III. Weg“ gefunden worden. Demnach soll er Mitglied gewesen und 2019 ausgetreten sein. Auf ihrer Homepage bezeichnete die Partei diese Meldungen als „Fake-News“, gab aber zu, dass Gombert im September 2019 einen Fördermitgliedsantrag gestellt hatte. Lediglich durch eine fehlende Unterschrift sei die Mitgliedschaft nicht zustande gekommen. Dieser Antrag war demnach bei einer Razzia beim damaligen „III. Weg“-Vorsitzenden Klaus Armstroff im März 2020 beschlagnahmt worden. •

TITEL

Das „Netzwerk Landraum" von „Ein Prozent"

TIMO BÜCHNER

2007, vor 15 Jahren, schrieb Götz Kubitschek (*1970), Gründer des „Institut für Staatspolitik" und Chefredakteur der Zeitschrift „Sezession", einen Essay über die Bevölkerungsentwicklung in ländlichen Räumen. Er prognostizierte, „etliche kleine mitteldeutsche Siedlungen werden in den nächsten Jahrzehnten ganz oder teilweise veröden"[1]. Die Gründe: Abwanderung und Kinderlosigkeit. Insbesondere junge Männer würden in den ländlichen Räumen zurückbleiben. Seine Hoffnung: „Es wird doch in Deutschland Familien und junge Leute genug geben, die sich die leeren Häuser und die jungen Männer vornehmen und etwas aufbauen."

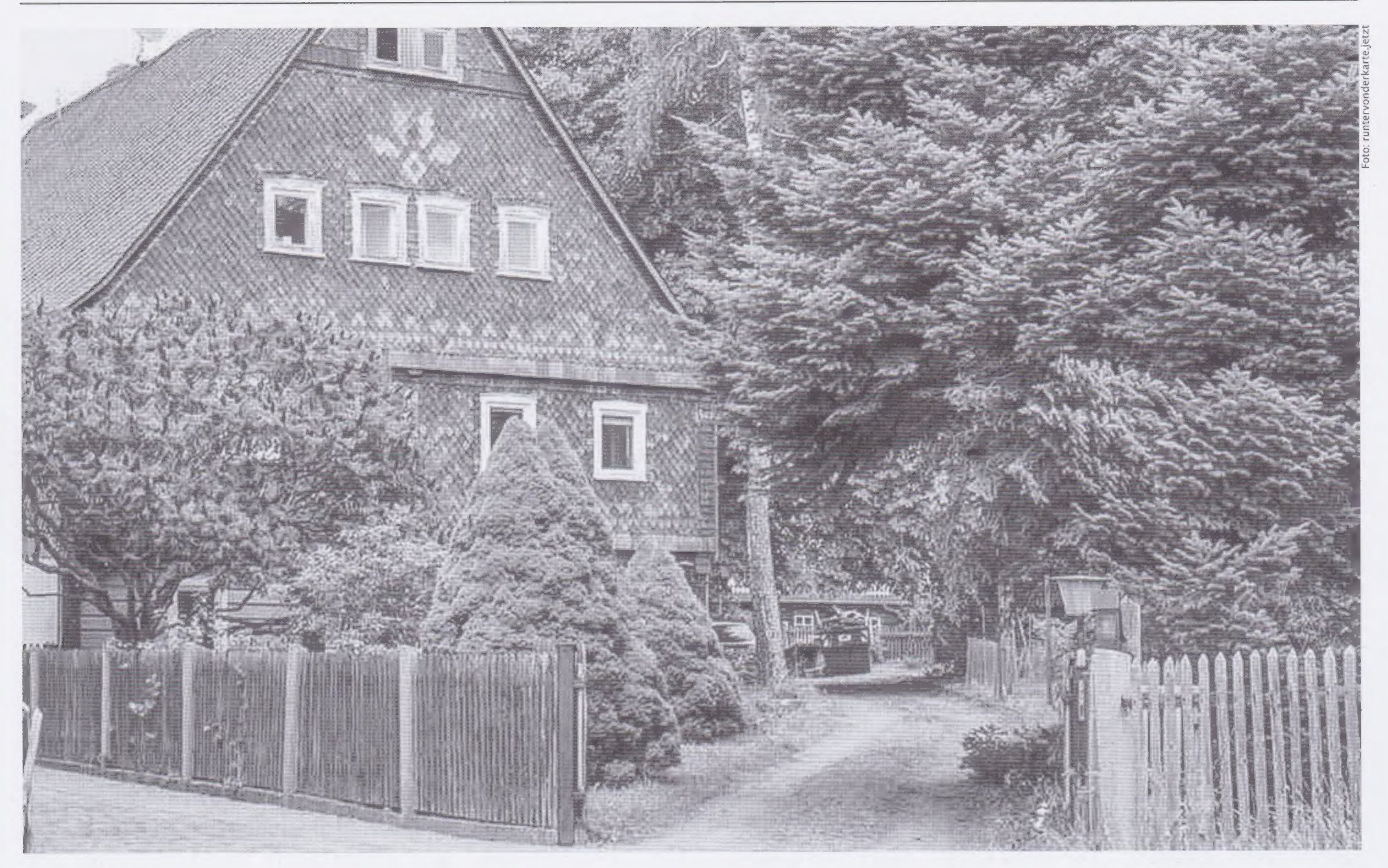
2015 initiierte Kubitschek gemeinsam mit Jürgen Elsässer (Compact – Magazin für Souveränität), Hans-Thomas Tillschneider (AfD Sachsen-Anhalt) und Karl Albrecht Schachtschneider (Studienzentrum Weikersheim) das extrem rechte Kampagnenprojekt „Ein Prozent für unser Land". Die Idee des Projekts: Ein Prozent der deutschen Bevölkerung reiche aus, um einen Wandel herbeizuführen, um die kulturelle – und politische – Hegemonie in der Bundesrepublik zu brechen. Ein Blick in die Praxis zeigt, wie die Hegemonie gebrochen werden soll: Das Projekt, ein Verein mit Sitz in Oybin (Sachsen), sammelt Spenden, um Aktionen gegen Migrant:innen und Geflüchtete zu finanzieren und um den „Widerstand" gegen die deutsche Asyl- und Migrationspolitik zu vernetzen.

Der Verein, der sich als „Deutschlands größtes patriotisches Bürgernetzwerk" inszeniert, verkündete Ende November 2017 den Start einer „Arbeitsgruppe ‚Netzwerk Landraum'"[2]. Die „Arbeitsgruppe" suchte „Pioniere", die von der Stadt in ländliche Räume ziehen wollen, und unterstützte sie in deren „Ansiedlung" (z.B. Arbeits- und Immobiliensuche). Es heißt in der Ansprache an die „Pioniere": „Möchten auch Sie im ländlichen Raum Fuß fassen? Fühlen Sie, dass Sie in Ihrer Großstadt nicht mehr sicher sind? Spüren Sie die verschlechterten Lebensumstände, die seit Beginn der sogenannten Flüchtlingskrise unser Land zum Negativen verändern?" Die „Arbeitsgruppe ‚Netzwerk Landraum'" ist, das wird in der Verkündung deutlich, ein ideologisch – und mehr noch: rassistisch – motiviertes Projekt.

„Ein Prozent" betonte, es gehe „keinesfalls darum, geschlossene Siedlungen oder Parallelwelten zu bilden". Stattdessen werde erwartet, „sich in der ländlichen Struktur aktiv zu engagieren". Das Konzept des Projekts erinnert an das Konzept völkischer Siedler:innen, an das Konzept der autarken Scholle. Neben „Pionieren" wurden „Paten", „Investoren" und „Mäzene" gesucht. Die „Paten" sollten die „Pioniere" vor Ort unterstützen, die „Investoren" und „Mäzene" sollten die Raumnahme finanzieren. Sie sollten Bauernhöfe und Rittergüter kaufen, um „Mehrgenerationshöfe", „kulturelle Begegnungsstätten" und „kombinierte Kultur-, Arbeits- und Wohnstätten" zu ermöglichen. Bereits in der Verkündung schrieb „Ein Prozent", man konnte bereits erste Familien in „fünf Zielgebieten" ansiedeln. Wer die Familien waren und wo die Familien lebten, blieb – selbstverständlich – unerwähnt.

Anfang Februar 2018, nur ein paar Wochen nach der Verkündung des Projekts, zog „Ein Prozent" eine „Zwischenbilanz"[3]: Inzwischen seien 15 Familien im Austausch mit der „Arbeitsgruppe" gestanden. Die Motivation und Ziele der Familien würden erörtert, Besichtigungen von Immobilien und Wohnungen würden geplant. Drei Familien seien im Dezember 2017 umgezogen, drei weitere Familien stünden vor dem Umzug. Darüber hinaus seien mehrere Immobilien gekauft worden. Neben den „fünf Zielgebieten" seien zwei weitere „Zielgebiete" in Planung. Auch in der „Zwischenbilanz" machte „Ein Prozent" kein Geheimnis aus der ideologischen Motivation des Projekts. Es hieß, sie wollten „unser ganzes Land Schritt für Schritt zurückholen".

Im Frühjahr 2019, ein Jahr nach der „Zwischenbilanz", sprach Helge Hilse (Ein Prozent) mit der NPD-nahen Zeitschrift „Umwelt & Aktiv" über das „Netzwerk Landraum"[4]. Das Interview, das in der Rubrik „Heimatschutz" erschien, war von biologistischer Sprache geprägt. Hilse erklärte mit Blick auf ländliche Räume: „Wir Deutsche müssen intensiv an unserer Wurzelpflege arbeiten. Es nützt nichts, einen von der Wurzel her absterbenden Baum zurückzuschneiden, sondern es muß [sic!] die Wurzel freigelegt und dort die Heilung angesetzt werden." Er sah in der gläubigen, traditionellen Familie und im ländlichen Raum das Fundament einer gesunden „Volksgemeinschaft". Stolz verkündete er, es würden Menschen aus Osteuropa und den USA anreisen, um das „Netzwerk Landraum" kennenzulernen und zu unterstützen. Er forderte, man solle in eine „Art ‚Volksaktie'" investieren.


Foto: runtervonderkarte.jetzt

Der Rechtsrapper "Chris Ares" wollte ein "patriotisches Hausprojekt" in Weifa (Sachsen) gründen.

Auffällig ist: „Umwelt & Aktiv" stellte konkrete Fragen, Hilse gab unkonkrete Antworten. Das kann unterschiedliche Gründe haben. Hilse selbst sagte, es sei unklug, Details preiszugeben, da in Deutschland „ein Klima der politischen Diskriminierung Andersdenkender herrscht". Die Preisgabe von Details würde den Hass von „fanatisierten Antideutschen" hervorrufen. Ein anderer Grund könnte sein: Der Erfolg von „Netzwerk Landraum" ist bescheiden gewesen. Am 2. Juli 2019, wenige Monate nach dem Interview, verkündete Hilse ein neues Projekt: die Gründung des Vereins „Landleben19"[5]. Der Verein hat seinen Sitz, wie „Ein Prozent", in Oybin. Der Aufruf des Vereins erinnert an den Aufruf der „Arbeitsgruppe ‚Netzwerk Landraum'". Es wurde beispielsweise nach „Investoren" zum „Ackerlandankauf" sowie zum „Haus- und Hoferwerb" gesucht. Unter „Spende" ist eine detaillierte Liste einsehbar[6]. Am Ende der Liste werden, wie bereits im Interview mit „Umwelt & Aktiv", Spenden als eine „Art ‚Volksaktie'" bezeichnet.

An das Konzept des „Netzwerk Landraum" knüpfte der Rechtsrapper „Chris Ares" (*1992, aka Christoph Aljoscha Zloch) an. Der Rechtsrapper war im Umfeld der extrem rechten „Identitären Bewegung" aktiv, die „Bastion EP" (2017) von „Chris Ares" und „Komplott" wurde durch „Ein Prozent" unterstützt. Zwischenzeitlich plante der Rechtsrapper gemeinsam mit seinen Rap-Kameraden „Primus" und „Prototyp" den „Neuen Deutschen Standard" (NDS). Zloch, der in einem „patriotischen Wohnprojekt" in Sauerlach (Bayern) wohnte, kündigte im April 2020 via Telegram an, er wolle „ein Dorf gründen" und schaue in den östlichen Bundesländern nach Grundstücken. Das „Dorf" solle in unmittelbarer Nähe einer Stadt liegen, in der Stadt solle ein „Haus der Patrioten" entstehen. Kurze Zeit später, im Juni 2020, gab der Rapper nähere Informationen preis: Das „Dorf" umfasse vier Häuser „zwischen Dresden und Pulsnitz", ein „Patrioten-Jugendzentrum" samt Tattoostudio öffne seine Pforten in Bischofswerda (Sachsen). Zur Finanzierung des „Patrioten-Jugendzentrum" seien „Paten" nötig. In demselben Monat erklärte er in einem YouTube-Livestream: „Aktuell laufen die letzten Vorbereitungen zur Gründung unseres Dorfes". Es stünden 25 Personen bereit. Die ersten - Zloch und seine Rap-Kameraden - würden zum September 2020 umziehen.

Medialer Druck und zivilgesellschaftlicher Protest verhinderten die Eröffnung des „Patrioten-Jugendzentrums". Auch das „patriotische Hausprojekt", das Zloch & Co. starten wollten, scheiterte. Zloch wollte den Ort des „Dorfes" unter Verschluss halten. Allerdings wurde der Ort rasch publik: Das Haus ist ein ehemaliges Ferienwohnheim in Weifa (Sachsen)[7]. Nach internen Konflikten endete Zlochs Traum vom eigenen Dorf in der sächsischen Provinz. Er beendete gar seine Rap-Karriere. Ob er zurückkehren wird, bleibt abzuwarten und zu beobachten. •

1 Kubitschek, Götz (01.10.2007): Leere Räume - Junge Männer, Sezession **2** Ein Prozent (21.11.2017): Kulturraum Land: Investoren und Pioniere gesucht **3** Ein Prozent (06.02.2018): ‚Netzwerk Landraum' - eine Zwischenbilanz **4** Umwelt & Aktiv (2019): Im Gespräch mit Helge Hilse zum Projekt NETZWERK LANDRAUM, Ausgabe 1, S. 33-38. **5** Landleben19 e.V. (02.07.2019): Eröffnung! **6** Landleben19 e.V. (2022): Spenden **7** Runter von der Karte (13.10.2021): Weifa, NDS-Komplex

TITEL

In Mittelsachsen hat sich in den vergangenen Jahren ein Netzwerk völkischer (Neonazi-)Familien angesiedelt. Zusammen werben sie für den Zuzug westdeutscher Neonazis in Ostdeutschland. Ihr Projekt genießt in der Szene hohes Ansehen. Obwohl sie ihr Netzwerk größer aussehen lassen als es ist, geht ihre Strategie in Teilen auf und die Siedler*innen werden zunehmend zu einer Gefahr.

„Die Volkssubstanz bewahren"

Die „Initiative Zusammenrücken in Mitteldeutschland"

JOHANNES GRUNERT (NACHDRUCK AUS LOTTA NR. 85)

Mit seinen hohen Mauern und den massiven Toren ähnelt der Hof der Familie Strauch einer Festung. Vater Dankwart Strauch leitet von dem ehemaligen Bauerngut im 150-Einwohner*innen-Dorf Naunhof nahe der sächsischen Stadt Leisnig aus ein Geflecht von Verlagen und Vertrieben für neonazistische Literatur. „Warum biologische Lebensgestaltung", „Der Totale Krieg" und „Das Organisationsbuch der NSDAP" sind Beispiele für die zahllosen Buchtitel, die er vertreibt. Dankwart Strauch und seine Frau Bente Strauch zogen 2015 mit ihren fünf Kindern in den kleinen Ort an der A14 zwischen Dresden und Leipzig. Die Familie wohnte vorher in Schleswig-Holstein und zählt zu den sogenannten völkischen Siedler*innen.

Zugezogen

Die Strauchs waren mit die ersten, die kamen. Heute wirbt die neonazistische Siedler*innen-Initiative „Zusammenrücken in Mitteldeutschland" gezielt um Menschen wie die Strauchs: Junge Familien mit gefestigter nationalsozialistischer Einstellung, die das Leben in Westdeutschland nicht mehr hinnehmen wollten, da selbst ländliche Gegenden „überfremdet" seien, wie es bei der Initiative heißt. Nach den Strauchs kamen weitere Familien. In der Region Leisnig mit ihren 8.000 Einwohner*innen sind es heute mindestens fünf Immobilien — meistens große Höfe -, die von Personen aus dem Umfeld der Initiative bezogen wurden.

Die meisten Siedler*innen waren schon lange vor ihrem Zuzug politisch aktiv. Auffällig ist ihre Nähe zur 2009 verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend" (HDJ), bei der Kinder und Jugendliche zu gefestigten Nationalsozialist*innen erzogen wurden. Dankwart und Bente Strauch waren bei der HDJ genauso aktiv wie etwa Christian Fischer aus dem niedersächsischen Vechta, der 2018 seinen Hof bezog. Auch Lutz Giesen aus Berlin, der mit seiner Familie in die Nachbarschaft der Strauchs gezogen ist und Neu-Zuzügler Mario Matthes aus Rheinland-Pfalz waren Anhänger der Organisation. Heute sind viele von ihnen bei der Partei „Der III. Weg" aktiv.

Die „Initiative Zusammenrücken"

Die treibende Kraft in der Siedlungsgemeinschaft ist Christian Fischer. Er spricht zusammen mit Christian Müller, ehemals Teil der „Nationalen Sozialisten Rhein-Main", für die Initiative. Sie werben vor allem über ihren Telegram-Kanal für einen systematischen Zuzug nach „Mitteldeutschland", womit alle ostdeutschen Bundesländer gemeint sind. Ein „Weiter so" führe in den „biologischkulturellen Abgrund", weshalb ein „taktischer Rückzug" in den Osten angesagt sei. Ziel sei es, unter Weißen zu leben und die „Volkssubstanz" zu erhalten. Die Motivation liegt damit zumindest bei der Führungsebene weniger in den persönlichen Beweggründen für einen Wegzug als in dem Idealbild einer rechten und weißen Hegemonie im Osten. Nach eigenen Angaben richtet sich die Initiative gleichermaßen an Familien wie an „politische Aktivisten". Als Beispiel dient ihnen der frühere Dortmunder „Die Rechte"-Kader Michael Brück, der 2020 nach Chemnitz gezogen war und bei der neu gegründeten extrem rechten Partei „Freie Sachsen" eine neue Heimat fand. Dass die „Freien Sachsen" mit ihren über 100.000 Follower*innen bei Telegram medial in die Offensive gingen und strategisch geschickter agieren als die etwas eingestaubte Vorgängerpartei „Pro Chemnitz", dürfte zu einem Großteil Brück zu verdanken sein. Er hat erkannt, was „Zusammenrücken" gern propagiert: Viele Sächs*innen seien für rechtes Gedankengut empfänglicher als die Menschen im Westen. Für seinen Entschluss zum Umzug in den Osten dürfte die Initiative jedoch keine Rolle gespielt haben. Brück ist seit vielen Jahren mit Chemnitzer Neonazis eng vernetzt.

Anspruch und Wirklichkeit

Dass Brück von der Initiative dennoch als Paradebeispiel für einen Zuzügler präsentiert wird, zeigt, dass sie sich größer propagiert als sie tatsächlich ist. Müller und Fischer behaupten in einem Interview mit dem Multiaktivisten Frank Kraemer aus Eitorf (Rhein-Sieg-Kreis), sie bekämen etwa 1.000 Anfragen von Siedlungswilligen pro Jahr. Um die Siedelnden in die Regionen zu vermitteln, bediene man sich sogenannter Botschafter, die Zuzügler*innen in einer Art Pat*innenprogramm bei ihrer Ansiedlung unterstützten. 100 Siedlungswillige seien innerhalb eines Jahres mit Botschaftern vermittelt worden, „zahlreiche" von ihnen hätten den Umzug bereits vollzo-

gen, Interviewer Kraemer stehe selbst kurz davor. Mit eigens produzierten Imagevideos von grünen Wäldern und Brauchtumsfeiern in völkischer Gemeinschaft scheinen sie allerdings bei vielen die Erwartung geweckt zu haben, ihnen werde von der Initiative ein Komplettpaket inklusive Arbeitsplatz und Integration in neonazistische Kamerad*innenkreise organisiert. Fischer und Müller mussten schon mehrmals darauf hinweisen, dass das Siedeln auch einen großen Teil Eigeninitiative erfordere. Rund ein Drittel aller, die sich bei „Zusammenrücken" meldeten, seien Ostdeutsche, die sich als Botschafter anböten. Die „Achse Thüringen — Sachsen" sei mit Botschaftern gut besetzt und es gebe sie mittlerweile in allen ostdeutschen Bundesländern. Tatsächliche Zuzüge, die auf die Initiative zurückgehen, sind allerdings bisher nur in Mittelsachsen bekannt. Durch das Suggerieren eines flächendeckenden Netzwerks findet Zusammenrücken in der Szene jedoch eine so große Beachtung, dass weiterhin mit Zuzügler*innen zu rechnen ist, vor allem in Sachsen.

Diskussion in der Szene

In der Neonaziszene bleibt die Initiative „Zusammenrücken" nicht ohne Widerspruch: In Interviews bei Frank Kraemer und einem Podcast von „Der III. Weg" kritisiert unter anderem Julian Bender, Leiter des „Gebietsverbands West" der Partei, die Initiative. Eine Tendenz zu multikultureller Hegemonie sei in den westdeutschen Großstädten zwar erkennbar, ein Leben unter Weißen im ländlichen Raum aber noch möglich. Die Angst, die Siedlungsbewegung könne die westdeutschen Strukturen weiter schwächen, ist unüberhörbar. Eine andere Kritik kam von „Freie Sachsen"-Chef Martin Kohlmann, den Fischer und Müller auf ihrem Telegram-Kanal interviewten. Der eher regionalistisch eingestellte Kohlmann, der mit seiner Partei unter anderem die Abspaltung Sachsens von der BRD fordert, verlangte den hochmütig auftretenden Siedler*innen zunächst Demut ab — schließlich seien sie in Sachsen fremd und hätten sich erst zu integrieren.

Trotz Vorbehalten genießt „Zusammenrücken" in der Szene einen großen Rückhalt, da es mit den Leisniger Siedler*innen bereits Vorreiter gibt. Im Kontrast dazu stehen andere, im Vergleich aussichtslos erscheinende extrem rechte Siedlungsbestrebungen wie der „Weiße Ethnostaat" von Frank Kraemer oder die „Strategie der Sammlung", die der österreichische „Identitäre" Martin Sellner jüngst im „Compact-Magazin" vorstellte. Während Kraemer zusammen mit Weißen anderer Nationalitäten einen eigenen weißen „Ethnostaat" in Osteuropa gründen will, verliert sich Sellner, dessen Versuch durchaus an „Zusammenrücken" angelehnt zu sein scheint, in Träumereien von einer parallelstaatlichen Struktur, die ein eigenes Sozialsystem beinhalten soll. Die Initiative „Zusammenrücken" hegt derlei Vorstellungen zum Teil auch, doch die Siedler*innen sind bereits da und haben mit ihren Unterwanderungsversuchen begonnen.

Durch schleichende Unterwanderung zur „National Befreiten Zone"?

Das Leisniger Siedler*innennetzwerk ist seit spätestens 2018 bemüht, an andere gesellschaftliche Kreise anzuschließen und so ihren Wirkungsbereich zu erweitern. Damit verfolgen sie das altbekannte Konzept der „National Befreiten Zone", nach dem in einer Region die eigene Machtposition zu einer derartigen Hegemonie ausgebaut werden soll, dass staatlicher Einfluss kaum noch vorhanden ist. Anfänge der Einflussnahmeversuche sind bereits erkennbar. Christian Fischer, sein Leisniger Parteikamerad Michael Haack und der ehemalige JN-Kader Mathias König gründeten im April 2020 zunächst den Leisniger Ableger der sachsenweiten Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen, um Einfluss auf das regionale verschwörungsideologische Milieu nehmen zu können. Während der Flut im Ahrtal betätigten sie sich an den Aufräumarbeiten und berichteten darüber auf Telegram. Auf dem gleichen Telegram-Kanal, den sie vor allem zur Bewerbung der Anti-Corona-Maßnahmen-Kundgebungen nutzen, kündigen die Siedler*innen zudem regelmäßig nichtrechte Kulturveranstaltungen in Leisnig an, die sie nicht selten auch selbst besuchen. Bislang steht die Leisniger Bevölkerung der Annäherung von rechts verhalten gegenüber. In Elternvertretungen von Schulen und Kindergärten sind die Siedler*innen aber bereits vertreten und Bilder zeigen Siedler bei Bauarbeiten am Domizil eines lokalen Kampfsportvereins. Nicht zuletzt führen manche von ihnen im Namen des „Der III. Weg" klassische neonazistische Propagandaaktionen wie das Aufstellen schwarzer Kreuze oder Kriegsgräberpflege in der Stadt Leisnig durch.

Im Schatten der AfD

Mit dem Versuch, mit Kundgebungen das lokale verschwörungsideologische Milieu zu erreichen, hatten die Siedler*innen nur geringen Erfolg: Kaum mehr als 100 Teilnehmende brachten sie zu ihrer größten Kundgebung im Frühsommer 2020 zusammen, wovon ein wesentlicher Teil aus den kinderreichen Siedler*innenfamilien und der lokalen Neonaziszene kam. Stattdessen nehmen die Siedler*innen an anderen Aufmärschen in der Region teil, wo ihre Präsenz von den lokalen verschwörungsideologischen Initiativen unwidersprochen hingenommen wird. Getreu ihrer Strategie vermitteln sie so den Eindruck einer breiten Verteilung ihres Netzwerks und einer lokalen Verankerung in der oftmals bereits rechtsoffenen Zivilgesellschaft mittelsächsischer Ortschaften.

Ein Leisniger Antifaschist berichtet, dass organisierter Widerspruch gegen die Siedler*innen schwer zu organisieren sei. Ein lokales Bündnis habe einmal ein Banner in Sichtweite der Montagskundgebungen aufgehängt. Zu mehr Protest sei man kaum in der Lage: „Das liegt vor allem an der eigenen Position als Minderheit. Man kennt die Wahlergebnisse und die vorherrschende Meinung der Bevölkerung und erwartet somit wenig oder gar keinen Rückhalt aus der Zivilgesellschaft." Für linke Projekte liege die Gefahr derzeit ohnehin woanders: „Während sich die Siedler*innen auf ihren Dörfern verstecken, ist die AfD für linke Projekte derzeit eine viel größere Bedrohung. Seitdem sie mit 23 Sitzen im Kreistag zweitstärkste Kraft ist und in den Ausschüssen sitzt, hat sie eine tatsächliche Macht und versucht, lokalen Initiativen und alternativen Jugendclubs das Leben schwer zu machen." Für die Leisniger Siedler*innen macht die AfD wichtige Vorarbeit. In ihrem Schatten haben sie leichtes Spiel. •

TITEL

Völkische (Siedlungs-)Projekte im Harz

Das „Weda Elysia"-Netzwerk

SACHSEN-ANHALT RECHTSAUSSEN

■ Mit „Weda Elysia" ist seit 2009 im Blankenburger Ortsteil Wienrode im Ostharz (Sachsen-Anhalt) eine Gruppe aus dem „Anastasia"-Spektrum ansässig. (Vgl. Artikel S. 38) Zwar gelang es den Siedler:innen um das Gründungspaar Maik Schulz und Aruna Palitzsch-Schulz nicht, einen geplanten „Familienlandsitz", manchmal auch „Gärtnerhof" genannt, einzurichten, dennoch verfügt die Gruppe über eine Strahlkraft in der völkischen Szene. Ein Projekt der Gruppe nimmt zunehmend Gestalt an: Im Zentrum des Dorfs renoviert „Weda Elysia" die heruntergekommene ehemalige Dorfschänke. Unter dem Namen „Haus Lindenquell" soll hier nach eigener Aussage „ein Ort für Kultur, Kunsthandwerk, Feste, Seminare, dörfliches Miteinander für Jung und Alt" entstehen. Erste Veranstaltungen im „Haus Lindenquell" fanden im Jahr 2019 statt. Während das „Gartenfest" im September von der Öffentlichkeit weitestgehend unbeachtet blieb, gab es beim „Julmarkt" Mitte Dezember 2019 erstmals Gegenprotest. Im Vorfeld zur Veranstaltung waren bei sechs Fahrzeugen von Kritiker:innen der Gruppe im Ort die Reifen zerstochen worden. Neben „Anastasia"-Anhänger:innen präsentierten dort auch andere lokale Händler an Ständen ihre Produkte. Der Elbingeröder Heimatchor, dem auch Anhänger:innen von „Weda Elysia" angehör(t)en, trat auf. Regelmäßig lädt „Weda Elysia" zum „Volkstanz". Solange das „Haus Lindenquell" dafür nicht zur Verfügung steht, weicht man in den „Gasthof Reddeburg" in Reddeber aus.

In einem im Dezember 2020 veröffentlichten Video unter dem Titel „Herzkraft" gibt sich die Gruppe friedliebend, naturverbunden und traditionsbewusst. Stilistisch erinnert das Video stark an die Produktionen der ultra-rechten Gruppierung „Ein Prozent", die mit dem „Netzwerk Landraum" lange um Spenden und Investitionen für völkische Siedlungsprojekte warb, jedoch die Verwendung der Mittel nie offenlegte. (Vgl. Artikel S. 6)

Völkische Vernetzung?

Im September 2018 trafen im sächsischen Bischofswerda Vertreter:innen der völkischen Szene aus dem gesamten deutschsprachigen Raum zusammen. An zwei Abenden führte die „Laienspielgruppe Friedrich Schiller" auf der dortigen Waldbühne das Stück Wilhelm Tell auf. Die zahlreichen beteiligten Kinder und Jugendlichen, von denen einige völkischen Jugendbünden wie dem „Sturmvogel" oder dem „Freibund" zugerechnet wurden, probten zuvor u.a. in Räumen der „Schlesischen Jugend" im thüringischen Marlishausen. Allein am zweiten Vorstellungsabend reisten mehrere hundert Zuschauer:innen an, oft mit der ganzen Familie – darunter bekannte Neonazi-Funktionäre, aber auch Akteure von „Weda Elysia". Eine andere Familie, die sich unter den Gästen in Bischofswerda befand, lenkte den Blick auf eine Art völkisches Alternativ-Milieu im Harz, das bisher wenig Aufmerksamkeit erfahren hatte.

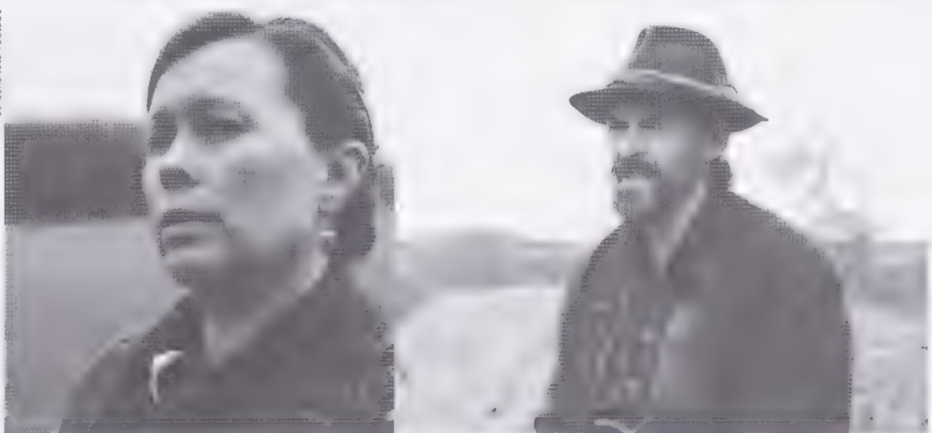
Völkische Lehrerschaft im Nordharz?

Die Vorstellung besuchte auch ein Familienvater mit zweien seiner Kinder. Optisch waren sie in ihrer Tracht nicht sonderlich vom Rest der (völkischen) Gäste zu unterscheiden. Die Familie bewohnt einen Hof im Harz, die Mutter ist Lehrerin an der „Freien Waldorfschule Harzvorland" in Thale, offiziell eine „Schule ohne Rassismus". Bei Eltern aus dem regionalen völkischen Milieu soll diese Schule beliebt sein, was neben einer gewissen Anschlussfähigkeit der steinerschen Anthroposophie an völkisches und rassistisches Denken, auch am örtlichen Lehrpersonal liegen könnte, das zeitweilig hier beschäftigt war. Ein Anhänger von „Weda Elysia" war dort als Gartenbaulehrer beschäftigt gewesen. Auch ein weiteres Paar aus dem rechten Milieu lehrte einige Zeit an dieser Schule. Beide waren in den 1990er Jahren in den Kreisen der zur „Deutschen Gildenschaft" gehörigen „Deutschen Hochschulgilde Theodor Storm" in Kiel aktiv. Der Lehrer soll 1997 an einem Treffen der rechten Zeitschrift „elemente" teilgenommen haben. Noch ein anderes Ehepaar aus diesem Spektrum war zur gleichen Zeit in der rechten Kieler Hochschulgilde aktiv. Der Mann betätigte sich zeitweilig im „Freibund", seine heutige Ehefrau entstammt ebenfalls einer mit dem „Freibund" verbundenen Familie aus Ostniedersachsen. Regelmäßig sorgte die Vergangenheit dieses Paares in den letzten Jahren für Schlagzeilen in der Lokalpresse – immer dann, wenn der seit 2002

Screenshot ganzheitlichelebensberatung.de



Screenshots Youtube



Links: Steffen Hupka und Gerhild D. tanzen gemeinsam bei den „Anastasia-Festspielen" 2016
Oben: Aruna Palitzsch-Schulz und Maik Schulz gründeten „Weda Elysia"in Wienrode (Ostharz)

in der dortigen Verwaltung tätige Mann als Vize-Bürgermeister von Wernigerode im Gespräch war. Die Frau war zeitweise Lehrerin für Biologie und Naturpädagogik an einer berufsbildenden Schule in der Region. Beteiligt war sie auch an der Gründung des Wernigeröder Waldorfkindergartens.

Völkisches Alternativ Milieu

Als sich während der ersten Corona-Welle ab Mai 2020 auf den Quedlinburger Marktplatz Anhänger:innen von Corona-Verschwörungsideologien trafen, war die Frau aus den (früheren) „Freibund"-Kreisen wenig überraschend mit vor Ort. Auf Videos der Veranstaltungen ist auch das Lehrerpaar der Waldorfschule zu sehen. Auch Personen aus dem Umfeld von „Weda Elysia" waren vor Ort. Ebenfalls anwesend war ein Ehepaar, das in Halberstadt zu den Betreiber:innen eines Bioladens und eines Naturkostladens zählen soll. Der Kreis schließt sich schnell, denn im Dezember 2019 beteiligten sich Vertreter:innen der Läden am „Julmarkt" von „Weda Elysia" im „Haus Lindenquell" in Wienrode. Nebenbei sind Personen aus diesem Halberstädter Personenkreis im Landesverband der „Ökologisch Demokratischen Partei" (ÖDP) aktiv (gewesen). Zeitweilig war der Posten des Landesvorsitzenden und ein Stadtrat-Posten in Halberstadt aus diesem Kreis besetzt. Dem Umfeld von „Weda Elysia" ist auch eine „Anastasia"-Anhängerin zuzurechnen, die in Quedlinburg ein Geburtshaus betreibt, in dem wiederholt Veranstaltungen mit Verschwörungsideolog-:innen stattfanden. Ein weiteres der „Anastasia"-Bewegung nahestehende Projekt befindet sich etwa in Pansfelde, wohin im September 2020 zu einem „Fest der guten Früchte" eingeladen wurde.

Verbindungen nach Rechtsaußen

Bioläden, Waldorfschule, ÖDP, Waldorfkita – wer in der Region ökologische oder alternative Projekte sucht, sollte genau hinschauen, wenn man nicht in rechtsoffene, völkische oder (extrem) rechte Fahrwasser geraten will. Akteure von „Weda Elysia" hatten beispielsweise Verbindungen zu einem Urgestein der Neonaziszene in Sachsen-Anhalt unterhalten, dem derzeit in Hohenthurm bei Halle ansässigen Steffen Hupka. Mittlerweile soll man wieder auf Distanz gegangen sein. Schon 2016 nahm der frühere NPD-Kader Hupka an den „Anastasia-Festspielen" im hessischen Poppenhausen teil. Auch zahlreiche Anhänger:innen von „Weda Elysia" nahmen teil und gestalteten das Programm mit. Das Hupka die Ideen völkischer Siedler:innen zumindest wohlwollend teilen dürfte ist anzunehmen. Schon 2012 formuliert Hupka in seiner Publikation „Neue Wege", das dem deutsche Volk nur noch mit einer „nationalen Wehr- und Siedlungsgemeinschaft" zu helfen sei. Das die Ideen völkischer „Wehrdörfer" auch die Gefahr eine militanten Komponente beinhalten, verdeutlicht eine Razzia an Hupkas Wohnsitz in Hohenthurm im Juli 2020. Im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft München durchsuchte die Polizei die Objekte von zwölf Personen in Deutschland und Österreich wegen des Verdachts der illegalen Einfuhr von Waffen aus Kroatien durch eine Art rechten Waffenhändler-Ring.

Wie weit Anhänger:innen von „Weda Elysia" nach rechts außen vernetzt sind, zeigt sich auch in den Videos des Neonazis und Holocaustleugners Nikolai Nerling, der unter der Selbstbezeichnung „Volkslehrer" aktiv ist. Als Nerling im September 2020 eine Lesung des Autors Andreas Speit in Quedlinburg zu stören versuchte, waren auch Personen aus dem Kreis von „Weda Elysia" anwesend. Sie sind im später auf dem „Volkslehrer"-Kanal veröffentlichten Video, in dem am Ende das von Speit vorgestellte Buch „Völkische Landnahme" verbrannt wird, im Hintergrund beim Singen zu sehen.

Als zehntausende Corona-Leugner:innen im August 2020 zum sogenannten „Fest für Frieden und Freiheit" nach Berlin strömten, welches bekanntlich im versuchten „Sturm auf den Reichstag" gipfelte, waren auch „Weda Elysia"-Akteure dabei. Im Videobericht Nerlings sind einige Anhänger:innen zu sehen, die hier gemeinsam mit neonazistischen Personen auf der Straße Volkstänze aufführen. Hier trafen sie auch auf Anhäger:innen der neonazistischen „Artgemeinschaft". Deren Funktionäre und Anhänger:innen sind in Sachsen-Anhalt ebenfalls mit einer Reihe von eigenen „Familiensitzen" und Projekten in Bornitz, Wendemark und Gardelegen vertreten. •

TITEL

Der deutschen und kanadischen Öffentlichkeit sind die Siedlungspläne selbsternannter „Freidenker" im Jahr 2020 durch eine Veröffentlichung im SPIEGEL bekannt geworden. Nach einer großen medialen Aufmerksamkeit in Kanada ist es um die Pläne ruhiger geworden. Ein deutscher Emigrant hat allerdings zunehmend Probleme mit der kanadischen Justiz.

Trouble in Paradise

Deutsche Neusiedler auf Cape Breton

ULLI JENTSCH

■ Die Halbinsel Cape Breton an der kanadischen Ostküste in der Provinz Nova Scotia gilt vielen Deutschen, die sich nach Zielen für ihre Emigration umsehen, als Sehnsuchtsort. Eine weite Landschaft, weitgehend naturbelassen und kaum besiedelt, bietet die Aussicht, sich den Traum eines autarken Lebens zu verwirklichen. Diese antimodernen Wunschvorstellungen, denen neben den üblichen Zivilisationsmüden und „Selbstversorgern" auch zunehmend Gegner*innen der staatlichen Corona-Maßnahmen oder selbst erklärte „Freidenker" anhängen, werden durch rechte Geschäftsleute gezielt befeuert.

Auf beiden Seiten des Atlantiks wird die Region für ihre Schönheit gerühmt. Die Geschäfte mit den deutschsprachigen Interessierten werden unter anderem mit dem „nur" sechsstündigen Direktflug zwischen der nahegelegenen Stadt Halifax und Frankfurt am Main schmackhaft gemacht und mit den Hinweisen auf den ökonomischen Erfolg der deutsch-kanadischen Einwanderer*innen. Globale Krisen und die Corona-Pandemie haben vor Ort zu stark überhitzten Preisen der wenig oder gar nicht entwickelten Grundstücken geführt. Die Firmen, die im dortigen Grundstückshandel tätig sind, haben ein einträgliches Geschäftsmodell gefunden.

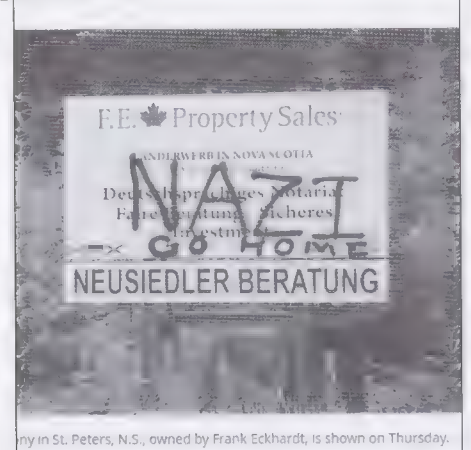
Zu den eingewanderten Deutschen gehören auch Eva Herman und Andreas Popp, die sich schon seit vielen Jahren an dem Hype um die Flucht aus Europa beteiligen. Durch ihre „Wissensmanufaktur" berichten sie über Möglichkeiten der Einwanderung und preisen ihre neue Heimat, sowohl auf Vorträgen von Popp in Deutschland als auch bei jährlich vier Wochenseminaren in Kanada. Via Youtube-Videos oder über Eva Hermans Telegram-Kanal verbreiten sie die bekannten rechten Weltuntergangsszenarien über den kulturellen und politischen Niedergang Deutschlands und Europas. Die Wissensmanufaktur kooperiert bei den Seminaren vor Ort mit lokalen Immobilienfirmen, zuletzt mit der Cape Breton Real Solutions, um den Beteiligten konkrete Angebote für die Auswanderung zu bieten. Geschäftsführer Jürgen Gindner, ehemals Investmentbanker in Deutschland, beschreibt die deutschsprachige Klientel entsprechend als Hauptzielgruppe. Wie eng die Beziehungen zwischen Wissensmanufaktur und Cape Breton Real Solutions darüber hinaus waren, blieb trotz vieler Nachfragen durch die kanadische Presse unklar.

Die Presseberichte aus Deutschland, wonach eine „Kolonie von Gleichgesinnten" durch den gezielten Zuzug von rechten bis extrem rechten Deutschen auf Cape Breton entstehen könnte, führte jedoch zu massiver Unruhe und Ablehnung in der kanadischen Provinz. Dortige Medien nahmen die Recherchen auf und wiesen Popp und Herman zum Teil akribisch ihre Kontakte in die extreme Rechte in Europa nach. Die kanadisch-deutsche Handelskammer sah das jahrzehntelange gute Bild der eingewanderten Deutschen schwer beschädigt und anonym bleibende Mitglieder der deutschen Community berichteten von ihren Sorgen, dass nun ein brauner „safe haven" mit Neonazi-Beteiligung entstehen könnte. Der langjährige Veranstaltungsort für die Seminare der Wissensmanufaktur kündigte an, für deren Aktivitäten nicht mehr zur Verfügung zu stehen; man befürworte solcherlei Ideologien nicht.

Bereits im September 2020, also nur zwei Monate nach dem SPIEGEL-Bericht, fusionierte die Immobilienfirma Gindners mit der Golden Lake Estates Limited. Diese wiederum gehörte unter anderem Mehrab Mashaghati, der als Kameramann bei der Wissenschaftsmanufaktur tätig gewesen war. Auch diese reagierte auf die Welle an Kritik und entfernte Hinweise auf die Seminare von ihrer Webseite. Der Schaden war aber bereits angerichtet. Jedoch offenbar nur auf der Publicity-Ebene. Die Geschäfte gehen trotz Pandemie-bedingter Schwierigkeiten weiter. So habe die Golden Lake Estate bis November 2021, also in etwas mehr als einem Jahr, weitere 144 Grundstücke verkauft, berichtet die Journalistin Joan Baxter vom Halifax Examiner.

Rechts-libertäre Holocaust-Leugnung?

Einen eigenen und zunehmend großen



Faksimile



Screenshot ZDF · Youtube

Frank Eckhardt kennt sich mit autarkem Leben aus, hat aber Ärger mit den Behörden.

Fokus in der kanadischen Berichterstattung nimmt die Person von Frank Eckhardt ein. Der eingewanderte Finanzfachwirt aus Göttingen lebt mit seiner Familie auf Cape Breton und seine Firma F.E. Property Sales gehört zu den Landerschließern, die sich auf den deutschsprachigen Markt konzentriert haben. Schon vor mehr als 20 Jahren habe er Beziehungen in seine neue Heimat aufgebaut, berichtet er. Und bereits seit 2010 bewarb Eckhardt „autarkes Leben" und Selbstversorgung. Dafür hatte er das Netzwerk Autarke Welt ins Leben gerufen und führte sogenannte Autarkie-Foren durch. Den Header der Webseite www.autarkewelt.de zierte eine neuheidnische Irminsul-Darstellung. Trotzdem wurde Eckhardt 2011 in einer ZDF-Sendung über Selbstversorger ausführlich und in entpolitisierter Weise vorgestellt. Heute stellt die Zeitschrift „eigentümlich frei" ihn als Anhänger der Österreichischen Schule und „Mitglied mehrerer libertärer Zirkel und des Mittelstandsinstituts Niedersachen" vor. Zuletzt pries Eckhardt in der „eifrei" sein Modell eines libertären „Eco Village" auf Cape Breton an: schlüsselfertige Häuschen für Menschen mit „Freiheitsliebe, Begeisterung, Eigeninitiative und Tatendrang".

Eckhardts professionelle Selbstdarstellung als freundlicher und kompetenter Unternehmer hat indes Risse bekommen. Noch 2016 hatte „eigentümlich frei" einen Artikel von Henning Kindhoff publiziert, in dem Eckhardt die Vorzüge seines kanadischen Exils unter anderem so beschrieb: „Wirklichen Kontakt mit Amtsträgern habe er [Frank Eckhoff, d.V.] in Nova Scotia bislang nur bei seiner Einwanderung gehabt, bei der Anmeldung seines Kraftfahrzeugs und wenn er Waren aus Deutschland importiert. Rigoroses Vorgehen gar kenne er von den lokalen Behörden nur in Sachen Verkehrskontrollen." In dem Artikel des SPIEGEL jedoch wurde ihm vorgeworfen, er habe „deutschen Kunden […] in den Jahren von 2012 bis 2016 (sic!) unaufgefordert E-Mails mit rechtsradikalen Inhalten" geschickt, darunter Zitate von Holocaust-Leugnern. Einem Kunden in Kanada habe er gar eine ganze Festplatte mit Material geschickt, das der Reichsbürger-Szene entstammen würde. Die eingeschaltete kanadische Polizei vermerkte, dass Texte auf der Festplatte den Holocaust leugnen würde, so der SPIEGEL.

Im Verlauf des Jahres 2020 gab es mehrere Beschwerden, dass F.E. Property überteuertes Land verkaufen würde und weitere Kunden erhielten E-Mails mit Nazi-Propaganda. In der Folge wurden Werbetafeln der Firma, auf denen in deutscher Sprache für „Neusiedlerberatung" geworben wurde, mit „Nazi Go Home" und Hakenkreuzen beschmiert. Im Büro der Firma wurde eine Fensterscheibe zerstört. Eckhardt verglich diesen Vorfall in E-Mails an die berichtende Presse, die er implizit für die Stimmung verantwortlich machte, mit der Judenverfolgung im NS-Regime und nannte es eine „Kristallnacht". Ende 2021 eskalierte die Situation weiter, nachdem erneut ein deutsches Auswanderer-Paar Schwierigkeiten mit Eckhardt bekam. Wie die kanadische Polizei berichtete, wurde er wegen angeblicher Erpressung, Bedrohung sowie mehrerer Verstöße gegen die sachgemäße Aufbewahrung und Verwendung von Schußwaffen angezeigt. Im Dezember wurde Frank Eckhardt zwei Mal verhaftet, sein Grundstück durchsucht und elf Schußwaffen, Hunderte Schachteln mit Munition und 130.000 Dollar Bargeld wurden beschlagnahmt. In diesem Frühjahr sollen die Anschuldigungen vor Gericht verhandelt werden. Im Falle der angeblichen Erpressung plädiere Eckhardt auf unschuldig, so sein Anwalt vor Gericht.

Andreas Popp und Eva Herman hatten 2020 bestritten, irgendetwas geschäftlich mit Eckhardt zu tun zu haben. Popp räumte zwar Kontakte ein, die seien jedoch 15 Jahre her, Eva Herman kenne den Mann „überhaupt nicht", von Siedlungsplänen wüssten sie nichts. Es bedarf aber wahrscheinlich auch keinerlei ausgefeilter Pläne, um auf Cape Breton einen sicheren Hafen für „Freidenker" oder „Selbstversorger" bereit zu stellen. Die Infrastruktur einer deutschsprachigen Community mit langjährigen Erfahrungen dürfte bei vielen der von der Heimat enttäuschten extrem rechten Deutschen für einen anhaltenden Migrationssog sorgen. Den nicht-rechten Emigrant*innen und der kanadischen Bevölkerung wird dieses Problem wohl leider noch länger erhalten bleiben. •

Jorge Escalante



Colonia Dignidad

„Die Kolonie gewinnt immer" („La Colonia siempre gana")

UTE LÖHNING

Ein „Staat im Staate" war die 1961 in Chile gegründete deutsche Sektensiedlung Colonia Dignidad. Faktisch galten dort weder chilenische noch deutsche Gesetze, das Sagen hatte eine Führungsgruppe rund um den deutschen Laienprediger Paul Schäfer. Freiheitsberaubung und Gehirnwäsche, sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse und sexualisierte Gewalt gehörten zum Alltag der Bewohner:innen. Während der chilenischen Diktatur (1973 bis 1990) wurden dort Oppositionelle gefoltert und ermordet. Wie konnte dieses Regime, dessen Ausläufer bis in die Gegenwart wirken, entstehen und sich so lange halten?

Die Colonia Dignidad war „eine der folgenschwersten kriminellen Organisationen", die in den letzten Jahrzehnten in Chile und der Bundesrepublik gewirkt haben, schreibt Jan Stehle in seiner 2021 veröffentlichten Dissertation. Auf dessen aufwändige Recherche stützen sich viele Informationen in diesem Artikel. Etwa ein halbes Jahrhundert lang schien die deutsche Siedlung schier unangreifbar. „La Colonia siempre gana" („Die Kolonie gewinnt immer"), hieß es deshalb in Chile. Dabei wurde die Grundstruktur im Westdeutschland der Nachkriegsjahre gelegt, wo die Colonia Dignidad ihren Ursprung hat.

Jugendpfleger und charismatischer Laienprediger

Dort arbeitete der 1921 in Troisdorf (Rhein-Sieg-Kreis) geborene Paul Schäfer, der im 2. Weltkrieg als Sanitäter eingesetzt war, nach dem Krieg als Jugendpfleger in evangelischen Einrichtungen. Mehrmals wurde er wegen sexueller Übergriffe auf Jungen entlassen, ohne dass Strafanzeigen gestellt wurden. Seine sexualisierte Gewalt blieb im Kontext der fehlenden gesellschaftlichen Debatte zum Thema jahrelang ohne Konsequenzen. Jugendliche blieben bis nachts in seiner Wohnung oder zogen mit ihm „betend und singend durch Wald und Flur". Eltern sprachen von „suggestiver Gewalt", „sektischen Betstunden" und „hypnotischen Einflüssen" auf ihre Kinder, die ihnen gegenüber vollkommen verschlossen waren. Der Mechanismus, Kinder von ihren eigenen Familien zu entfremden, sollte später wiederholt auch gegenüber chilenischen Kindern angewandt werden.

Als charismatischer Laienprediger scharte Schäfer auch in baptistisch-freikirchli-

chen Gemeinden Anhänger:innen um sich: viele kamen aus einfachen Verhältnissen oder aus ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten in Osteuropa. Die baptistischen Prediger Hugo Baar aus Gronau und Hermann Schmidt – ein früherer Luftwaffenoffizier aus der Umgebung von Hamburg – schlossen sich dem Kreis an und gehörten fortan zur Führung der Gruppe. Ein „von urchristlichen Ideen geprägter Diskurs" bildete ein (pseudo-)religiöses, geistiges Fundament. Schäfer bezeichnete sich schon damals in seinen Reden als „der Herr Jesus" und seine Anhänger:innen als „Auserwählte". Indem er sie zwang, ihm angebliche Sünden zu beichten und ihre empfindlichsten Schwachstellen offenzulegen, verschaffte er sich Macht über sie. Wer die Gruppe verlassen wollte, wurde schon damals brutal verprügelt. Wer sich verliebte oder auf eine Beziehung einließ, wurde mit Psychopharmaka oder Elektroschocks misshandelt.

Wirtschaftliche Basis und weitgehende Autarkie

Die Gruppe konsolidierte ihre wirtschaftliche Basis in Form einer Gütergemeinschaft, in die die Mitglieder ihr Vermögen einbrachten und in der der Zwang zur unentgeltlichen Arbeit unter dem Leitsatz „Arbeit ist Gottesdienst" verklärt wurde. Da in der Gruppe verschiedenste Berufe vertreten waren, erhielt sie eine weitgehende Autarkie. Von Anfang an machten sie auch Foto-und Filmaufnahmen und verwendeten diese für die Außendarstellung. Sie gründeten den Verein „Private Sociale Mission", der Träger eines Jugendheims wurde, das sie auf einem in Heide bei Siegburg erworbenen Grundstück errichteten. Über diesen Verein, der als Rechtsperson in Deutschland bis in die 1990er Jahre bestehen blieb, wurden später Container mit Kleidung, Maschinen und auch Waffen von Deutschland nach Chile geliefert. Über mehrere Lebensmittelgeschäfte in Siegburg wurden bis Ende der 1980er Jahre in der Colonia Dignidad in Chile produzierte Lebensmittel in Deutschland verkauft.

Die Gruppe pflegte von Anfang an eine intensive Lobbyarbeit bei Politik und Behörden. Der chilenische Botschafter in Deutschland, Arturo Maschke, und eine Vertreterin des Bundesfamilienministeriums kamen 1960 zur Einweihungsfeier des Jugendheims, der Direktor des Siegburger Gymnasiums fand lobende Worte. Ohne den autoritär geprägten kulturellen Hintergrund, in dem Zucht und Ordnung als Grundprinzipien der Pädagogik galten, wäre die Entwicklung der Gruppe in dieser Form vermutlich nicht möglich gewesen. Wie in Heide waren auch in anderen west- und ostdeutschen Heimen – oft als „schwer erziehbar" eingestufte – Kinder und Jugendliche Prügelstrafen, sexualisierter Gewalt, teils auch Zwangsarbeit unterworfen und von der Außenwelt abgeschottet.

Ausreise nach Chile

Als Eltern 1961 erstmals Strafanzeigen wegen sexuellen Missbrauchs gegen Schäfer stellten, reiste dieser nach Chile aus. Rund 300 Anhänger:innen folgten ihm, darunter mehrere quasi entführte Kinder, deren Eltern lediglich Einverständniserklärungen für kurze (Chor-)Reisen unterschrieben hatten. Es kam zu weiteren Familientrennungen: wollte ein Ehepartner nicht ausreisen oder Haus und Vermögen nicht an die Gemeinschaft übertragen, drängte die Führungsgruppe oft zur Scheidung, diffamierte die Person als geisteskrank. Der chilenische Botschafter Maschke und der Konsul Osorio sollen die Einwanderung nach Chile unterstützt haben. Im Kontext der deutschen Siedlungsbewegung, die den Süden Chiles ab Mitte des 19. Jahrhunderts stark geprägt hat, gelten Deutsche als arbeitsam, ordentlich und effizient, viele sind konservativ und vergleichsweise wohlhabend.

Das Haus in Heide wurde für mutmaßlich 900.000 DM an die Bundeswehr verkauft. In Chile erwarb die Gruppe nach und nach 17.000 Hektar Land: knapp 400 km südlich der Hauptstadt Santiago, 40 km entfernt von der nächsten Stadt Parral, in unwegsamem Gelände am Fuß der Anden, nur über eine Schotterpiste zu erreichen. Die Siedler:innen machten Land urbar und erbauten eine Siedlung mit nahezu autarker Infrastruktur, Werkstätten, Landwirtschaft, Tierhaltung. Später kamen Krankenhaus, Schule, Steinbruch, Goldmine und Restaurantbetrieb hinzu. Erwachsene, die nicht zur Führungsgruppe gehörten, und Kinder mussten oft 16 Stunden pro Tag arbeiten, ohne Sonn- oder Feiertage, ohne Lohn, ohne Einzahlungen in Sozialsysteme. Viele Betroffene stehen heute ohne Schulabschluss oder Ausbildung, ohne Geld oder Sozialabsicherung da.

Trennung von Familien, Misogynie

Männer, Frauen und Kinder lebten und arbeiteten streng voneinander getrennt. Vertrauensvolle Beziehungen wurden unterbunden oder zerstört. Frauen standen in der Hierarchieordnung der Colonia Dignidad unter den Männern, wurden bis ins hohe Alter als „Mädchen" bezeichnet, von Schäfer als „Hühner" oder „Sauweiber" beschimpft. Kinder wuchsen in Mädchen- oder Jungengruppen mit „Gruppentanten" ohne körperliche und emotionale Nähe auf, manche wussten nicht, wer ihre Eltern waren. Sexualität und das Wissen um biologische Zusammenhänge waren tabuisiert. Körperdarstellungen in Schulbüchern und der Bibel wurden überklebt, viele in der Colonia Dignidad aufgewachsene Menschen wussten bis in die 2000er Jahre hinein nicht, wie Kinder gezeugt werden. Nur wenige privilegierte Personen durften heiraten. Anfang der 1970er Jahre wurde eine Gruppe von 10- bis 12-jährigen Kindern über ein Jahr lang nachts regelmäßig mit Elektroschocks gequält – angeblich um sexuelle Regungen im Keim zu ersticken. Zugleich umgab sich Schäfer mit Jungen, die er systematisch sexualisierter Gewalt unterwarf. Inzwischen berichten auch Frauen über sexuelle Übergriffe durch Schäfer.

Abschottung nach außen

Die meisten Sektenangehörigen durften die Siedlung nicht verlassen. Mitglieder der bewaffneten „Sicherheitsgruppe" überwachten das Gelände mithilfe hochtechnisierter Installationen von Kameras, Mikrofonen und Meldedrähten. Wer zu fliehen versuchte, wurde meist wieder eingefangen.

Alles was Orientierung geben konnte, war verboten: Es gab weder Uhren noch Zeitung, Radio oder Fernsehen. Briefe zu Angehörigen in Deutschland wurden zensiert. Alles von „außen" galt als böse, gefährlich, teuflisch, verwerflich oder im

Zweifel kommunistisch. Antikommunismus als Kampfbegriff spielte in der Geschichte eine wichtige Rolle: als Motivation für die Ausreise aus Deutschland, als Flucht vor einem befürchteten Angriff der Sowjetunion, und in der strammen Orientierung auf die Diktatur.

Mythos Wohltätigkeit: das Krankenhaus

1961 wurde die „Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad" („Wohltätigkeits- und Erziehungsgesellschaft Würde") unter der Leitung Hermann Schmidts gegründet. Sie wurde als gemeinnützig anerkannt, von Steuern wie Importzöllen befreit und von Kontrollen ausgenommen. Viele Sektenangehörige glaubten selbst an die Erzählung, dass sie für sich ein Leben in Gemeinschaft aufbauen und außerdem der armen und von einem schweren Erdbeben 1960 getroffenen Landbevölkerung in Chile mittels kostenlosem Zugang zum Krankenhaus helfen würden. Tatsächlich wurden Menschen aus den umliegenden Dörfern im siedlungseigenen Krankenhaus behandelt. Dennoch war die Wohltätigkeit ein Mythos: So ließ sich das Krankenhaus die Behandlungskosten vom chilenischen Gesundheitsdienst erstatten. Als renitent geltende Siedlungsangehörige oder solche die zu fliehen versuchten, wurden im Krankenhaus mit Elektroschocks und zwangsweise verabreichten Psychopharmaka grausam misshandelt, manche jahrelang eingesperrt. Frühere Siedlungsbewohner berichten, im Krankenwagen der Siedlung seien Waffen und politische Gefangene transportiert worden. Außerdem kam es im Krankenhaus zu betrügerischen Aneignungen chilenischer Kinder. Manchen Müttern wurde mitgeteilt, ihr Kind sei nach der Geburt oder einer Behandlung verstorben.

Engmaschiges Unterstützungsnetzwerk

Zahlreiche unter Druck oder Vorspiegelung falscher Tatschen vollzogene Adoptionen, wurden im Standesamt in der nahegelegenen Ortschaft Catillo eingetragen, das zu einem engmaschigen Netzwerk von Unterstützer:innen der Colonia Dignidad gehörte. Mitarbeiter:innen von Polizei, Justiz und sonstigen Behörden erhielten oft Geschenke in Form von Naturalien (Gebäck, Fleisch- und Wurstwaren), wurden zu Feierlichkeiten oder Urlaubsaufenthalten in die Siedlung eingeladen. Reichte das nicht aus, wurde Druck auf sie ausgeübt. Zusammen mit Militärs und Polizisten aus der Umgebung vertrieben Angehörige der Colonia Dignidad Anfang der 1970er Jahre etwa 35 Familien von Landarbeiter:innen, die eine Art Pachtvertragsverhältnis hatten, gewaltsam von ihrem Gelände. Aus der Colonia Dignidad geflüchtete Siedler:innen, die Schutz bei umliegenden Polizeistationen suchten, wurden von dort oft wieder zurückgebracht, Anzeigen oder Klagen gegen die Siedlung wurden meist abgewiesen. Die Colonia Dignidad erstattete oft Gegenanzeigen, bezahlte teure und gute Anwälte, die die Auseinandersetzungen meist gewannen.

Eine entscheidende Rolle bei der Verfestigung der Macht spielten enge Beziehungen der Führung der Colonia Dignidad zur deutschen Botschaft in Santiago. Die Botschaft gewährte Personen, denen die Flucht aus der Siedlung gelungen war, teils keinen Schutz, sondern ließ zu, dass Angehörige der Sektenführung diese wieder abholten. In der Botschaft wurden Passdokumente für Siedlungsbewohner:innen en bloque ausgestellt. So liefen Zahlungen aus der deutschen Rentenkasse für ältere Siedlungsangehörige weiter und wurden auf ein Sammelkonto überwiesen, auf das die Rentenempfänger:innen selbst keinen Zugriff hatten.

Auch im Auswärtigen Amt verhallten Hilfsgesuche folgenlos, in denen Verwandte von Sektenmitgliedern ihre Sorge um die in der Colonia Dignidad festgehaltenen Angehörigen ausdrückten. Dabei waren die Verhältnisse in der deutschen Siedlung spätestens seit zwei gelungenen Fluchten 1966 durch Presseberichte in Deutschland und Chile bekannt.

Strategische Bedeutung für die Diktatur

Bereits während der Regierung des Linksbündnisses der Unidad Popular (1970 bis 1973) organisierten rechtsextreme Gruppen wie „Patria y Libertad" („Vaterland und Freiheit") oder „Comando Rolando Matus" in und mit der Colonia Dignidad militärische Trainings und verübten gemeinsam Sabotageakte. Am 11. September 1973 wurde der Putsch gegen Salvador Allende in der Siedlung bejubelt und gefeiert. Einzelne Angehörige der Colonia Dignidad wie Kurt Schnellenkamp arbeiteten eng mit chilenischen Militärs zusammen, tauschten Waffen und Informationen über Oppositionelle aus.

Der chilenische Geheimdienst Dirección de Inteligencia Nacional (DINA) richtete auf dem Siedlungsgelände ein Gefangenenlager ein. Hunderte Oppositionelle wurden dort gefoltert, Dutzende ermordet. Ihre Leichen wurden in Gruben verscharrt, Jahre später wieder ausgegraben und verbrannt, wie Aussagen von Siedlungsbewohner:innen belegen. Bis heute fordern Angehörige der Verschwundenen Aufklärung des Schicksals ihrer Liebsten. Ab 1976 veröffentlichten die UNO und Amnesty International Berichte von Chilen:innen, die Folter in der Colonia Dignidad überlebt hatten. Der damalige deutsche Botschafter Erich Strätling erklärte kurz darauf nach einem Besuch in der deutschen Siedlung, es gebe dort keine Haft- oder Foltereinrichtungen und führte als weiteren Beleg Luftaufnahmen der chilenischen Luftwaffe an. Im Kontext des Kalten Krieges waren dem Botschafter und der Bundesregierung die Colonia Dignidad und auch die Diktatur unter Pinochet näher als die Wahrung von Menschenrechten.

Für die Diktatur hatte die Colonia Dignidad strategische Bedeutung: Angehörige der deutschen Siedlung installierten Funktechnik in Haftzentren der DINA. In der Colonia Dignidad fanden gemeinsame Foltertrainings mit DINA-Angehörigen statt, es gab Experimente mit Sprengstoff und Giftgassubstanzen. Die Führung der deutschen Siedlung legte ein Geheimarchiv mit rund 45.000 Karteikarten an, in dem sich Informationen über Verhöre von Gefangenen finden.

Der deutsche Waffenhändler und BND-Informant Gerhard Mertins (Deckname „Uranus") besuchte und verteidigte die Colonia Dignidad mehrfach. Der frühere SS-Offizier, der nach 1945 Kontakte zu neonazistischen Gruppen unterhielt, handelte über seine Firma „Merex AG" mit ausgesonderten Waffen der Bundeswehr und lieferte im Wissen des BND auch Rüstungsmaterial in Spannungsgebiete. Mertins beschaffte Waffen für die Siedlung und

soll durch deren Vermittlung auch welche an das chilenische Heer verkauft haben. (Vgl. Artikel S. 42)

Politischen Rückhalt genoss die Colonia Dignidad bei einigen CSU-Angehörigen rund um Franz Josef Strauß, wie dessen Berater und CSU-Auslandsreferent Dieter Huber, oder bei dem Münchener CSU-Stadtrat Vogelsgesang. Bedeutend waren enge Verbindungen zu zwei Würzburger Professoren: dem Soziologen Lothar Bossle mit direktem Kontakt zu Pinochet sowie dem Juristen Dieter Blumenwitz. Der erstellte nach Stehles Recherchen ein juristisches Gutachten für die Colonia Dignidad und wirkte an der Ausarbeitung der chilenischen Verfassung von 1980 mit, in der die Diktatur das neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell festschrieb. Jaime Guzmán, der als intellektueller Kopf dieser Verfassung gilt, Diktator Pinochet und die Justizministerin Mónica Madariaga hielten sich mehrfach in der Colonia Dignidad auf. Ebenso Hernán Larraín, der die Siedlung als Senator der Region noch Mitte der 1990er Jahre verteidigte, als chilenische Jungen und ihre Familien Anzeigen gegen Paul Schäfer erstatteten, und der bis März 2022 Minister für Justiz und Menschenrechte war, die Aufarbeitung aber nicht voranbrachte.

Gegenstrategie?

Dabei waren es der Mut und die Beharrlichkeit dieser Kinder, ihrer Familien und Anwält:innen sowie einzelner engagierter Richter und Polizist:innen, die sich weder einschüchtern noch kaufen ließen, die die Colonia Dignidad in ihrer alten Form zu Fall brachten. Offiziell besuchten Kinder aus der Umgebung der Siedlung, die sich seit 1988 „Villa Baviera" („Bayerisches Dorf") nennt, dort Freizeitangebote, manche Jungen auch ein „Intensiv-Internat". Wirklichen Unterricht erhielten sie nicht, doch sie wurden in der Siedlung festgehalten, von Schäfer systematisch missbraucht und vergewaltigt. Einem 12-Jährigen gelang es, einen Zettel mit einer Nachricht an seine Familie aus der Siedlung herauszuschleusen. Seine Mutter konnte ihn unter einem Vorwand für ein paar Tage aus der Villa Baviera herausholen. Da sie wusste, dass die Polizei in der Umgebung mit der Siedlung kooperierte, erstattete sie Anzeige bei einer als unbestechlich geltenden Polizeieinheit in der Hauptstadt Santiago. Nach den ersten polizeilichen Durchsuchungen der Villa Baviera floh Sektenchef Schäfer 1997 nach Argentinien, wo er bis zu seiner Verhaftung 2005 in einem Versteck lebte.

Bis in die 2000er Jahre hinein setzte die Führung der Villa Baviera in Schäfers Abwesenheit das Regime von Zwangsarbeit und Prügel in der abgeschotteten Siedlung fort. Seit Mitte der 2000er können Bewohner*innen die Siedlung verlassen, ein Drittel ging nach Deutschland, ein weiteres in andere chilenische Orte, etwa hundert Personen leben heute noch in der Villa Baviera. Bis 2013 finanzierte die Bundesregierung Ausbildungskurse und wirtschaftliche Beratung in der zu einer undurchsichtigen Holding geschlossener Aktiengesellschaften umstrukturierten Siedlung. Bis heute kontrollieren wenige Bewohner:innen Immobilien-, Landwirtschafts- und Tourismusunternehmen, viele leben am Existenzminimum. Bisher zahlt die Villa Baviera rechtskräftig fällige Entschädigungen an die chilenischen Missbrauchsopfer nicht, sondern versucht seit 2013, diese juristisch abzuwenden.

Straflosigkeit und politische Gleichgültigkeit

Straflosigkeit ist ein entscheidender Faktor für das lange Fortbestehen der Colonia Dignidad. In Chile wurden 2013 zumindest einige Personen wegen Beihilfe zu Missbrauch und Vergewaltigung zu Haftstrafen verurteilt, 2016 weitere wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. In Deutschland ist es jedoch nie zu einer Anklage oder einem Prozess gekommen. Mehr als zehn strafrechtliche Ermittlungsverfahren wurden seit den 1960er Jahren in Nordrhein-Westfalen eingestellt, meist hieß es, es liege „kein hinreichender Tatverdacht" vor. Die deutsche Justiz habe vor den Verbrechen der Colonia Dignidad versagt und „nicht begriffen, in welcher Dimension diese stattgefunden haben", kritisiert Opferanwältin Petra Schlagenhauf. Sie habe nie die Bereitschaft gesehen, ausreichend tief, aufwändig und aus eigener Initiative zu recherchieren und zu ermitteln. Andreas Schüller, Leiter des Programmbereichs Völkerstraftaten und rechtliche Verantwortung beim European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), fordert ein „Strukturermittlungsverfahren in Deutschland, um den Gesamtkomplex der Colonia Dignidad als solchen zu ermitteln", denn es gehe nicht nur um die Ermittlungen einzelner Fälle. Inzwischen leben mehrere Führungspersonen der Colonia Dignidad in Deutschland, das für sie zu einem „sicheren Hafen" vor der chilenischen Justiz geworden ist, da sie als deutsche Staatsangehörige nicht nach Chile ausgeliefert werden. Zentrale Bedeutung kommt dem Fall des früheren Krankenhausleiters mit besten Kontakten zu Junta und DINA, Hartmut Hopp, zu.

Auf juristischer und politischer Ebene schieben sich deutsche und chilenische Institutionen zum Teil bis heute gegenseitig die Verantwortung zu, statt selbst konsequent zu ermitteln oder zu agieren. Wo beide Staaten verpflichtet waren, Menschenrechtsverletzungen in der Colonia Dignidad zu beenden und die dort lebenden Menschen zu schützen, herrschten Gleichgültigkeit und Ignoranz vor. Nachdem es jahrelang kaum Ansätze zur Aufarbeitung gab, begann 2016 mit einer selbstkritischen Rede Frank Walter Steinmeiers, damals als Außenminister, ein vorsichtiger Aufarbeitungsprozess von offizieller Seite. Seitdem arbeiten Bundestagsabgeordnete fraktionsübergreifend zusammen und fassten 2017 einen Beschluss zur Aufarbeitung der Verbrechen der Colonia Dignidad. In dessen Folge wurde zumindest ein Oral History Archiv mit Interviews von Betroffenen und Zeitzeug:innen aufgebaut und über einen Hilfsfonds werden Unterstützungsleistungen von bis zu 10.000 Euro ohne Rechtsanspruch an Opfer der Colonia Dignidad gezahlt. Die im Bundestagsbeschluss von 2017 geforderte Klärung der Besitzverhältnisse in der heutigen Villa Baviera, auch mit dem Ziel, dass Mittel aus dem Vermögen konkret den Opfern zugutekommen, und die Errichtung eines Gedenk-, Dokumentations- und Lernortes am historischen Ort sind allerdings bis heute nicht umgesetzt. •

TITEL

Die deutsche Kolonie in Paraguay ist Treffpunkt für Ultrarechte, Impfgegner und Antidemokraten

Paraguay: Europas Ultrarechte auf der Suche nach ihrem Paradies?

ADRIÁN FERNÁNDEZ, ÜBERSETZUNG: KLAUS E. LEHMANN.
AUS: AMERIKA21.DE

Hohenau bedeutet auf Deutsch „Hohes Grasland". Den Namen verdankt es seiner erhöhten Lage mit einem sanften Abhang zum Fluss Paraná. Die kleine Stadt im äußersten Süden Paraguays mit ihren etwas mehr als 15.000 Einwohnern wurde im Jahr 1900 von vier Deutschen gegründet: Carlos Reverchon, Guillermo Closs und den Brüdern Ambrosio und Esteban Scholler. Closs und Reverchon entwarfen einen Kolonisierungsplan für das Departemento Itapúa, der auf das Interesse der paraguayischen Regierung stieß. Das Abenteuer begann mit der Überlassung eines rund 30.000 Hektar großen Grundstücks in der Örtlichkeit Encarnación. Die Gemeinde von Landwirten wurde von den Familien Deutschmann, Tauber, Endler, Rhenius, Dressler, Kuschel, Scheunemann, Fritze, Jacobs und anderen besiedelt. Viele von ihnen waren Deutschstämmige, die bis dahin auf brasilianischem Gebiet gelebt hatten. In den 1940er Jahren war Hohenau zusammen mit den nahe gelegenen Siedlungen Encarnación, Bella Vista und Obligado ein Ort massiver Zuwanderung. Hohenau ist weder eine Ausnahme bei der Ansiedlung von Deutschstämmigen in Paraguay noch eine Ausnahme als Herberge extrem rechter Strukturen. Aber es ist eine der wichtigsten und erfolgreichsten Siedlungen in Bezug auf Aktivität, Erhaltung von Bräuchen und Kulturen im Land. Neben Hohenau gab es noch viele andere derartige Projekte, von denen es einige vermochten, Wurzeln zu schlagen, andere dem Wahn zum Opfer fielen und wieder andere sich als Betrug herausstellten. Nueva Germania zum Beispiel war eine Kolonie, die 1887 von dem deutschen Arzt Bernard Förster gegründet wurde, der mit der Schwester des berühmten Philosophen Friedrich Nietzsche verheiratet war. Er wollte eine arische Kolonie von „reiner Rasse", der weder Juden noch die einheimische Bevölkerung betreten durften. Sein Projekt scheiterte wenige Jahre später, Förster verschuldete sich und beging Selbstmord. Heute existiert das Dorf immer noch, allerdings weit entfernt von den ideologischen Absichten seines antisemitischen Initiators. Der jüngste Fehlschlag ereignete sich 2005, als eine neue Kolonie deutscher Einwanderer angekündigt wurde, die von dem Geschäftsmann Nikolai Neufeld konzipiert war. Die Kolonie Neufeld scheiterte, nachdem sich viele Einwohner beschwerten, dass man sie um die Bezahlung von Land betrogen habe, dessen Eigentumsrechte sie nie erhalten hatten.

Rechter „Migrationsprozess"

Das Projekt der europäischen Kolonie Hohenau wird in der Region entlang der paraguayischen und argentinischen Grenze sowie an den Flüssen Paraná, Paraguay und Uruguay dutzendfach nachgeahmt. Doch in den letzten Jahren hat ein Migrationsprozess die Alarmglocken schrillen lassen. Hohenau ist dabei, sich zu einem weltweiten Treffpunkt für extrem rechte Deutsche, Impfgegner, Antidemokraten und Verbreiter von Verschwörungstheorien zu entwickeln. Unter den Bewohnern der kleinen Stadt herrscht Besorgnis. In einem aktuellen Bericht des staatlichen deutschen Auslandsnachrichtensenders „Deutsche Welle" sind nach Aussagen des deutschen Ehepaars Vinke, das vor 17 Jahren nach Paraguay gekommen war, seit 2015 „demokratiefeindliche Bürger, Ultrarechte, extrem laute und aggressive Menschen gekommen". „Jetzt", fügen sie hinzu, „kommt ein Haufen Alternativärzte, Heiler und Impfgegner." Die Angst der Dorfbewohner ist eindeutig: „Wir sind Hassfiguren für diese Leute, nur weil wir für den Umweltschutz arbeiten", sagt Thomas Vinke, der eine Fernsehsendung zur Förderung des Umweltschutzes produziert. Er verweist darauf, dass er seit einigen Jahren mit antisemitischen, rassistischen und rechtsradikalen Inhalten konfrontiert wird. „Sie bedrohen uns ständig", sagt er, vor allem wenn er seine Meinung zu Verschwörungstheorien sagt oder sie kritisiert. Die neuen Nachbarn lehnen die Impfstoffe gegen Covid-19 ab und glauben, dass das neue Coronavirus mit westlicher Finanzierung in einem Labor entwickelt wurde. Die paraguayische Tageszeitung La Nación berichtet über Neuankömmlinge wie Olga

Kroon, die 2020 ins Land kam. Sie erklärte, dass sie zusammen mit ihrer Familie und der Familie ihrer Schwester die Entscheidung getroffen hatte, dem Stress zu entkommen, um fern von den Einschränkungen aufgrund der Covid-19-Pandemie zu leben. Der Bericht enthüllt, dass viele der Befragten versichern, Paraguay habe den Ruf, ein Zufluchtsort vor Impfungen und der Pandemie zu sein. Diese Theorie wird von einigen Mitgliedern der evangelikalen Kirche vertreten. Weitere Motivationsgründe der neuen Einwohner sind die Beschränkungen, welche die europäischen Staaten denjenigen auferlegen, die sich der Impfung verweigern. Die Pastorin Inga Haase, zitiert von La Nación, kam Ende des Jahres 2021 nach Paraguay. Von Deutschland aus reiste sie zunächst in die USA, wo sie jedoch „auf viele Einschränkungen und eine kommunistische Welle" traf. Ende Januar 2022 veröffentlichte die britische Zeitung The Guardian einen Bericht, demzufolge deutsche, schweizerische und österreichische Staatsbürger Teil einer Gemeinde von Coronaleugnern und Impfverweigerer in Caazapá sind, etwa 180 Kilometer entfernt von Encarnación. Die Initiative mit dem Namen „El Paraíso Verde" (Grünes Paradies) wird als „antisozialistischer" Zufluchtsort präsentiert und umfasst ein 1.600 Hektar großes, abgeschlossenes Areal. Es handelt sich um ein Immobilienprojekt, mit dem in exklusiver Lage Wohnraum für diejenigen geschaffen werden soll, die Rucksäcke voller Hass und Verschwörung mit sich herumschleppen.



Foto Screenshot

Steigende Zahlen

Nicht alle Deutschen, die nach Paraguay kommen, lassen sich dort dauerhaft nieder. Sie sind auch nicht alle von extrem rechten und paranoiden Ideologien getrieben. Ende 2021 meldete die paraguayische Migrationsbehörde, dass in diesem Jahr 1.077 deutsche Staatsangehörige in das Land gekommen sind und die Zahl weiter ansteigt. Der Deutschen Welle zufolge räumt die deutsche Botschaft in Asunción ein, dass ihr darüber keine zuverlässigen Informationen vorliegen. Die Tageszeitung ABC, eine der meistgelesenen Zeitungen Paraguays, berichtet, dass sich in den letzten Monaten des Jahres 2021 mindestens 30 deutsche Familien in Hohenau angesiedelt haben und beruft sich dabei auf Aussagen des Vorstehers des Bezirks Francisco Morales. Nach Morales hätten sich die meisten von ihnen in einer exklusiven abgeschlossenen Wohnanlage mit einem Naturpark niedergelassen. Paraguay ist nach Brasilien und Argentinien das Land, das die meisten deutschen Auswanderer aufnimmt. „Land wird zu völlig überteuerten Preisen an Deutsche verkauft, und die Paraguayer sagen, dass sie sich das Land nicht mehr leisten können", sagt Thomas Vinke. Nach Zeugenaussagen, die von der paraguayischen Presse gesammelt wurden, versteckte sich auch der NS-Arzt des Konzentrationslagers Auschwitz, Josef Mengele, unter einer neuen Identität eine Zeit lang im Haus einer deutschen Familie in Hohenau. Er war einer von vielen Nationalsozialisten, die nach dem Zweiten Weltkrieg nach Paraguay (und Südamerika) flohen. Im Interview stellt Vinke jedoch treffend fest: „Paraguay ist nicht das Nazi-Land, in dem alle mit erhobenem rechten Arm herumlaufen. Der Nationalsozialismus ist ein deutsches Problem, auch jetzt mit diesen Verrückten hier. Paraguay hat aber viel mehr zu bieten."

Doch werden auch in Paraguay Maßnahmen gegen das Coronavirus ergriffen. Es gelten Hygienevorschriften wie die Pflicht zum Tragen von Masken, sowie gesetzlich festgelegte Maßnahmen, einschließlich Sanktionen in Form von Geldstrafen oder gemeinnütziger Arbeit. In dem Land mit sieben Millionen Einwohnern sind fast 17.000 Menschen an Covid-19 gestorben. Die Debatte über eine Impfpflicht ist aktuell, obwohl laut Meinungsumfragen ein hoher Prozentsatz diese Forderung akzeptieren würde. Paraguay ist nicht das Paradies, aber für Familien, die ein neues Leben in kleinen Städten, ländlichen und ruhigen Gebieten suchen, bietet das Land Alternativen. Wenn eine Impfpflicht Wirklichkeit wird, werden sich Impfgegner und Verschwörungsfanatiker wohl ein anderes Paradies suchen müssen.

Nachtrag AIB:

Seit Mitte Januar 2022 verlangt Paraguay bei der Einreise eine Corona-Schutzimpfung von mindestens zwei Dosen. Mehr als ein Dutzend Ausländer ohne vollständigen Impfschutz seien bei ihrer Ankunft bereits abgewiesen und in ihre Heimatländer zurückgeschickt worden, sagte die Leiterin der Einwanderungsbehörde. Darunter waren auch sechs Deutsche.[1] •

1 Vgl. Ärzteblatt: Paraguay schließt Grenzen für Ungeimpfte, 20.1.2022, Der Standard: Impfgegner setzen sich nach Paraguay ab, 11. Februar 2022.

TITEL

Hayden Lake und Elohim City

Rassistische Siedlungsprojekte in den USA

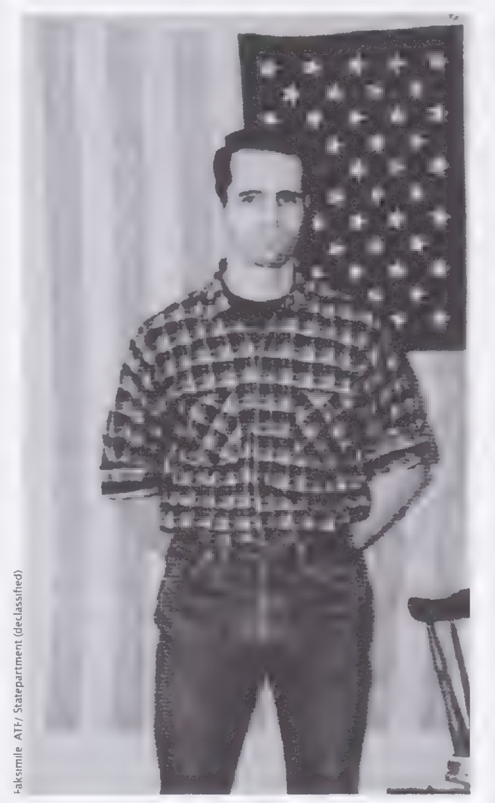
MAX BÖHNEL

Streng genommen und mit Blick auf die Kolonisierung Nordamerikas geht es kaum amerikanischer: eine weiße Wehrsiedlung in Gods Own Country. Der aus Europa eingewanderte Siedler nimmt sich einen Landstrich und verteidigt ihn zu Ehren Gottes mit Gewalt gegen Eindringlinge. Versuche, in den USA solche neofaschistischen Projekte zu errichten, gab es viele. Die allermeisten blieben theoretische Hingespinste. Die meisten hielten sich, bis auf zwei Ausnahmen, nur für kurze Zeit. Die Szene träumt aber weiter von einem „weißen Homeland".

Hayden Lane

Am Längsten - und zwar mit Abstand - in der Riege faschistischer US-Siedlungen hielt Richard Girnt Butler durch. Er war jahrelang der Superman der US-Neonaziszene. Im nördlichen Idaho in einer abgelegenen Ortschaft namens Hayden Lake hatte er zusammen mit seiner Ehefrau Betty 1973 ein bäuerliches Anwesen gekauft. „Bäuerlich" beziehungsweise „countryside" bedeutet in den USA, viele Stunden Fahrtzeit entfernt von jeglicher größerer Ansiedlung beziehungsweise Behördennähe. Butler errichtete dort seine „Church of Jesus Christ Christian", der er wenige Jahre darauf den Zusatz „Aryan Nations" gab. Die Organisation fungierte als „politischer Arm" der „Kirche". Butler predigte eine Mischung aus nationalsozialistischer Ideoligie und „Christian Identity", wonach Weiße mit nordeuropäischen Vorfahren die wahren Kinder Gottes und alle anderen minderwertig seien.

Der als Flugzeugingenieur ausgebildete Neonazi war finanziell gut bestückt. Zusätzlich zu seinem Job beim Rüstungskonzern Lockheed hatte er ein zweites gutes Einkommen, da er Miterfinder eines Schnellklebstoffs für Reifen war. Im Alter von 55 Jahren ging Butler in Rente und zog von Kalifornien nach Idaho um. Das Anwesen, einen alten Hof, ließ er renovieren und ausbauen, auf acht Hektar Land, umgeben von Wiesen und Wäldern. Neben seinem gefüllten Konto und der geographischen Abgeschiedenheit kamen ihm und seinen Anhängern die laxen Waffengesetze im libertär-konservativen Bundesstaates Idaho zu Gute. Legal konnten die Neonazis offen Waffen tragen. Für die Schießausbildung sorgte ein eigener Stand. „Manöver" im Freien waren kein Problem, ebensowenig wie das Verbrennen von Kreuzen. Hakenkreuzfahnen und Hitlergrüße fallen in den USA unter das Recht auf freie Meinungsäußerung. 1981 veranstaltete Butler seinen ersten „Aryan World Congress", der zur Jahresveranstaltung wurde und an dem neben regionalen Neonazis auch extrem rechte Führungsfiguren aus der ganzen Welt teilnahmen.



Faksimile ATF/ Statepartment (declassified)

Butler predigte den „territorialen Imperativ", einen Begriff und ein Konzept, das er erfunden hatte, aber einen Rückgriff machte auf die eingangs erwähnten europäischsstämmigen Siedler Nordamerikas. Auch „Northwest Imperative" oder „Northwest Front" genannt, sollen demnach Weiße in den Nordwesten der USA umsiedeln, konkret in die Bundesstaaten Washington, Oregon, Montana, Wyoming und das nördliche Kalifornien, um aus ihnen irgendwann einen einzigen zusammenhängenden weißen Staat zu formieren. Alle Nicht-Weißen sollen „repatriiert" - also vertrieben werden. Beim Jahrestreffen 1986 auf Butlers Anwesen wurde die Idee vor über 200 Neonazi- und KKK-Führern sowie vor etwa 5.000 „Mitstreitern" genauer erläutert. Man solle aneinander oder nahe beieinander liegendes Land kaufen und dann „Familien mit fünf oder zehn Kindern gründen". Butlers Mitstreiter Robert Miles führte aus: „Wir werden den Nordwesten gewinnen, indem wir unsere Gegner über-

Links: Der Berliner Andreas Streissmeir aus „Elhoim City" hatte Kontakt zum Neonazi Terroristen Timothy McVeigh.

Oben: Der amerikanische Neonazi-Siedler Richard Butler.


Screenshot Youtube

brüten und unsere Kinder von den kranken und destruktiven Werten des Establishments fernhalten". Doch die folgenden Siedler waren auf ein paar Dutzend beschränkt. Zu den Gründen gehören die mangelnde Bereitschaft, bestehende Arbeits- und Familienverhältnisse zugunsten eines Umzugs aufzugeben, der Mangel an Startkapital, die nicht bestehenden internen Wirtschaftskreisläufe und generell keine Jobaussichten in der ländlichen Gegend. Es kam zu keiner einzigen Agglomeration von Anwesen, geschweige denn zu einer „weißen" Neonazi-Nachbarschaft. Butler und seine Gefolgschaft beschränkten sich einmal im Jahr auf eine Fahrzeugkolonne, der sich aber jedesmal sehr viel mehr Demonstrant_innen entgegenstellten.

The Order

Dennoch versuchten es Einige auf eigene Faust. Vordergründig ist dabei eine Abspaltung von Butlers „Kirche" zu nennen, die sich „The Order" nannte und den „Rassenkrieg" ausrief. Ihre Mitglieder fälschten Geld und überfielen in Seattle Sexshops und Geldtransporter, legten in einer Synagoge eine Bombe und ermordeten in Denver eine jüdischen Talkshow-Moderator. 1984 wurde „The Order"-Chef Robert Mathews von FBI-Beamten erschossen. 1985 erhielten zehn Mitglieder von „The Order" von einem Bundesgericht Haftstrafen zwischen 40 und 100 Jahren. Obwohl das Falschgeld auf dem Anwesen Butlers gedruckt worden war und ein Teil der gestohlenen Gelder an seine „Kirche" floss, konnten ihm die Behörden nichts nachweisen. Nur wenig wurde zu den genaueren Beziehungen zwischen Butler und dem terroristischen Untergrund bekannt.

Jahrelang konnten örtliche Initiativen trotz einer Öffentlichkeitskampagne gegen Butler nichts erreichen. Selbst die Behörden, die über den schlechten Ruf der Gegend und ausbleibende Tourismusgelder klagten, waren hilflos, als ein Gericht den Neonazis das Recht auf freie Meinungsäußerung und ihre Märsche aufrechterhielt. Erst im 27. Jahr seiner Existenz ergab sich die Gelegenheit, das inzwischen US- und weltweit bekannte Anwesen aufzulösen: ein Gericht verdonnerte Butler zu einer Strafzahlung von 6,3 Millionen Dollar. Er ging bankrott, das Anwesen wurde versteigert und schließlich in einen Feuerwehr-Übungsplatz umgewandelt. Butler verstarb 2004 im hohen Alter. Das „Southern Poverty Law Center", das maßgeblich zum Bankrott des Neonazis beigetragen hatte, summierte, das Anwesen diente „jahrzehntelang ehemaligen Häftlingen, rassistischen Skinheads und weiteren Antisemiten und Berufs-Rassisten, von denen Viele Verbrechen begangen hatten, als Zufluchtsort".

Elohim City

Im Gegensatz zu Butlers Anwesen, das Neonazis als zeitweiliger Unterschlupf und mögliches Sprungbrett diente, ist Elohim City ein geschlossener Wohnort mit Dutzenden von Gebäuden. Der Name täuscht, denn es handelt sich um keine Stadt, sondern um eine Siedlung mit geschätzten 80-120 Bewohnern. Elohim City befindet sich außerdem nicht im pazifischen Nordwesten der USA, sondern weit entfernt davon in Oklahoma, allerdings ebenfalls in ländlicher Abgeschiedenheit. Es wäre falsch, Elohim City als Neonazi-Siedlung zu klassifizieren.

Gegründet wurde Elohim City 1973 von dem Mennoniten Robert G. Millar, der aus Kanada in die USA eingewandert war, zusammen mit 18 weiteren Familienangehörigen. Millar gründete Elohim City („Stadt Gottes") mit dem Anspruch auf „Christian Identity". Es handelt sich um eine puritanistische Sekte, die sich auf das alte Testament beruft und auf offen rassistischen und antisemitischen Verschwörungsmustern beruht. Auswärtige Rechte, die bei Besuchen in dem Ort Nazi-Symbole und weiße „Wut" wie in Butlers Idaho-Anwesen suchten, sahen sich enttäuscht. Denn Elohim City bestand immer auf dem Image des religiösen In-sich-Gekehrtseins. Millar bestätigte mehrfach, dass er und seine „Community" einen „unaufgeregten rassischen Separatismus" bevorzugten. Sein Nachfolger und Sohn John Millar sagte im Sommer 2001: „Wir sehen uns als Survivalisten im Sinne von 'wir überleben, so gut wir können'". Die Gemeinde sei bewaffnet - was in Oklahoma, einem äußerst waffenfreundlichen Bundesstaat, allerdings nicht ungewöhnlich ist. Obwohl Elohim City auf eine offensive Außenwirkung keinen Wert legt, ist es doch äußerst offen für Besuche von und Kontakte mit prominenten Rechtsaußen bis hin zu entsprechenden Terroristen. Die Liste ist lang und umfänglich.

Nach dem rechten Terroranschlag in Oklahoma City 1995 mit 168 Toten geriet die Siedlung ins Visier des FBI. Denn Ermittler hatten herausgefunden, dass der Attentäter Timothy McVeigh und der Sicherheitschef von Elohim City Andreas Strassmeir sich auf einer Waffenmesse begegnet waren. Darüberhinaus hatte McVeigh zwei Wochen vor dem Anschlag telefonisch nach Strassmeir gefragt. „Andy the German" war 1990 in die Siedlung gekommen und lebte dort bis 1995. Seine Hauptaufgabe sei es gewesen, die Gemeinde vor dem Einsickern von Provokateuren zu schützen, sagte er gegenüber dem „Spiegel" 1997 in einem Interview. Strassmeir war zwei Monate nach dem Oklahoma-City-Anschlag nach Berlin zurückgekehrt, wo er als Sohn eines CDU-Politikers aufgewachsen war. Er wurde Mitinhaber eines Berliner Ladengeschäfts. McVeigh war wohl nie in Elohim City gewesen. Das FBI und seine deutschen Kollegen sahen in Strassmeir keinen Aufklärungswert mehr.

Elohim City ist seitdem wieder in Vergessenheit geraten. Die Mehrzahl seiner Bewohner geht weiter dem täglichen Gottesdienst nach, und die Rechten, die zu Besuch kommen, dürfen wie die Millar-Familie davon ausgehen, dass seit dem Oklahoma City-Anschlag jede Bewegung und jede Äußerung in dem Ort überwacht wird. •

TITEL

Die „Regermanisierung" Kaliningrads

Ansiedlungsprojekte der extremen Rechten in Kaliningrad in den 1990er Jahren sind gescheitert

Der Gedanke, Russlanddeutsche im Gebiet Kaliningrad anzusiedeln, in der ehemaligen preußischen Provinzhauptstadt Königsberg und ihrem Umland, ist Ende der 1980er Jahre entstanden. Damals erhielten die Russlanddeutschen, deutschsprachige Einwohner der Sowjetunion, die im Zweiten Weltkrieg größtenteils in die Sowjetrepubliken Zentralasiens deportiert worden waren, die Möglichkeit, in die Bundesrepublik auszuwandern. Viele nahmen die Chance in der Hoffnung auf ein besseres Leben im reichen Westen Europas wahr. Zogen 1987 noch nicht einmal 15.000 Russlanddeutsche in die Bundesrepublik, so waren es 1990 schon fast 150.000, und die Zahl stieg weiter an.

Nicht alle wollten allerdings ihr Heimatland gänzlich verlassen. Einige zog es zwar weg aus Zentralasien, aber nicht über die sowjetischen bzw. russischen Grenzen hinaus – sei es wegen mangelnder Sprachkenntnisse, sei es wegen der ungewohnten sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Eine Option, die in der „Wiedergeburt", einem Russlanddeutschen-Verband, seit Ende der 1980er Jahre diskutiert wurde, war ein Umzug in das Gebiet Kaliningrad. Kurt Wiedmaier, ein Aktivist der „Wiedergeburt", schwärmte Anfang 1990 in einem Interview mit dem „Spiegel" sogar, in Kaliningrad sei womöglich „Platz für eine autonome Republik der Sowjetdeutschen". Und: Er habe für den Vorschlag, dorthin überzusiedeln, unter den Russlanddeutschen in Zentralasien viel Beifall erhalten.

Zur selben Zeit nahm ein ganz anderes Personenspektrum ebenfalls Kaliningrad in den Blick: führende Kreise der bundesdeutschen Wirtschaft. Die Sowjetunion schwächelte, suchte nach Möglichkeiten, ihre Wirtschaft in Schwung zu bringen; da schlug im Jahr 1988 Friedrich Wilhelm Christians, von 1976 bis 1988 zuerst Vorstandssprecher, dann Aufsichtsratschef der Deutschen Bank, der sowjetischen Regierung die Gründung einer Sonderwirtschaftszone vor. Dort könnten sowjetische Betriebe Joint Ventures mit bundesdeutschen Unternehmen zum beiderseitigen Nutzen gründen, erläuterte Christians. Als Standort brachte er Kaliningrad ins Spiel.

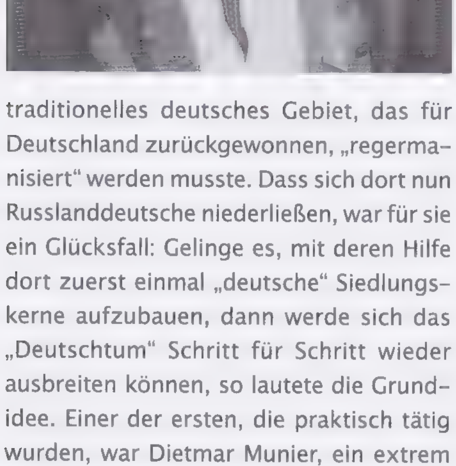
Wieso Kaliningrad? Nun, es liege zum einen geografisch günstig, erläuterte Christians im Februar 1990 in der „Zeit". Zum anderen werde das ehemalige Königsberg, eine „Gründung der Deutschordensritter und Residenz der preußischen Herzöge", wohl „größere Akzeptanz" bei deutschen Unternehmern finden als andere russische Städte und Regionen. Christians hatte zudem die Russlanddeutschen im Blick, von denen mittlerweile so viele in die Bundesrepublik auswanderten, dass die Bundesregierung nach Optionen suchte, ihnen einen Verbleib irgendwo in Russland schmackhaft zu machen. Siedle man sie in Kaliningrad an, erklärte Christians, dann sei allen geholfen: den Russlanddeutschen, die Zentralasien verlassen wollten, aber auch den deutschen Unternehmen, die im früheren Königsberg bei niedrigsten Löhnen Waren produzieren wollten. Stelle man Personal mit deutschen Sprachkenntnissen ein, dann falle eine lästige Notwendigkeit weg: der stetige Zwang zum Dolmetschen.

Christians hatte den Plan schon 1989 Oleg Bogomolow vorgestellt, einem Berater von Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow; Bogomolow hatte ihn mit Gorbatschow besprochen, und prompt wurden beide Kernelemente, die Öffnung des Gebiets Kaliningrad für die Russlanddeutschen – bis Anfang 1991 war es militärisches Sperrgebiet – und die Gründung einer ersten Sonderwirtschaftszone im September 1991 umgesetzt. Ende 1991 begann die Bundesregierung jährlich im Schnitt mittlere einstellige Millionenbeträge bereitzustellen, um den aus Zentralasien nach Kaliningrad übersiedelnden Russlanddeutschen humanitäre Hilfe und anderweitige Unterstützung zu leisten – mit dem Hintergedanken, dann würden wenigstens sie nicht in die Bundesrepublik kommen. Die Zahl der Russlanddeutschen, die sich in Kaliningrad niederließen, wird je nach Quelle auf zwischen 8.000 und 25.000 Personen geschätzt. Aus ehrgeizigen Plänen, bis zu 200.000 Russlanddeutsche in das Gebiet um das ehemalige Königsberg zu locken, ist nicht viel geworden.

In den Umbrüchen der Jahre 1989/90 begannen Aktivisten der extremen Rechten in der Bundesrepublik, das Gebiet Kaliningrad näher in den Blick zu nehmen. Der Grund lag auf der Hand: Für sie war es



Foto Christian Ditsch





Screenshot ARD Panorama

Links: Der Neonazi-Terrorist und Siedlungs-Bauer Manfred Roeder

Rechts: Roeders geplantes Siedlungsprojekt in Kaliningrad.

traditionelles deutsches Gebiet, das für Deutschland zurückgewonnen, „regermanisiert" werden musste. Dass sich dort nun Russlanddeutsche niederließen, war für sie ein Glücksfall: Gelinge es, mit deren Hilfe dort zuerst einmal „deutsche" Siedlungskerne aufzubauen, dann werde sich das „Deutschtum" Schritt für Schritt wieder ausbreiten können, so lautete die Grundidee. Einer der ersten, die praktisch tätig wurden, war Dietmar Munier, ein extrem rechter Verleger aus Kiel, der 1991 die „Aktion Deutsches Königsberg" (ADK) gründete.

Die ADK spannte den politischen Rahmen für weitere Organisationen auf, die vor Ort konkrete Tätigkeiten entfalteten und dafür nicht nur von der „Landsmannschaft Ostpreußen", sondern einmal sogar vom CSU-Blatt „Bayernkurier" gelobt wurden. Eine davon war Muniers „Gesellschaft für Siedlungsförderung in Trakehnen" (GST). Trakehnen war ein alter ostpreußischer Ort mit einem berühmten Gestüt, der nach dem Zweiten Weltkrieg in Jasnaja Poljana umbenannt worden war. Die GST unterstützte Russlanddeutsche, die in Jasnaja Poljana eingetroffen waren, bei Renovierung und Bau von Häusern, etwa, indem sie Baumaterial beschaffte oder auch russlanddeutsche Handwerker einstellte. Eine weitere Organisation war der „Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen", der Deutschunterricht organisierte; die Sprachkenntnisse der Russlanddeutschen waren teilweise recht rudimentär.

Munier war beileibe nicht der einzige extrem rechte Aktivist, der sich an der „Regermanisierung" Kaliningrads versuchte. Ein weiterer war Manfred Roeder, Holocaustleugner, einst Gründer der „Deutschen Aktionsgruppen", die unter anderem Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte begingen; bei einem davon kamen zwei Flüchtlinge ums Leben. Roeder saß dafür 13 Jahre in Haft. 1992 gründete er gemeinsam mit Siegfried Godenau erst die „Aktion Ostpreußenhilfe", 1993 dann nach internen Streitigkeiten das „Deutsch-Russische Gemeinschaftswerk", mit dem er – wie Munier – Russlanddeutsche bei der Ansiedlung unterstützen wollte. Roeder verfolgte jedoch ganz offen weiterreichende Ziele. Wie Munier machte er sich Hoffnungen, Russland könne Kaliningrad, eine weit vom russischen Kernland entfernte Exklave, abstoßen, vielleicht gar Deutschland übertragen. Darüber hinaus war er aber auch der Auffassung, das Gebiet könne eine Art Bindeglied zwischen Deutschland und Russland werden – als Kern einer deutsch-russischen Allianz, die Roeder als Alternative zur „verwestlichten" EG bzw. EU ansah.

Roeder hat mit seinen Aktivitäten später einen kleinen Skandal ausgelöst. Im Sommer 1994 hatte er sich mit der Bitte an die Bundeswehr gewandt, ausrangierte Autos für sein „Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk" übernehmen und nach Kaliningrad überführen zu dürfen. Die Bundeswehr fragte beim Auswärtigen Amt nach, ob es Einwände dagegen gebe; und als das Außenministerium dies verneinte – auch die Bundesregierung gab ja schließlich viel Geld aus, um die Russlanddeutschen in Kaliningrad zu halten –, da bekam Roeder von der Truppe einen alten Lkw, zwei kleinere Fahrzeuge sowie haufenweise Spaten und ähnliches Gerät. Im Gegenzug hielt er am 25. Januar 1995 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg vor rund 30 Offizieren einen ausführlichen Vortrag über die „Situation in Ostpreußen und das Gemeinschaftswerk". Als all dies Ende 1997 bekannt wurde, gab es für die Bundeswehr heftig Ärger. Roeder freilich konnte es ganz egal sein: Er hatte als verurteilter Neonazi in Russland mittlerweile Einreiseverbot.

Munier hat seine „Regermanisierungs"-Projekte noch eine Zeitlang weitergeführt. Einigen verarmten Russlanddeutschen verschaffte die GST ein Dach über dem Kopf; andere, auch Russen ohne deutsche Vorfahren, nutzten die Deutschkurse des Schulvereins, um ihre Fremdsprachenkenntnisse aufzubessern. Der angestammten Bevölkerung stieß das Germanisierungsgehabe übel auf; letztlich nahm man es aber hin, weil die unangenehmen Deutschen immerhin ein wenig Geld in das verarmte Gebiet brachten und wenig schadeten – von ihrer Deutschtümelei hielten die meisten Russlanddeutschen wenig. Im Jahr 2006 stieg Munier, desillusioniert, aus der GST aus; der neue Chef, ein Russlanddeutscher, begann bald, die Häuser zu verscherbeln. Aus den großen Plänen der extremen Rechten zu Beginn der 1990er Jahre war nichts geworden. •

TITEL

Immobilien in den Händen krimineller Neonazi-Netzwerke

LIONEL C. BENDER UND KAI BUDLER

■ Ende Februar 2021 durchsuchten knapp 600 Einsatzkräfte 27 Wohnungen und Geschäftsräume von Neonazis in Thüringen, Hessen und Sachsen-Anhalt. Bei den Razzien im Raum Gotha, in Bad Langensalza, Saalfeld-Rudolstadt sowie im Lahn-Dill-Kreis und im Burgenlandkreis stießen die Ermittler unter anderem auf Drogen wie Heroin und Crystal Meth, Waffen und rund 120.000 Euro Bargeld. Schwerpunkt der Maßnahme war das „Gelbe Haus“ im Besitz von Neonazis in Ballstädt bei Gotha. Doch ermittelt wird in diesem Fall nicht wegen des neonazistischen Hintergrundes, die Razzien waren vom Dezernat 62 des Thüringer Landeskriminalamtes (LKA) vorbereitet worden, das sich mit „Organisierte Kriminalität“ befasst. Die Staatsanwaltschaft Gera wirft den 21 Beschuldigten Handel mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge vor, die Erlöse aus dem Drogenhandel sollen sie anschließend gewaschen haben. Seit Jahren sollen sie so große Teile des Drogenhandels in Thüringen organisiert und kontrolliert haben, dazu sollen noch Waffengeschäfte gekommen sein.

Alle Beschuldigten gehören der extrem rechten Bruderschaft Turonen an oder sind Teil ihres Netzwerks (z.B. „Garde 20“).

Kontinuierlicher Zugriff auf Immobilien

Bei diesen Geschäften konnten die Neonazis auf langjährige Erfahrungen beim Erwerb und der Verwaltung von rechten Szene-Immobilien zurückgreifen. Bereits Mitte Dezember 2011 erwarben die militanten Neonazis Steffen Mäder und Marco Zint im thüringischen Crawinkel für etwa 100.000 Euro eine Immobilie, die unter dem Namen „Hausgemeinschaft Jonastal“ mit der bezeichnenden Abkürzung HJ an die Öffentlichkeit trat. Nur zwei Jahre später folgte im nur 30km entfernten Ballstädt ebenfalls im Landkreis Gotha der Kauf des „Gelben Haus“ durch die beiden Mitglieder der Hausgemeinschaft André Keller und abermals Steffen Mäder. Während die Kommune in Crawinkel es schaffte, nach zwei Jahren ihr Vorkaufsrecht durchzusetzen und das Gebäude für 155.000 Euro zu erwerben, sah dies in Ballstädt anders aus. In dem Dorf nördlich von Gotha weigerten sich die Behörden, ihr Vorkaufsrecht durchzusetzen, da sie sich nicht vom damaligen Verkäufer der Immobilie erpressen lassen wolle. Dieser hatte angekündigt, die Immobilie für 165.000 Euro an die Neonazis zu verkaufen, sollte die Kommune nicht von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen. Im Jahr 2016 folgte ein weiterer Kauf im benachbarten Henningsleben bei Bad Langensalza für 30.000 Euro. Immobilien in der Hand von Neonazis haben für sie eine zentrale Bedeutung. Dass sich die Turonen beim Kauf der Häuser auf kleine Dörfer beschränken, dürfte mehrere Gründe haben. Neben gemeinschaftlich genutztem Wohnraum kann hier abseits urbaner Großstädte der Traum einer intakten Volksgemeinschaft gelebt werden. Durch den steigenden Leerstand auf den Dörfern fallen die Kaufpreise. Dem Wegzug meist junger Menschen in die Städte folgt weiterhin die Verödung der Dörfer, woraufhin Neonazis es leichter haben Fuß zu fassen und ein Klima der Angst zu schaffen, weil niemand mehr da ist, um sich gegen sie zu stellen. Sollte es doch eine aktive Zivilgesellschaft wie in Ballstädt geben, wird diese eingeschüchtert, bedroht und überfallen.

RechtsRockkonzerte als Geldquelle

Daneben sind Neonazi-Immobilien Dreh- und Angelpunkt der eigenen Finanzierung. Nur rund vier Wochen nach dem Erwerb der Immobilie in Crawinkel löste die Polizei ein dort stattfindendes Rechts-Rockkonzert auf und erteilte rund 80 Platzverweise. Später fanden fast im Monatsrhythmus weitere solcher Konzerte mit bis zu 100 Teilnehmenden in der „Hausgemeinschaft Jonastal“ statt. Die Mobile Beratung in Thüringen (MOBIT) zählte allein im Jahr 2012 mindestens sieben RechtsRockkonzerte in Crawinkel, im Jahr darauf sollen es mindestens fünf gewesen sein. Nach dem Überfall in Ballstädt wechselten die Turonen ihren Veranstaltungsort und organisieren ihre Konzerte im nahegelegenen Kirchheim. Die dortige „Erlebnisscheune“ dient rechten Strukturen für Parteitage und Rechtsrockkonzerte. In den Jahren 2014 bis 2016 führten die Turonen dort mehr als ein Dutzend Konzerte durch. Die Bewerbung unter den Namen „Support the POWs!!!“, „Rock for Freedom“ sowie „Solikonzert für ‚Gefangenenhilfe‘“ legt nahe, dass die Einnahmen für Gerichtsverfahren und Anwaltskosten verwendet werden sollten. Die Gelder dürften einerseits für den Ballstädtprozess und andererseits den NSU-Prozess gesammelt worden sein. Bei den Konzerten in Kirchheim konnten die Turonen schätzungsweise einen Umsatz von insgesamt bis zu 100.000 Euro allein durch Eintrittsgelder generieren. An den Konzerten sollen in Durchschnitt rund 200 Neonazis teilgenommen haben.

Mit dem „Rock gegen Überfremdung II“ am 15. Juli 2017 organisierten die Turonen

mit Hilfe befreundeter Neonazi-Bruderschaften aus ganz Deutschland das wohl bundesweit größte Neonazikonzert in der Bundesrepublik seit Jahren. Bis zu 6.000 Neonazis reisten zu dem Open-Air nach Themar, das europaweit beworben wurde. Tommy Frenck, Inhaber des Neonazi-Treffpunks „Goldener Löwe" im nahen Hildburghausen, stellte den Turonen das Gelände in Themar zur Verfügung. Frenck hatte es wiederum vom ehemaligen AfD-Politiker Bodo Dressel gepachtet. Das Portal „Thüringenrechtsaussen" geht von einem Gesamtumsatz von 250.000 Euro bis 325.000 Euro und einem Gewinn zwischen 100.000 Euro und 200.000 Euro für die Turonen aus. Bei einem Konzert mit 5.000 Neonazis in Unterwasser in der Schweiz konnte die Neonazigruppierung laut dem Portal schätzungsweise rund 150.000 Euro einnehmen. Angemeldet hatte es der gebürtige Thüringer und „Turone" Matthias Melcher, der zeitweise in der Schweiz lebte und offenbar auch an Waffen interessiert ist. Bei einer Razzia 2019 fand die Polizei bei ihm ein Sturmgewehr mit knapp 800 Patronen, eine Maschinenpistole tschechischer Bauart mit rund 1200 Patronen und eine Pistole der Marke Walther mit Extra-Magazin. Seit er wieder in Thüringen wohnt, gibt er als Ladungsadresse die Anschrift des Gelben Hauses in Ballstädt an. Der Erfolg der Turonen und die Kontakte im RechtsRockgeschäft dürften nicht zuletzt daran liegen, dass deren Mitglied Thomas Wagner über ein Tonstudio in der Immobilie in Ballstädt verfügt. Mit Hilfe dieses Tonstudios schaffen es die Neonazis, ihre Musik zu produzieren sowie Kontakte zu knüpfen, pflegen und erhalten. Mit dem ebenfalls im „Gelben Haus" ansässigen Label „Frontschwein-Records" werden der Vertrieb der Tonträger und Konzerte organisiert.

Übernahme österreichischer Geschäftsmodelle

Neben der Geldbeschaffung durch RechtsRockkonzerte bauten sich die Neonazis einen weiteren Geschäftszweig auf. Mit ihrem Mix aus Drogenhandel und Rotlichtgeschäften haben die Turonen das Geschäftsmodell der oberösterreichischen Gruppierung „Objekt 21" übernommen und ausgebaut.



Kein Zufall, denn in die österreichischen Machenschaften waren auch Thüringer Neonazis aus der RechtsRockband „Sonderkommando Dirlewanger" (SKD) und ihrem Umfeld verwickelt, um die sich später die „Turonen" gruppierten (siehe AIB Nr. 98). So mutmaßten die Behörden bereits 2013, dass Waffen aus dem „Objekt 21" in den Raum Gotha gebracht worden waren sowie Thüringer Neonazis an Waffenkäufen aus dem Fundus von „Objekt 21" interessiert waren und durch ihre teils engen Kontakte zum österreichischen Neonazi-Netzwerk Handgranaten nach Deutschland gebracht hatten. Und so wurden beim Prozess gegen Mitglieder des „Objekt 21" auch drei Neonazis aus Thüringen verurteilt. Einer davon war Steffen Mäder, der am Kauf des Gelben Hauses beteiligt gewesen war, wegen seiner Haftstrafe aber nicht einziehen konnte.

Neben Ballstädt diente ihnen dabei auch die Immobilie in Henningsleben als Treffpunkt. Dort waren auf dem Türschild noch fünf Monate nach den Razzien die Namen von Marco Zint und Nicole G.zu finden. Ebenso wie Zint gehört die Cousine von Wagner zu den Beschuldigten. Ihre Handynummer war in der Vergangenheit die Kontaktnummer für konspirative RechtsRockkonzerte. In der Stadt Gotha diente ein ehemaliges Firmengelände als Hauptquartier der Turonen, andere Häuser wurden dort gewerblich genutzt. Auch nach der Razzia gingen dort Neonazis ein und aus. Mit dem Auf- und Ausbau der mafiösen Strukturen ging nicht nur ein Anstieg der von den Turonen genutzten Immobilien einher. Ihre Versuche, die Drogengeschäft zu übernehmen, verdrängten auch ältere Dealer-Strukturen in der Region. Bei ihren Geschäften sollen sie auch Minderjährige als „Läufer", die die Drogen auf der Straße verkaufen, eingesetzt haben. Neben den erwähnten Einnahmen aus Rechtsrock-Konzerten dürften auch gewaschene Drogengelder zur Finanzierung ihrer Geschäfte gedient haben. Eine zentrale Rolle dabei wird dem bekannten Szeneanwalt Dirk Waldschmidt aus Wetzlar zugeschrieben. Dem Verteidiger, der unter anderem André Kapke im NSU-Prozess, den Lübcke-Mörder Stephan Ernst und Christian Herrmann im Ballstädt-Prozess vertreten hatte, werden mindestens 40 Fälle der Geldwäsche vorgeworfen. Weiterhin sollen über das Unternehmen von Waldschmidts Lebensgefährtin „Sonja Löw Immobilien- und Vermögensverwaltungs GmbH" die Beschuldigten Andre Keller, Sina T. und Timm Malcoci ein monatliches Gehalt bezogen haben. Während Keller die Drogen mit Kurierfahrten nach Thüringen gebracht haben soll, sollte Sina T. als Ex-Prostituierte das Bordell in der Kindleber Straße in Gotha leiten. Ein weiteres Bordell soll sich im Nordosten der Stadt befunden haben. Weiterhin besorgte offenbar Malcoci den Teil der Drogen, die aus dem Aachener Raum stammten. Auch Wagner hat bereits Erfahrungen mit dem Drogenhandel: er wurde schon 2008 wegen unerlaubten Handels mit Arzneimitteln zu einer Geldstrafe verurteilt. Im Jahr



2013 wurden bei einer Razzia in Crawinkel ebenfalls eine geringe Menge Amphetamine bei ihm gefunden.

Crawinkel, Ballstädt und der Rechtsterrorismus

Die beiden Neonazi-Immobilien in Crawinkel und Ballstädt nutzten die Turonen auch, um Waffen sowie Munition zu deponieren. Bei einer Razzia im Juni 2012 wurden landesweit zehn Objekte durchsucht, darunter das Haus in Crawinkel. Hintergrund waren Ermittlungen wegen des „Verdachts auf Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat". Den Neonazis wurde eine Anschlagsplanung vorgeworfen. Nur wenige Monate später zündeten spätere Mitglieder der Turonen eine Kugelbombe vor einem alternativen Wohnprojekt in Gotha und verbreiteten das Video im Internet. Im August 2013 werden die Behörden in Crawinkel schließlich fündig. Im Zuge von Ermittlungen wegen des Verdachts des „Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz" beschlagnahmte die Polizei ein Sturmgewehr mit Munition, zwei Maschinenpistolen, ein Colt, 15 Patronen sowie verschiedene Schlagwaffen. Eine weitere Hausdurchsuchung erfolgte nach dem Überfall auf die Kirmesgesellschaft in Ballstädt 2014. Nachdem Wagner 2018 nach eigenen Angaben mehrfach Briefe im Briefkasten hatte, die mit einer Karikatur gegen Neonazis versehen waren, lobte er 2.000 Euro Belohnung für Hinweise zum Absender aus. Weiterhin kommentierte er die Auslobung mit einer indirekten Morddrohung: „deswegen biete ich demjenigen, der mir deinen namen nennt, 2000 euro und die zusicherung, dass sein name anonym bleibt.ist das nicht zum TOT SCHIESSEN lustig?? mal sehen wie stark deine freundschaften sind" Dass Anhänger der Turonen durchaus zu Morden bereit sind, zeigte Sebastian Dahl, der bis 2018 der Bruderschaft angehörte. Er wurde wegen versuchten Mordes nach einem Brandanschlag auf schlafende Besucher*innen eines antirassistischen Jugendfestivals im Jahr 2001, zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. (AIB Nr. 68 / 4.2005)

Solidaritätsarbeit für NSU-Unterstützer

Neben den Verbindungen zum Objekt 21 in Österreich sowie in Drogenmilieus weisen Mitglieder der Turonen auch Verstrickungen zum NSU auf. So war es deren Mitglied Steffen Richter, welcher maßgeblich die Solidaritätsarbeit für den verurteilten NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben leistete. Richter kannte Wohlleben bereits seit den 2000er Jahren. und gilt als Initiator der Kampagne „Freiheit für Wolle", welche unter anderem durch den Verkauf von T-Shirts Gelder sammelte. Während Wohlleben in der Justizvollzugsanstalt Gräfentonna inhaftiert war, schmuggelte Richter ihm eine geheime Nachricht ins Gefängnis, was die Verlegung von Wohlleben nach München zur Folge hatte. Knapp ein Jahr nach der Selbstenttarnung des NSU veröffentlichte die Gruppe ein Foto von einem knappen Dutzend Neonazis, die mit Waffen posierten und mit „Der neue NSU aus Thüringen" kommentiert wurde. Auf dem Foto sind unter anderem Thomas Wagner, Steffen Mäder und Marco Zint zu sehen. Auch im aktuellen Fall spielt Wohlleben eine Rolle, denn der Szene-Anwalt Waldschmidt soll dem NSU-Unterstützer über Monate Zuwendungen in Höhe von monatlich 450 Euro pro Monat gezahlt haben. Das Geld stammt mutmaßlich aus den Geldern, die Waldschmidt für die Turonen gewaschen hatte.

Im Blick behalten

Durch Immobilien schaffen sich kriminelle Neonazi-Netzwerke einen Rückzugsort, der einerseits als Ort für konspirative RechtsRockkonzerte und andererseits als Treffpunkt für Vernetzung sowie Waffen- und Drogenlager dient. Für die Finanzierung rechtsterroristischer Netzwerke scheinen sogar Teile der Neonazi-Strukturen zunehmend mit Elementen ihrer Ideologie zu brechen und in den Drogenhandel einzusteigen. Ein ähnliches Bild zeichnete sich beim „Objekt 21" in Österreich, welches über ähnliche Strukturen und Netzwerke wie die Turonen verfügte. Auch in Essen fanden die Behörden im Januar 2022 im Zuge einer größeren Razzia in einem Gebäude, welches u.a. von der Neonazi-Bürgerwehr „Steeler Jungs" genutzt wird, mehrere Dutzend Kilogramm Drogen, zahlreiche Waffen und 50.000 Euro Bargeld. Weiterhin soll sich dort eine Waffenwerkstatt befunden haben. Für Antifaschist*innen gilt es weiterhin die fortschreitende Vermischung von organisierter Kriminalität und Neonazis sowie deren Raumnahme im Blick zu behalten. •



Mit Yoga ins Reich?



Fotos: Presseservice Rathenow

Im AIB 119 berichteten wir über die völkische „Anastasia-Bewegung" und ihre Siedlung in Grabow (Brandenburg). Nach einigen Presseberichten verschwanden die Webseiten goldenesgrabow.de und landolfswiese.de aus dem Internet. Doch das lokale Anastasia Netzwerk expandiert im Hintergrund weiter. (Vgl. S. 38f.) Laut Berichten aus dem Landkreis wollten Anfang 2022 Markus Krause und Ines Krause von dem Anastasia Hof im Wiesenweg (Grabow) weitere Grundstücke in der Gegend erwerben. So soll eine Landwirtschaftsfläche (Hinterm Dorfe) und eine Gebäude- und Freifläche (Grabower Dorfstraße) erworben werden. Über mehrere weitere Landwirtschaftsflächen (u.a. Käsebeutelhutung) und eine Wasserfläche in Grabow sollen sie 2021 in konkreten Kaufverhandlungen gestanden haben. Insgesamt steht ein Zuwachs von 17.079 qm bevor. Scheinbar ist der „Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur im Land Brandenburg" Markus Krause mit seinem „Vermessungsbüro Markus Krause" über verfügbare Grundstücke gut im Bilde.

Als Hintergrundstruktur entstand 2015 die „Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung" namens „Goldenes Grabow Dorferneuerungen" mit Sitz im Berliner „Alternativbezirk" Friedrichshain. Geschäftsführer wurden Iris Krause (geb. Wetzig) und Markus Krause. Markus Krause soll aus den Kreisen des nationalistischen Jugendbundes „Freibund - Bund Heimattreuer Jugend" stammen. Bereits 2006 soll er in einem Artikel für die „Freibund"-Zeitschrift „na klar" seine „Gedanken zu Heimat und Volkstum" und den Stellenwert des „Seßhaftwerdens" niedergeschrieben haben. So überraschte es nicht, als in Grabow ein „Sommerlager" des völkischen Jugendbundes „Sturmvogel" bekannt wurde. Iris Wetzig war zeitweilig eine umtriebige Organisatorin im Yoga-Business. Sie stand anfangs hinter dem „Yogafestival Mecklenburg" auf Schloss Daschow, hinter dem „Erdbeer Verlag" aus Berlin und war nach eigenen Angaben an dem Gesundheitsaden „la pura vida" in Berlin Köpenick beteiligt. Ihre Kurse für „Fließendes Yoga" hatten mehrere Standorte in Berlin (u.a. Zirkus Zack/RAW) und einen beim DRK in Parchim. Die Vorstandsmitglieder von „Goldenes Grabow Dorferneuerungen" wechselten im Laufe der Jahre und 2019 verlagerte sich die Firma offiziell nach Bulgarien. Doch die Berliner Firmenadresse in der Simplonstraße wurde beibehalten und von Paul W. betreut. Er soll noch bis Anfang 2022 bei Markus Krause angestellt gewesen sein.



Herbstfest der Anastasia Bewegung in Grabow

Firmen Boom in Grabow ?

Derweil entstand im Kreis Grabow ein Firmennetz von Anastasia-Anhängern und Anhängern des „Königreich Deutschland" (Vgl. AIB 103). Krause betreibt die Firma „Land- und Gartenbaubetrieb M. Krause" in Grabow. An der selben Adresse sitzt das Unternehmen „ALLMENDE Sicherheitsdienst" von Stephan Jurisch. Diese Firma hat auch einen Ableger in Seifhennersdorf, wo Stephan Jurisch auch noch die Firma „WILDBETRIEB.de" betreibt. Stephan Jurisch war 2008 Autor zum Thema „alternativer Lebensgestaltung" im Neonazi-Heft „Hier & Jetzt". Der „Goldenes Grabow" Anhänger Sascha Ballach hat sich mit dem „Förderung der Persönlichkeitsentwicklung e.V." in Heiligengrabe angesiedelt. Ein weiteres benachbartes Unternehmen aus dem Bereich „naturnahes Leben auf dem Land" soll auch an das lokalen Anastasia Netzwerk angebunden gewesen sein. Für das Anastasia Netzwerk in Grabow soll die Firma „Rondinis Wald & Gartenbau" um Martin Seiffarth tätig gewesen sein. Die Firma tritt als ein „Unternehmen im KRD" auf, also als Teil des „Königreich Deutschland" aus Wittenberg mit eigenem Konto für „E-Mark" bei der „Königlichen Reichsbank". Mittlerweile bewirbt sie eine eigene „Repräsentanz" in der Blumenthaler Straße in Grabow. Auch die Firma „Raido Landschaftspflege & Beratung" um Mirko D. soll für Anastasia tätig gewesen sein. Sie tritt ebenfalls als ein „Betrieb im KRD" mit Hauptsitz in Wittenberg" auf. Doch eine „Repräsentanz" der Firma führt in den „Weg der Bodenreform" in Grabow.

Familiensitz - Volksgemeinschaft - Reich?

Auf der Neonazi-Homepage „Metapedia" heißt es dazu passend und vermutlich ungewollt deutlich: „‚Goldenes Grabow' ist ein (...) Projekt zum Aufbau von unabhängigen Familienlandsitzen. Das Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, eine Volksgemeinschaft aufzubauen (...) Staat: Deutsches Reich (...) Bürgermeister: Iris & Markus Krause". •

NS-SZENE

Business as usual

Die Geschäfte eines ehemaligen Hammerskins und VS-Spitzels mit der extremen Rechten

EXIF RECHERCHE

Mirko Hesse aus der Sächsischen Schweiz war in den 1990er Jahren einer der Big Player der Neonazi-Szene. Er gründete 1993 die „Hammerskins Sachsen", 1997 das Neonazi-Label „Hate Records", war Mitorganisator bedeutender Rechts-Rock-Konzerte und mischte in der Produktion strafrechtlich relevanter CDs von Bands wie „Landser" kräftig mit.

Nachdem er 2001 u.a. wegen NS-verherrlichender und volksverhetzender CD-Produktionen, sowie Waffenbesitzes in Haft genommen wurde, kam zudem heraus, dass er mehrere Jahre für den Geheimdienst als Spitzel tätig war.

Doch weder seine Spitzel-Tätigkeit, noch Betrugsvorwürfe in der Szene haben offenbar seinem Status innerhalb der extremen Rechten nachhaltig geschadet. Vielmehr fand er nach seiner Haft erneut Anschluss und unterstützte nicht nur einflussreiche Neonazi-Versände mit seinen Druckerzeugnissen, sondern auch den Online-Shop des neu-rechten „Ein Prozent e.V".

EXIF-Recherche liegen Unterlagen vor, die einen Einblick in die Geschäftswelt Mirko Hesses der letzten Jahre gewähren.

Seit 2006 ist Hesse beruflich u.a. im Textildruck und in der Werbegestaltung tätig, vorrangig unter dem Namen „Druckwerk 247". Daneben unterhält, bzw. unterhielt er unter den Namen „Hesse Textilien", „Roughtex", „Tatex", „Druckbude" und „Rise & Fall" weitere Sub-Firmen. In den sozialen Netzwerken tritt „Druckwerk 247" auch als „FrindPrint" auf. Über diese Firmen wickelt er Materialbestellungen ab und bewegt seine Finanzen – vermutlich nicht ganz im Sinne des Steuerrechts. Laut Unterlagen ging etwa eine kommentarlose Überweisung von 3.050,– Euro von Hesses Privatkonto an die Advanzia Bank S.A. in Luxemburg. Möglicherweise dürfte hier der Wunsch nach einem in Deutschland schwer nachvollziehbaren Kreditkartengeschäft über eine ausländische Online-Direktbank ein realistisches Szenario sein.

Hellhörig macht jedoch nicht das dubiose Geschäftsmodell, sondern der KundInnen-Stamm Hesses, der über besagte Geschäftsunterlagen ersichtlich wird. Sein Top-Kunde war schließlich niemand Geringeres als Malte Redeker aus Schifferstadt (Rheinland-Pfalz), der als „European Secretary" der „Hammerskin Nation" (HSN) gilt.[1] In einem Zeitraum von fast drei Jahren überwies dieser auf Hesses Geschäftskonto insgesamt 37.465,16 Euro – womit er 33 Prozent der ersichtlichen Gesamteinnahmen Hesses in dieser Zeit generierte. Zu den weiteren Kunden Hesses aus dem Hammerskin-Milieu zählen Hendrik Stiewe (Chapter „Westfalen") und Robert Kiefer (Chapter „Sarregau"). Andere Überweisungen stammen u.a. von der „Muldentaler Textil UG" und von Nils Budig, der insgesamt 3.000,– Euro auf Hesses Geschäftskonto einzahlte.

Während Kiefer für das Label „H8Bar Productions" verantwortlich ist, war Stiewe lange Zeit Betreiber von „Wewelsburg Records". Redeker hingegen hat das Label „Gjallarhorn Klangschmiede/Frontmusik" ins Leben gerufen. Die „Muldentaler Textil UG" ist wiederum der Nachfolger der „Falkenhainer Textil UG", die bis circa 2017 für „Front Records" verantwortlich war. Dort war Malte Redeker um 2015 auf 460 Euro-Basis angestellt und habe dort, laut eigener Aussage, zeitweise sogar Geschäftsführertätigkeiten übernommen. Nebenher habe er eine kleine Textildruckerei betrieben.

Nils Budig – Angehöriger der Unterstützergruppe der HSN, der „Crew 38" – ist mit seiner Firma „Küsten Textil UG" heute offiziell verantwortlich für „Wewelsburg Records" und „Gjallarhorn Klangschmiede/Frontmusik" und übernahm im Jahr 2020 zudem „Front Records".

Die Quintessenz dessen ist, dass um die 42.000,– Euro – fast die Hälfte der nachvollziehbaren Einnahmen von Mirko Hesse in fast drei Jahren – aus ein und demselben Haus stammen: den „Hammerskins".

Mit Redeker unterhielt Hesse schon 2014 geschäftliche Beziehungen[2]. Hesse soll nicht nur „HoGeSa"-T-Shirts („Hooligans gegen Salafisten") und diverse Bekleidungsartikel für Redekers „Gjallarhorn Klangschmiede/Frontmusik" bedruckt, sondern auch den ersten Merchandise des rechten Kampfsport-Formats „Kampf der Nibelungen" hergestellt haben. Damals habe Hesse auch den Vorschlag gemacht, die Kooperation mit Redeker unter dem Namen „FrontDruck" zu bewerben, .

Zu Hesses Top-Kunden zählte in den letzten Jahren auch Thomas Rackow aus Pirna. Rackow – ehemals Führungsperson u.a. der verbotenen „Skinheads Sächsische

Screenshot Instagram



Seine Spitzel-Tätigkeit hatte offenbar keine Konsequenzen für ihn. Mirko Hesse, hier vergnügt in Tschechien

Schweiz" – ist heute eines der Gesichter des rechten Treffpunkts „Haus Montag" in Pirna. Über die Adresse der Immobilie werden auch die Geschäfte des „Kryptonit Versand", sowie des Webshops „Sachsen Shirts" abgewickelt. Im Impressum beider Shops war noch bis vor kurzem Thomas Rackow selbst zu finden.

Höchstwahrscheinlich ist Hesse für den Druck von Artikeln der beiden Versände zuständig (gewesen). Schon für die Neonazi-Gruppierung „Peckerwood Brotherhood", die sich auch im „Haus Montag" trifft, druckte Hesse vor Jahren diverse Bekleidungsartikel. „Peckerwood" ist ein US-amerikanischer Begriff, den sich „weiße, männliche Inhaftierte" innerhalb des Gefängnis-Gangmilieus zu eigen machten. Auch die 1967 gegründete rassistische Gefängnis-Gang „Aryan Brotherhood" (AB), bezeichnet sich als „Peckerwood". Referenzen zur AB – die Jahreszahl, als auch deren Logo, ein Kleeblatt – finden sich auf T-Shirts der „Peckerwood Brotherhood" aus Pirna wieder.

Thomas Rackow hat heute mit den beiden genannten Webshops offiziell nichts mehr zu tun. Stattdessen wurde der Neonazi Dennis Schiller ins Impressum der Shops eingetragen, offenbar eine Art Strohmann. Schiller gehört zum Stammklientel des „Haus Montag" und nahm zuletzt an einer Kundgebung der NPD im Juni 2020 in Dresden teil.

Ob Schiller auch für Hesses „Druckwerk 247" arbeitete, kann abschließend nicht geklärt werden. Fest steht jedoch, dass ein „Dennis" im Namen der Firma größere Mengen an Tassen – 200 Stück im Gesamtwert von fast 1.200,00 Euro – im März 2018 verkauft hatte. Auf den Tassen seien – laut Geschäftsunterlagen – Motive gedruckt gewesen, die sich etwa um die „Verteidigung Europas" drehen oder die eine Art Tagesplan zeigen, auf der sich u.a. der Punkt „Deutschland retten" befindet. Auch Tassen mit dem Schriftzug „Deutscher Ureinwohner", wurden von „Dennis" im Namen von „Druckwerk247" verkauft.

Zumindest die beiden letztgenannten Tassen werden noch heute im „Ein Prozent – Versand" des extrem rechten „Ein Prozent e.V." aus Dresden angeboten.

Hesse und „das größte patriotische Netzwerk Deutschlands"

Nicht nur über den Vergleich der Motive auf den bedruckten Tassen wird ersichtlich, dass Hesse offenbar mit der „Neuen Rechten" Geschäfte macht(e). Der „Ein Prozent e.V." – das angeblich „größte patriotische Netzwerk Deutschlands" – war laut Unterlagen in einem Zeitraum vom knapp drei Jahren, Hesses zweitgrößter externer Kunde. Der Verein, 2015 von Götz Kubitschek, Philip Stein und Jürgen Elsässer gegründet, generierte dabei einen Umsatz von 10.204,25 Euro bei „Druckwerk 247". Auch wenn sich der „Ein Prozent e.V." politisch gemäßigter gibt, ist er anderen KundenInnen von Hesse ideologisch nicht allzu fern. Philip Stein, der nicht nur Ansprechpartner des Vereins sondern auch Inhaber des „Jungeuropa"-Verlags ist, lud schließlich im August 2018 Olena Semenyaka zu einer Konferenz in Dresden ein. Semenyaka – internationale Vertreterin des „National Corps", dem zivilen Arm des neofaschistischen Asov-Regiments in der Ukraine – war zwischen 2018 und 2019 auf Europa-Tour, zur „informationellen Expansion der Asov-Bewegung". Dabei traf sie nicht nur Philip Stein in Dresden, sondern auch Thomas Rackow im „Haus Montag" im nahen Pirna. Rackow selbst ist einer der Initiatoren des Projekts „Kraftquell". Angelehnt an die nationalsozialistische Organisation „Kraft durch Freude", will „Kraftquell" ukrainischen Kriegsveteranen und deren Familien einen Urlaub in Deutschland und Norwegen ermöglichen.

Hesse selbst dürfte der Kurs des „Ein Prozent e.V." durchaus gefallen. Denn sowohl er, als auch der Verein fühlten sich berufen, ab 2015 gegen Geflüchtete mobil

Hesse (links) und Olivier K. im Booklet der CD „Day Of Reckoning" der US-Band „Dying Breed"



Screenshot Discogs

zu machen: „Ein Prozent e.V" bei PEGIDA und Hesse zuletzt im Februar 2017 bei Aufmärschen im ostsächsischen Neustadt.

Support your local...Neonazi

Nicht nur bundesweit einflussreiche Neonazis machten mit Hesse im besagten Zeitraum Geschäfte. Auch Firmen und Vereine aus der Sächsischen Schweiz beauftragten ihn vielfach, darunter die Freiwillige Feuerwehr, eine Security-Firma, ein Jugendclub, diverse Gaststätten wie „Zum Schmuggler" in Sebnitz und die Tourismus-und Dienstleistungsgesellschaft Sebnitz mbH. Dazu kamen noch das rechte Tattoo-Studio „Blackskull Art" in Heidenau, wie auch bekannte Neonazis, die sich in der Region etwa als Raumausstatter oder wie Lars U. im Bereich „Demontagen und Metallhandel" niedergelassen haben. U. war schon 2002 Teil des Ermittlungskomplexes gegen die „Hammerskins Sachsen" und soll heute in Pfaffendorf (Königstein) einen rechten Szenetreff betreiben.

Auch gegen Madeleine K. und ihren Ehemann, den ehemaligen „Hammerskin" Marcel K., wurde 2002 wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt. Sie habe die Szene verlassen, gab sie damals in einer Vernehmung an. Doch noch 2018 gehörte sie zum KundInnen-Stamm Hesses, ließ sich insgesamt 80 Bekleidungsartikel von „Druckwerk 247" veredeln.

Es drängt sich die Frage auf, was eigentlich fragwürdiger ist: „Bürgerliche" NachbarInnen, die einen stadtbekannten Neonazi unterstützen oder bundesweite Akteure der (extremen) Rechten, die mit einem früheren Geheimdienst-Spitzel Geschäfte machen.

„Bigot" (dt. „scheinheilig"), ließ sich Hesse sogar auf den Hals tätowieren – wie passend.

Hesse selbst dürften ganz andere Fragen plagen. Denn 2020 verzog seine Ex-Partnerin in die USA und nahm seine zwei Söhne mit. Seitdem „kämpft" er um seine Rechte als Erziehungsberechtigter und sammelt Spenden für Anwaltskosten. Dafür verkaufte er jüngst sogar alte Tonträger, wie etwa eine Kassette der Black Metal-Band „Moonblood" des Neonazi-Musikers Tino Mothes aus dem Erzgebirge.

Auch wenn er sich gern als liebevoller, aufopferungsbereiter Vater darstellt, bleibt er ein relevanter Player in der rechten Szene Ostsachsens. Erst im Februar 2022 veröffentlichte er ein Bild, dass ihn 1991 auf dem Winterstein im Elbsandsteingebirge zeigt: er im Tarnhemd, im Hintergrund die Flagge des Kaiserreichs. „Schöner 90er Jahre Charme....", kommentierte er das Bild aus seiner frühen Jugend. Damals, als er laut eigener Aussage, „ein sehr aktives Mitglied" der „Wiking Jugend" gewesen sei – die 1994 verboten wurde und zum Zeitpunkt des Verbots als größte neo-nationalsozialistische Kinder- und Jugendorganisation galt.



Screenshot Instagram

Auch für „Imperator Wear" bedruckte Mirko Hesse (erkennbar an den Tattoos) Bekleidungsartikel

Kein Ausschluss, keine Ächtung

Der heute fast fünfzig jährige Mirko Hesse genoss als Multiplikator der Szene großes Ansehen und Respekt. Grüße an Hesse finden sich vielfach in Booklets diverser CDs der späten 1990er Jahre, manchmal sogar Bilder, auf denen er zu sehen ist. Etwa bei der CD „Day Of Reckoning" von „Dying Breed" (heute „H8Machine") aus den USA, wo Hesse in „Hammerskin"-Kluft und mit einem Gewehr abgebildet ist. Mit „Hate Records" hatte er vor allem US-amerikanische „Hammerskin"-Bands nach Europa importiert und soll, laut polizeilichen Ermittlungen, insgesamt um die 21.000 CDs produziert haben. Damit finanzierte er nicht nur sich und die HSN, sondern konnte auch die Ideen der weltweit organisierten Bruderschaft verbreiten.

Sein „Standing" rührte auch daher, dass er sich außerhalb des Geschäfts für seine „Kameraden" einsetze, wie im Fall von Hendrik Möbus aus Thüringen. So war es Hesse, der 2001 in die USA reiste, um diesen in seinem Asylgesuch zu unterstützen[3].

Das Netzwerk von Hesse ermöglichte es ihm auch, sich an einer Produktion der Berliner Untergrund-Band „Landser" zu beteiligen. Die CD „Ran an den Feind" wurde schließlich auch von Hesses „Brüdern", den „Hammerskins Berlin", finanziell unterstützt. Auch dass die CD dem im September 1998 verstorbenen „Hammerskin" Erich Schmidt aus Minnesota (USA) gewidmet werden sollte, spricht für den Einfluss der HSN auf die „Landser"-Produktion.

Als die Ermittler*innen vom Vertrieb der CD Wind bekamen, durchsuchten sie im Sommer 2001 auch Hesses Wohnräume und nahmen ihn in Untersuchungshaft. Denn neben strafrechtlich relevanten CD-Produktionen fanden sie bei ihm auch eine halbautomatische Pistole und Munition. In dem Zuge wurde nun gegen die „Hammerskins Sachsen" ermittelt, wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Im 2002 folgten weitere Razzien gegen Hesse, Mitglieder des Chapter „Sachsen" und deren engstes Unterstützernetzwerk. Erneut wurde Hesse die Produktion von volksverhetzenden CDs zur Last gelegt, im November 2002 wurde er u.a. dafür verurteilt. Im Laufe der Ermittlungen kam außerdem heraus, dass er – unautorisiert von der Band – rund 2.000 „Landser"-CDs hat nachpressen lassen. In der Szene entstand nun der Verdacht, dass er Gelder missbrauche und veruntreue. Zu diesem Zeitpunkt hatte er bei diversen „Brüdern" Schulden und kam Vereinbarungen zur Tilgung nicht nach, wie aus den Ermittlungen bekannt wurde.

Als im Sommer 2002 bekannt wurde, dass Hesse ein Spitzel des Inlandsgeheimdienstes war, von mindestens 1998 bis zu seiner „Abschaltung" im Dezember 2001, rumorte es in der „Hammerskin Nation". Bis zuletzt hatten ihm Personen wie Malte Redeker die Treue gehalten, mussten sich aber eingestehen, dass Hesse unter dem Decknamen „Strontium" dem Staat zugearbeitet hatte. Nun schien sich die Szene auch erklären zu können, wie Hesse teils mehrfach im Jahr zu seinen „Brüdern" in die USA reisen konnte und sich ein Leben auf großem Fuß hat leisten können.

Als Hesse im März 2004 aus der Haft entlassen wurde, schien er erst einmal von der Bildfläche verschwunden zu sein. Retrospektiv finden sich jedoch keine Anzeichen für einen Ausschluss Hesses aus der Bruderschaft im „Bad Standing". Im Gegenteil: die gekreuzten Hämmer – das Logo der HSN – trägt er noch heute am Handgelenk als Tattoo, wenngleich er kein Mitglied mehr ist oder im Rahmen von Veranstaltungen der Hammerskins aufgefallen ist.

Auch der Rest der Szene schien ihn nicht ächten zu wollen. Nach der Haft nahm er etwa an einem Aufmarsch 2009 in Tschechien teil. Dort, wo er unweit von seinem Wohnort Anschluss an Personen um die NSBM-Band „Sekhmet" fand, wie auch zum Freundeskreis um die bekannte tschechische Band „Ortel". Noch Jahre später, im April 2017, nimmt Hesse an einem Konzert von „Ortel" in Nový Bor" teil.

Ab spätestens 2008 versuchte er zudem im ostsächsischen Sebnitz ein Streetwear-Geschäft zu etablieren, den „Crash & Burn Store". Dort wurde auch die Marke „Hatecrime" (dt. „Hassverbrechen") verkauft, die Szene-Insidern zu Folge ein Produkt Hesses ist. Tatsächlich versuchte Hesses engster Mitstreiter, der ehemalige Hammerskin Stefan M., 2002 ein Patent für die Marke zu erlangen. Schon im Vorjahr fand sich die Marke im Angebot des „Hatesounds Versand" aus Brandenburg, bis mindestens 2010 wurden Kleinstauflagen von „Hatecrime" in Sebnitz verkauft, u.a. mit Aufdrucken wie „Aryan Psycho".

So richtig schien das Geschäft jedoch nicht zu fruchten und so verdingte sich Hesse mit dem Druck von Bekleidungsartikeln anderer Firmen, u.a. von „Imperator Wear". Die Marke gibt an in Hamburg gegründet worden zu sein, offiziell unterhält sie ihren Geschäftssitz aber in Erfurt.

Auffällig ist, dass sich die Marke an eine ähnliche Zielgruppe richtet, wie das 2004 gegründete Label „Yakuza". Beide Marken bedienen sich am „Mafia & Crime"-Image und tatsächlich gibt es einen nicht unwesentlichen Link zwischen Hesse und „Yakuza"-Mitbegründer Markus „Mick Mark" Eisold. Beide kennen sich aus der rechten Szene Ostsachsens, Eisold habe Hesse sogar 2002 in der JVA Dresden besucht. Auch ein Hammerskin-Tattoo für Hesse stammt aus der Nadel von Eisold. Als dies 2015 vom Antifaschistischen Infoblatt publik gemacht wurde[4], spielte Eisold diesen Kontakt herunter und ließ mitteilen, dass er nach 2002 den Kontakt zu Hesse abgebrochen hätte.

Tatsächlich sind die beiden aber heute noch über Social Media verbunden. Erst im Januar 2021 kommentierte Eisold ein von Hesse veröffentlichtes Bild. Es zeigt Hesse vermummt in Dresden, dazu der Kommentar „Wenn Vermummen quasi zur Pflicht wird...", eine Anspielung auf die herrschende Maskenpflicht. „Wer hätte das gedacht vor jahren lach" (sic) erwidert Eisold auf das Bild in der Kommentarspalte. Von Hesse bekam er als Antwort ein Zwinker-Smiley.

Sowohl „Yakuza" als auch „Imperator Wear" erfreuen sich der Beliebtheit in der rechten Szene. Thomas Gerlach – langjährig aktives Mitglied der „Hammerskins Sachsen" – bezeichnete „Imperator Wear" 2014 sogar als sein „favorisiertes Klamotten-Label".

Es scheint so, als hätte Hesse mit seinen ehemaligen „Brüdern" reinen Tisch gemacht und ihnen seine Spitzeltätigkeit nachvollziehbar dargelegt.

Ob nun im Nachgang, oder sogar im Zeitraum der Tätigkeit selbst: solange sich die Szene sicher ist, dass nur irrelevante Informationen – oftmals sogar in Absprache – an den Geheimdienst gehen, haben Spitzel nichts zu befürchten. Obendrein gibt es schließlich auch Geld für die Informationen, steuerfrei versteht sich, die in die Bewegung fließen. Auch Hesses Informationen an die Behörde dürften nicht von Gehalt gewesen sein. Anders ließe sich nicht erklären, dass er bis heute mit dem harten Kern der Neonazi-Szene verbunden ist. •

1 Vgl. AIB 132 „Hammerskins – Das geheime Netzwerk" **2** Vgl. AIB 106. „Hammerskins im Hintergrund" **3** Vgl. AIB 117: „V-Leute setzten sich für „Satansmörder" Mobus in den USA ein" **4** Vgl. AIB 108: „Yakuza" — das neue „Thor Steinar"?

NS-SZENE

Milde Urteile für bewaffnetes „Reichsbürger"-Quartett

RICK DE LA FUERTE

Im Januar 2022 begann vor dem Landgericht Mannheim der Strafprozess gegen vier Angeklagte, die dem „Reichsbürger"-Milieu zugerechnet werden können. Laut Anklageschrift soll das Quartett, welches sich vor Jahren im Rhein-Neckar-Raum gebildet hatte, u.a. Verstöße gegen diverse Waffen- und Sprengstoffgesetze begangen haben. Als Rädelsführer der Gruppe galt Karl Burghard Bangert, auch bekannt als Druide „Burgos von Buchonia", der seit über einem Jahrzehnt durch volksverhetzende und rassistische Äußerungen im Internet auf sich aufmerksam macht.

Gescheitertes Terrorverfahren

Karl Burghard Bangert wohnte zeitweise im Raum Schwetzingen/Brühl, wo er Anfang 2012 aus einem keltischen Steinkreisverein wegen religionsfeindlicher Äußerungen ausgeschlossen wurde. Er beteiligte sich an verschiedenen politischen Veranstaltungen der (extrem) rechten Szene. Gegen den „Druiden" hatte die Bundesanwaltschaft bereits 2017 wegen Terrorverdachts ermittelt.[1] Sie hatte ihre Ermittlungen gegen ihn und fünf weitere mutmaßliche Komplizen wegen Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung seinerzeit nicht weiterverfolgt, weil sich der Verdacht nicht hatte erhärten lassen.[2] Sie gab das Verfahren an die Karlsruher Staatsanwaltschaft ab.

Waffen für den „Tag X"?

Neben Bangert standen Thiemo B., Klaus D. und Frank E. vor Gericht. Die vier Beschuldigten sollen sich wegen eines aus ihrer Sicht drohenden Zusammenbruchs der staatlichen Ordnung mit einem umfangreichen Waffenarsenal ausgestattet haben – angeblich zum „Selbstschutz", wie die Beklagten in Vernehmungen ausgesagt haben sollen.

Die Polizei fand bei Hausdurchsuchungen im Jahr 2017 bei dem Quartett tausende Patronen, selbst gebaute Waffen, einen geladenen Schießkugelschreiber, einen selbst gebauten Flammenwerfer und über ein Kilogramm Schwarzpulver. Der Gruppe wurde auch angelastet, nicht genehmigte Munitionsarten erworben zu haben, um damit illegalen Munitionshandel zu betreiben. Dieses Ansinnen wurde dem Quartett schließlich zum Verhängnis. Verdeckt ermittelnde Fahnder von LKA-Behörden hatten sich zum Schein als Käufer interessiert gezeigt. Es folgten Festnahmen, Hausdurchsuchungen und Vernehmungen.

Hetze & Drohungen

Der 71-jährige Bangert war neben den Waffen-Delikten zusätzlich mit dem Vorwurf der Volksverhetzung angeklagt worden.

Laut Staatsanwaltschaft soll er auf der russischen facebook-Kopie „VK.com" den Holocaust geleugnet, zum Mord an Juden aufgerufen und gegen Flüchtlinge gehetzt haben. Mit seinen Äußerungen habe er den Nationalsozialismus verherrlicht und Verbrechen der NSDAP an Juden geleugnet. Im Juni 2019 hatte der „Druide" Medienberichten zufolge im Internet den neonazistischen Mord am hessischen Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke begrüßt. Ein LKA-Zeuge hatte dem Gericht über Bangert rassistisches, antisemitisches, antimuslimisches Gebahren, offline wie online, berichtet – mit eindeutiger Zugehörigkeit zur „Reichsbürger"-Szene. Darüber hinaus sah er auch eine deutliche Gewaltaffinität. Diese sei geprägt durch Hass auf Juden und Migranten, alle staatlichen Institutionen, die Presse usw.

Für Szene-Kenner_innen ist dies keine Überraschung. Das Antifaschistische Infoblatt berichtete 2017 zu ihm: „Er beteiligte sich an verschiedenen rechtsextremen und (rechts)populistischen Veranstaltungen, wie PEGIDA Frankfurt und den Querfrontprotesten gegen das Treffen der Bilderberg-Gruppe im Juni 2016 in Dresden. Dort verbreitete er nicht nur in Reden antisemitische Weltverschwörungsmythen, sondern stellte auch Material der antisemitischen, revisionistischen und reichsideologischen Gruppe „Europäische Aktion" an seinem Stand zur Verfügung.

Im Jahr 2015 war Bangert bei einem Gerichtsprozess gegen die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck zugegen, die das verbotene revisionistische „Collegium Humanum" leitete und dort mit dem Antisemiten, Holocaustleugner und „Reichsbürger" Horst Mahler zusammenarbeitete." Auf einem Flyer der Gruppe „DIE WEISSEN" war Burghard Bangert als „2. Landesvorsitzender Baden Württemberg" der „Deutschen Nationalversammlung" (DNV) veröffentlicht worden. Wer vor Gericht auf konkretere Erkenntnisse zu seiner Einbindung in politische Strukturen hoffte blieb enttäuscht.

Deals statt Aufklärung?

In einer nicht-öffentlichen Verhandlungsphase tauschten sich Gericht, Staatsanwaltschaft und die insgesamt fünf Strafverteidiger darüber aus, inwieweit sich die Angeklagten zu den Tatvorwürfen vor Gericht einlassen würden. Anschließend wurde bekannt, dass sich wohl einige der Angeklagten (schriftlich) zu den Anklagepunkten äußern wollen und sich geständig zeigen werden. Bangert zählte anfangs noch nicht dazu. Dies könnte daran gelegen haben, das er u.a. von dem Rostocker „Szene-Anwalt" Thomas Penneke vertreten wurde.[3] Seine drei Mitangeklagten bekannten sich jedoch anschließend vollumfänglich schuldig und belasteten den Hauptangeklagten Bangert in ihren schriftlich vorgelegten Aussagen. Einer der Aussagenden aus dem Trio fehlte krankheitsbedingt vor Gericht und konnte eine Anreise aus Ungarn, so sein Anwalt, nicht antreten. Alle Strafverteidiger plädierten für einen raschen Prozess, da sämtliche ihrer Mandanten krank seien und die Belastung durch den Strafprozess verkürzt werden solle.

Schließlich war auch Bangert bereit, sich „umfänglich" geständig zu zeigen. Ob das „umfänglich" zutrifft, erscheint fraglich. In seinem vor dem Gericht präsentierten Lebenslauf fehlte offensichtlich der Umstand, dass er jahrelang als selbstständiger Unternehmer auf Mittelaltermärkten und mit einem Onlineshop tätig war.

Einsamer Zeuge

Ein einzelner LKA-Beamter war letztendlich der einzige Zeuge, der vom Gericht zur weiteren Aufklärung geladen worden war. In seinen Einlassungen wurde erwähnt, dass Bangert den LKA-Behörden schon länger bekannt sei. Laut der Ermittlungsakte hätte sich das Quartett gemeinschaftlich diverser Straftaten schuldig gemacht. Belegt werden könnten diese durch Erkenntnisse eines verdeckten Ermittlers, durch Observationen und durch Telekommunikationsüberwachung. Dem verdeckten Ermittler soll ein Schießkugelschreiber und Munition zum Kauf angeboten worden sein. Belegt sei auch der Verkauf der angebotenen Waffen. Des weiteren wurde dem Quartett eine grundsätzliche Zugehörigkeit zur gewaltbereiten „Reichsbürger"-Szene und das Vertreten von Antisemitismus attestiert. Bei Durchsuchungen wurden Plakate mit Adolf Hitler-Portraits, Hakenkreuz- und Reichsadlersymbolen sichergestellt. Der Beamte präsentierte dem Gericht einige der potentiell tödlichen Waffenkonstruktionen. Wühlmausschussfallen waren zu Handschusswaffen umgebaut worden. Diese haben wie der gefundene Schießkugelschreiber auf kurze Distanz eine tödliche Wirkung. Die beschlagnahmte „Slamgun", eine Rohrkonstruktion mit Nadelzündung für Schrotmunition, ist auch auf längere Distanz potenziell tödlich.

Bekannt wurde auch, dass Bangert dazu aufgerufen haben soll, Siedlungsräume zu suchen und Gruppen zu bilden, um abgeschirmt leben zu können. Konkret im Fokus scheint ein landwirtschaftliches Gehöft im Raum Nebra (Sachsen-Anhalt) gestanden zu haben. Daraus wurde bisher nichts. Laut den Aussagen lebt der Hauptangeklagte seit einigen Jahren dauerhaft auf einem Campingplatz im Raum Querfurt in zwei mit Verschlägen umbauten Wohnwägen.

Milde Urteile

Thiemo B., Klaus D. und Frank E. erhielten aufgrund ihrer Geständnisse und der langen Verfahrensdauer Hafstrafen zwischen drei und 18 Monaten, die zur Bewährung ausgesetzt wurden. Karl Burghard Bangert wurde zu einem Jahr und neun Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Für die Volksverhetzung und die Holocaustleugnung erhielt er eine Geldstrafe von 1.300 Euro. Dem Verurteilten wurde seitens des Gerichts verboten, sich jemals wieder volksverhetzend zu äußern. Während der Bewährungszeit darf Bangert keine Waffen und Munition erwerben und besitzen. Ferner wurde ihm verboten PC, Laptop, Tablet und Smartphone zu benutzen, um in sozialen Netzwerken aktiv zu sein. Bangert dürfte trotzdem erleichtert gewesen sein. Während in Halle ein weiteres Verfahren wegen u.a. Waffen-Delikten anhängig sein soll, schloss die Staatsanwaltschaft eine Wiederholungsgefahr aus. •



Foto: Rick de la Fuente

Karl Burghard Bangert alias Druide „Burgos von Buchonia" mit Szeneanwalt Thomas Penneke vor Gericht.

1 Vgl. AIB 114 2 Vgl. AIB 116 3 Vgl. AIB 91

NS-SZENE

Radikalisierte Querdenker*innen: die „Dresden Offlinevernetzung"

ANTIFA RECHERCHE TEAM DRESDEN

Am 15. Dezember 2021 wurde einer breiten Öffentlichkeit die sogenannte „Dresden Offlinevernetzung" bekannt – eine Gruppe radikalisierter Gegner*innen der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, die sich ihrem Namen zum Trotz über den Messenger-Dienst „telegram" zusammenfand. Bei mutmaßlichen Mitgliedern fanden an diesem Morgen Hausdurchsuchungen statt, die schon früh von der Presse begleitet wurden. Vorangegangen waren den Ermittlungen Recherchen des Nachrichtenmagazins „frontal". Erst durch die Sendung vom 7. Dezember 2021 wurden die sächsischen Ermittlungsbehörden auf die Gruppe aufmerksam. Der Vorwurf lautet „Vorbereitung einer schweren, staatsgefährdenden Gewalttat", es geht unter anderem um Mordfantasien gegen den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer.

Das Team von „frontal" um Henrik Merker und Arndt Ginzel hatte in der im Frühsommer 2021 entstandenen telegram-Gruppe einige Wochen recherchiert, Gespräche mitgeschnitten und auf einem Live-Treffen einige Mitglieder mit den Inhalten konfrontiert. Zentraler Aufhänger der Veröffentlichung und der anschließenden Ermittlungen des LKA Sachsen war der Aufruf des Gründers, Administrators und Wortführers Daniel G. (42) zum Mord an Michael Kretschmer. Im Chat äußerte er zum sächsischen Ministerpräsidenten: „Bei dem Typen einmarschieren, den Typen dort rausziehen und irgendwo aufhängen." Bei der Durchsuchung in seiner Wohnung wurden u.a. Armbrüste, eine schussfähige Waffe sowie Chemikalien gefunden, die für den Bau von Sprengsätzen geeignet sind. Anwaltlich vertreten wird G. von Frank Hannig. Der brachte sich wenige Stunden nach Beginn der Durchsuchung via telegram selbst ins Gespräch. Hannig hatte bereits die Gründungsveranstaltung des PEGIDA-Fördervereins geleitet und auch den Lübcke-Mörder Stephan Ernst zeitweise vertreten. Die Durchsuchungen in Dresden und Heidenau richteten sich gegen weitere vier Personen, in deren Verlauf ergab sich ein Anfangsverdacht gegen eine weitere Person. Die darauffolgenden Ermittlungen führten zu zwei weiteren Verdächtigen und weiteren Durchsuchungen am 30. Dezember 2021.

Rädelsführer und Bauernopfer?

Die Ermittlungen des LKA unter Leitung der Generalstaatsanwaltschaft Dresden (GenSta) begannen unter ungewöhnlichen Umständen. Nicht eigene Ermittlungen in der öffentlich zugänglichen telegram-Gruppe hatten diese ausgelöst, sondern das Abendprogramm des ZDF. Eine gute Woche Arbeit führte dann zu den Durchsuchungen bei fünf Beschuldigten. Die Erklärung der Auswahl gerade dieser Personen blieben LKA und GenSta jedoch weitgehend schuldig, lediglich Daniel G. erklärt sich durch seine Rolle im Chat. Interessant ist jedoch, dass nicht nur vor seiner Tür schon ab den frühen Morgenstunden auch Pressevertreter*innen zugegen waren, sondern ebenso bei zwei weiteren Durchsuchten: Sebastian Pierre A. (45) und Jürgen S. (64).

Beide sind keine Unbekannten, sondern schwimmen seit 2014 wie Fische in den verschiedenen rechten und extrem rechten Zusammenhängen der sächsischen Landeshauptstadt mit. So nahmen beide wiederholt und auch in diesem Jahr am „Trauermarsch" der Dresdner Neonazi-Szene am 13. Februar teil, beide sind regelmäßig bei PEGIDA-Demonstrationen anzutreffen gewesen, beide besuchten diverse Demos gegen die Corona-Maßnahmen. Ebenso nahmen beide an der PR-Show „Europa Nostra Festival" der „Identitären Bewegung" im August 2018 teil.

A., der 2016 verurteilt wurde, weil er nachts „Mörder" an eine Dresdner Moschee geschmiert hatte, nahm an einer NPD Kundgebung in Dresden genauso teil, wie am 1. September 2018 am rechten Großaufmarsch in Chemnitz. Am 13. Februar 2020 legte er zusammen mit Vertreter*innen der Dresdner AfD Gestecke auf dem Dresdner Heidefriedhof nieder. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung tauchte der Szene-Anwalt Jens Lorek auf, der u.a. als Rechtsbeistand für den Dresdner Ableger von Querdenken tätig war und Personen aus dieser Szene regelmäßig vor Gericht vertritt. Jürgen S. legte zuletzt am 13. Februar auf der Kundgebung der AfD den Kranz der „Patrioten Ostthüringen" nieder, der zuvor von anderen Personen auf dem Neonazi-„Trauermarsch" getragen wurde. Und vor Jahren war er schon dabei, als am 24. Juli 2015 die NPD-Kundgebung gegen eine Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende in Dresden eskalierte. Egal ob IB, AfD, PEGIDA, NPD oder „Querdenken" – Jürgen S. ist immer dabei. S. bestreitet jedoch Teil der Chatgruppe gewesen zu sein, oder an deren Treffen teilgenommen zu haben.

Beide Beschuldigte gehören also seit Jahren zum rechten Milieu Dresdens, beide sind polizei- und gerichtsbekannt. Eine zentrale Rolle in der „Dresden Offlinevernetzung“ ist bisher jedoch nicht belegt. Gleichwohl lässt das Gesamtbild einen anderen Schluss zu. Nachdem die Demos der Querdenker*innen in Sachsen vor die Privathäuser von Politiker*innen führten und die Gewalt gegen Polizist*innen auf den immer häufiger werdenden „Spaziergängen“ sich beständig steigerte, standen die sächsischen Sicherheitsbehörden unter Zugzwang. So mögen die durch „frontal“ de-facto erzwungenen Ermittlungen gegen die „Dresden Offlinevernetzung“ möglicherweise auch eine willkommene Gelegenheit geboten haben, die oft beschworene „Härte des Rechtsstaats“ einmal Realität werden zu lassen. So sagte der sächsische Innenminister Roland Wöller (CDU) zu den Razzien „Es ist ein klares Signal: der Rechtsstaat ist handlungsfähig“[1] und wollte darüber hinaus die Ermittlungen „zügig zum Abschluss bringen, dass wir eine Verurteilung haben“[2]. Denn das es zur Verurteilung kommt, steht für ihn offenkundig bereits vor Anklageerhebung oder Gerichtsprozess fest. Ein deutliches Zeichen des Drucks unter dem der sächsische Innenminister angesichts ausbleibender Erfolge bezüglich massenhafter Straftaten gegen Polizeibeamt*innen und Brüche des Versammlungsrechts oder der Corona-Verordnungen stand.

„Great Reset“ und „New World Order“ – telegram-Alltag für Querdenker*innen

Bei „Dresden Offlinevernetzung“ ging es nicht nur ums Thema Corona und die Maßnahmen der Regierungsbehörden, sowie Gewaltfantasien gegen ihre Vertreter*innen. Die Intention zur Gründung des Chats trägt deutliche Züge der Ideen sogenannter „Prepper“. Es sollten „Offline“-Kontakte geknüpft werden, um sich im Falle eines „Tag-X-Szenarios“ gegenseitig – unter Ungeimpften – unterstützen zu können. Auch wurden bei Daniel G. größere Mengen an Lebensmitteln und anderer Vorräte gefunden. Zudem wird sich in den Unterhaltungen munter aus der gesamten Bandbreite der Verschwörungserzählungen bedient.



Foto: Tim Mönch

Sebastian Pierre A. (mitte) am 13. Februar 2021 bei einer AfD-Veranstaltung in Dresden.

So wird beispielsweise von „Chips in den Impfstoffen“ oder alternativ „Fötenbestandteilen“ fabuliert, alle Geimpften könnten „durch ein 5G Signal“ per Fernsteuerung getötet werden, etc. Reichsbürgerideologie wird ebenso bedient, wie bekannte antisemitische Erzählungen zu „Bilderbergern“, „Rothschilds“ oder der „New World Order“. Trotz einiger, häufig sogar von den Chat-Teilnehmer*innen selbst bemerkter, Widersprüche und Unklarheiten, lässt sich als theoretischer Überbau die Behauptung eines anstehenden „Great Reset“ herauslesen. Diesen wollten je nach Teilnehmer*in „das System“, oder „die Eliten“, oder mitunter auch offen „die Juden“ durchführen, um die angeblich gefährdete Kontrolle über die Welt zu erhalten. Corona und die Impfung gegen Sars-Cov-2 dienen hier als Vehikel, sind aber im gesamten Chatverlauf nur einer unter vielen verschiedenen Argumentationssträngen. Wichtig scheint den Akteur*innen vor Allem Selbstbestätigung und die Profilierung mittels vorgegebenem „Geheimwissen“. Man will sich mit dem eigenen Durchblick gegenseitig übertrumpfen, garniert mit gleichermaßen vorgetragener Härte und Kampfbereitschaft. So wirkt die „Dresden Offlinevernetzung“ wie ein weiterer digitaler Stammtisch. Sämtliche Verschwörungsbehauptungen bleiben hier im Grunde ebenso unwidersprochen wie offener Antisemitismus. Keines der über 100 Mitglieder des Chats widerspricht den kruden Theorien, Gewaltfantasien und menschenverachtenden Ideologien. Ein deutlicher Hinweis auf die Radikalisierungseffekte der telegram-Querdenken-Bubble.

Genau hierin besteht die Gefahr, die von solchen Gruppierungen wie der „Dresden Offlinevernetzung“ ausgeht. Sind es zwar keine durchorganisierten und klandestin agierenden Strukturen, von denen mit ebenso organisierten Anschlägen zu rechnen ist, bringen genau diese Verstärkerblasen „Einzelne“ hervor, die dann zur Tat schreiten – angetrieben durch Verschwörungsideologien und mit den entsprechenden Feindbildern im Kopf, angeheizt durch sich übertrumpfende Gewaltfantasien und im Glauben daran, sich nur zu verteidigen. •

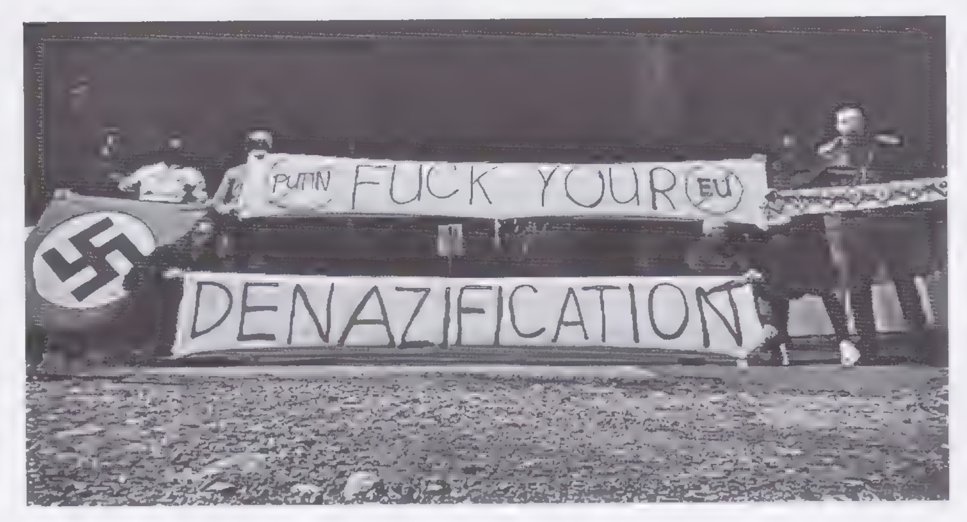
1 Quelle: ZDF, 15.12.2021 „Razzia ist ‚Schlag gegen Rechtsextremismus‘“ **2** Quelle: focus.de, 04.01.2022 „Kind, Hund, Armbrüste: Das ist der Impfgegner, der Kretschmer aufhangen wollte“

NS-SZENE

Sag mir wo Du stehst

Die extreme Rechte und ihre Positionen zum Krieg in der Ukraine. Versuch einer ersten Einschätzung.

Der Krieg in der Ukraine wird in der extremen Rechten kontrovers diskutiert. Dabei spielen weltanschauliche Positionen ebenso eine Rolle, wie politische Loyalitäten und ideengeschichtliche Traditionen. Teilweise lassen sie sich auch auf ihre materiellen Interessen zurückführen.



Russland als „Widerlager des Westens"[1]

Im Lager derer, die mehr oder minder offen Unterstützung für die russische Position signalisieren, finden sich die ostdeutschen AfD Landesverbände und das „Compact Magazin". Seine Ursache hat dies darin, dass die ostdeutsche Wählerschaft der AfD in ihrer Mehrheit eine seit Jahren gepflegte Affinität zum russischen Autoritarismus unter Putin artikuliert, die bereits im Kontext der sogenannten „Friedensmahnwachen" 2014, stärker jedoch im Kontext von PEGIDA zu Tage trat. Eben dort wurden immer wieder Rufe laut wie „Putin hilf". Aus der AfD gab es in der Vergangenheit enge Kontakte nach Russland. Regelrechte Pilgerreisen unternahmen AfD Funktions- und Mandatsträger nach Moskau und in die sogenannten „Volksrepubliken" Donezk und Lugansk im Osten der Ukraine. Dort wurden sie wie Staatsgäste hofiert. Zudem warb die AfD in vergangenen Wahlkämpfen intensiv um die Stimmen der in ihrer Mehrheit national-konservativ eingestellten Russlanddeutschen. Deren Milieu ist eine wichtige Wähler*innen Gruppe für die Partei. Verständnis für Russlands Positionen wird vor allem von Gefolgsleuten des Thüringer AfD-Chefs Björn Höcke vorgetragen.

Das rechte „Compact Magazin" zählt zu den treuesten Putins Fans in Deutschland. Mehrfach war Putin auf dem Cover, einige seiner Reden wurden von „Compact" gedruckt. Die extrem rechten russischen Rocker „Nachtwölfe" wurden in „Compact" ebenso gefeiert, wie in den diversen Sonderheften zur Geschichte Deutschlands auf eine besondere Beziehung der Deutschen zu Russland seit dem 19. Jahrhundert hingewiesen wurde. Im Milieu der Reichsbürger und Querdenker gilt Putin bzw. Russland als Hoffnungsträger, der Deutschland aus der Dominanz amerikanischer Kultur herausführen könne.

Jenen in der extremen Rechten, die im gegenwärtigen Krieg für Russland optieren, imponiert der dezidiert antiwestliche, anti-moderne Kurs Putins in der Gesellschaftspolitik. Ob Abtreibung, Rechte von Minderheiten oder eine kosmopolitische Kulturpolitik; all dem hat Putin seit langem den Kampf angesagt. Putins Nationalitätenpolitik weist zumindest eine Schnittmenge mit dem sogenannten Ethnopluralismus auf, wonach ein Volk einem bestimmten Territorium zuzuordnen sei.

Die Orientierung der extremen Rechten an Russland hat eine lange Tradition in deren Ideengeschichte. Bereits Vordenker der „Konservativen Revolution" wie Arthur Moeller van den Bruck sahen in Russland einen Antipoden zum Westen, und dem als dekadent wahrgenommenen Liberalismus. Der extremen Rechten erscheint Russland als das Gegenprinzip zur Moderne und zum westlichen Individualismus. Dies nimmt Anschluss an Putins politische Agenda von einer starken, christlich-orthodoxen russischen Nation, die auf religiöse und historische Fundamente gründet. Deutlich erkennbar ist die Wechselwirkung zwischen neu-rechter Ideologieproduktion im Westen, und deren Rezeption in Russland. Alexander Dugin, Ideengeber der Neuen Rechten Russlands, bedient sich inzwischen der politischen Begriffe von Renauld Camus und De Benoist bzw. der „Generation Identitäre". Umgekehrt erfreut sich Dugins Ideologiemix aus pan-slawischen Raumordnungskonzepten und autoritär verfasster Gesellschaftslehre bei

neu-rechten Akteuren im Westen großer Beliebtheit.

Parteinahme für die Ukraine oder ukrainische Faschisten

Die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit" orientiert sich inhaltlich am Mainstream der Ukraine-Unterstützer. In der außen- und sicherheitspolitischen Neuausrichtung der Bundespolitik (Aufrüstung) sieht JF Chefredakteur Dieter Stein ein Zeichen neuen deutschen Souveränitätsgewinns. Die angestrebte Aufrüstung in Deutschland eröffnet die Möglichkeit, nicht nur ökonomisch als europäische Großmacht zu agieren.



Links: Die politische Situation in der Ukraine ist offenbar schwer einzuordnen.

Rechts: Das rechte „COMPACT-Magazin" positioniert sich klar Pro-Putin.

Der neonazistische Flügel der extremen Rechten positioniert sich erwartungsgemäß zu Gunsten des extrem rechten ukrainischen Regiments Asow. „Der III. Weg", die JN und andere neonazistische Gruppen propagieren, es sei nötig auf Seiten der Ukraine zu kämpfen. In diversen Telegram Kanälen wird suggeriert, deutsche Neonazis seien in der Lage, sich bewaffneten Einheiten in der Ukraine anzuschließen. Entsprechende Foren sollen den Kontakt zu ukrainischen kämpfenden Einheiten vermitteln. Ob und in welchem Umfang sich tatsächlich deutsche Neonazis auf den Weg in die Ukraine machen, um dort zu kämpfen, ist noch nicht klar. Dass es, wie in der Vergangenheit im Kroatien Krieg, deutsche Neonazis gibt, die kämpfen wollen war erwartbar. Ob die Rhetorik der gegenwärtig auftretenden Protagonisten des „III. Weg" mehr sind, als militaristische Propaganda, darf derzeit bezweifelt werden. Die Kontakte neonazistischer Kampfsportakteure nach Russland und in die Ukraine legen den Schluss nahe, dass es auch von dort Versuche geben wird, die Kämpfe materiell zu unterstützen. Als sicher kann angenommen werden, dass gut ausgebildete ehemalige Soldaten mit extrem rechter politischer Einstellung den Versuch unternehmen, ins Kriegsgebiet zu gelangen. Ihre Erfahrung und Professionalität ermöglicht dies ihnen eher, als Neonazis, deren Handlungsfeld Demonstrationen sind.

Neutrale Positionen / Geopolitik

Mit dem Ukraine Krieg befasste sich im März 2022 der Vlog „Am Rande der Gesellschaft" des „Institut für Staatspolitik" (IFS) in Schnellroda. Darin wurde die Ukraine als Zwischenland, als Puffer zwischen Ost und West beschrieben. Im Anschluss an Carl Schmitt schwadronieren Erik Lehnert und Götz Kubitschek über die Ausübung geopolitischer Hegemonie und Raumordnungen bzw. „raumfremde Mächte", gemeint ist die Präsenz der USA in Europa. Das Interesse Deutschlands müsse es sein, ein Arrangement mit Russland als geografisch nahe, und in seiner ideologischen Ausrichtung viele Schnittmengen mit der Agenda der deutschen Rechten aufweisende Großmacht zu treffen. Deshalb sei eindeutige Parteinahme in dem Konflikt aus Sicht des IfS nicht angezeigt. Dennoch überwiegt beim IfS der Respekt vor der Machtpolitik Russlands und die Symphatie für die russische Gesellschaftspolitik.

Wie umgehen mit ukrainischen Flüchtlingen?

Derzeit kommen tausende Flüchtlinge aus der Ukraine ins Land. Die Positionen in der extremen Rechten dazu sind kontrovers. Während etwa Erika Steinbach, Neu-Mitglied der AfD seit März 2022, zu Spenden für ukrainische Flüchtlinge aufruft, schreibt der stellvertretende „Junge Alternative" Vorsitzende NRW, Nils Hartwig: „Die deutsche Rechte wäre gut beraten, nicht plötzlich in einen falsch verstandenen Humanismus zu verfallen und die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge zu fordern." Andere Stimmen in der extremen Rechten verweisen darauf, dass es sich bei den ukrainischen Flüchtlingen um Weiße und Christen handle, die Solidarität verdient hätten.

Das extrem rechte „Konflikt-Magazin" hat zum Thema Flüchtlinge hingegen die Auffassung: „Jeder Ukrainer in Deutschland ist einer zu viel, diese Leute gehören bestenfalls in der Westukraine gesammelt oder in den angrenzenden Ländern." Einen rassistischen Konsens gibt es in der extremen Rechten, keine Migranten aus der Ukraine aufnehmen zu wollen, die als Studierende aus afrikanischen Staaten dorthin kamen, und nun ebenfalls fliehen.

Die Haltung zu Flüchtlingen hat das Potential für Spaltungen in der extremen Rechten. Nimmt die Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine zu, wird sich die Kontroverse darum verschärfen, wie deren Flucht zu bewerten sei; wird es auf der Straße zu rassistischen Mobilisierungen kommen, deren Logik sich die extreme Rechte aus ideologischen Gründen nur schwer entziehen kann.

Vorerst jedoch hat die extreme Rechte hinreichend zu tun, die eigenen Positionen zu sortieren. Dabei werden die Russland-Unterstützer_innen alsbald unter Druck geraten. Vielleicht auch, weil die ein oder andere Überweisung aus Russland ausbleibt. •

1 https://twitter.com/HeinoBosselmann/status/1500723526797598720 (Heino Bosselmann) eingesehen am 7.März 2022

BRAUNZONE

Irdische Energien online

Die Anastasia-Bewegung und ihre rechtsesoterische Vernetzung im Digitalen

ARBEITSKREIS ANASTASIA

„Es ist Dienstag, der 1. Februar 2022 oder 7.530 Jahre nach Erschaffung des Friedens im Sternentempel.“ So oder so ähnlich beginnen alle Ausgaben der „Engelsburger Neuigkeiten“, eines rechtsesoterischen Videokanals aus dem Umfeld der Anastasia-Bewegung, und damit herzlich willkommen im Reich des Geschwurbels. Während einige Anhänger*innen der Anastasia-Bewegung sich vor allem mit der Gründung ihres eigenen Familienlandsitzes beschäftigen, haben andere den Schwerpunkt ihrer Arbeit ins Netz verlegt. Doch wie bedeutend sind die unzähligen Kanäle und wie sind diese miteinander vernetzt?

Die Anastasia-Bewegung bezieht sich auf die Buchreihe „Die klingenden Zedern Russlands“, geschrieben von Wladimir Megre. Die insgesamt 10 Bände, die in den Jahren 1996 bis 2010 auf Russisch erschienen sind, handeln von der Romanfigur Anastasia, die übersinnliche Kräfte besitzt und allwissend ist. Die Probleme unserer Welt könnten angeblich durch das Siedeln auf dem Land, auf sogenannten Familienlandsitzen, gelöst werden. Um die Bücher hat sich eine Bewegung gegründet, welche die Figur der Anastasia für real hält und versucht, die Ideen aus den Büchern in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Bücher beinhalten antisemitische, rassistische und sexistische Passagen.[1]



Martin Laker war das Gesicht der „Akademie Engelsburg“
Screenshot Youtube

Vom Landsitz in den digitalen Raum

Während über einige Akteur*innen der Anastasia-Bewegung, wie Iris und Markus Krause mit ihrem Projekt „Goldenes Grabow“ (vgl. S.27) oder das Projekt „Weda Elysia“, bereits viel berichtet wurde, ist der Online-Aktivismus anderer Akteur*innen bislang wenig beleuchtet worden.

Zeitgleich zur Covid-19-Pandemie und der Organisierung extrem rechter, esoterischer und verschwörungsideologischer Milieus auf den Straßen als sogenannte Querdenker, war ein Anstieg der Online-Aktivitäten der Anastasia-Anhänger*innen zu vermerken. Die Anzahl an Akteur*innen, die sich als Teil der Anastasia-Bewegung im deutschsprachigen Raum verstehen, lässt sich nur annähernd schätzen. 17 Familienlandsitzprojekte listete die mittlerweile gelöschte Vernetzungs-Webseite der Anastasia-Bewegung, Wikipedia schreibt von „800 Anhängern in landwirtschaftlichen Siedlungen“. Die Online-Vernetzung beispielsweise auf Telegram zeigt jedoch eine viel breitere Anhänger*innenschaft mit Abonnent*innenzahlen im vier- bis fünf-stelligen Bereich. Täglich werden hier in Eigenregie produzierte Videos und Artikel zu den Themen Selbstversorgung, naturnahe und „reine“ Lebensweisen, „alternative“ Wirtschaftsformen und „Freilernen“ geteilt. Garniert werden die Lebensweisheiten mit Zitaten aus den Anastasia-Büchern, Verschwörungserzählungen und sozialdarwinistischen Positionen. Spendenaufrufe, Fragestunden via Zoom und Online-Kongresse bieten die Möglichkeit, selber aktiv zu werden und sich

mit der Gemeinschaft zu verbinden.

Ein oft geladener Gast auf rechtsesoterischen Kongressen, wie beispielsweise dem sogenannten „Wahrheitskongress“[2], ist Martin Laker.

Die „Akademie Engelsburg“

Nachdem Martin Lakers Youtube-Kanal „Akademie Engelsburg“ Ende 2020 gesperrt wurde, verbreitet er seine Video-Botschaften vor allem über seinen Telegram-Kanal mit über 35.000 Abonnent*innen. In den Videos geht es um spirituelles Erwachen, Aliens und den angeblich anstehenden Umbruch unseres Systems. Neben Reichsbürger-Ideologie und QAnon bezieht sich Laker auf die Anastasia-Bücher. Sich selbst bezeichnet er als Bruder „des Weibs Anastasia“.

Laker ist davon überzeugt, dass es reicht, die Anastasia-Bücher zu lesen, um „zu erwachen“ und auf eine neue geistige Ebene zu kommen. Doch nicht alle Menschen würden den herbeigesehnten Wechsel in eine neue geistige Dimension schaffen. Danach gefragt, was mit den Menschen passieren würde, die nicht „erwachten“, erwidert Laker: „Einige werden ihre Inkarnation selbst beenden, andere werden durch den Sturm der Gerechtigkeit hinweggefegt, um das mal so auszudrücken. [...] Jeder zweite wird hinweg genommen. [...] Es wird ganz klar eine Aussortierung geben.“ Diese und weitere Vernichtungsphantasien teilt Martin Laker in seinen wöchentlich erscheinenden Videos.

„Kreis Menschsein“

Ein Fan von Martin Laker scheint der umtriebige Felix Kramer zu sein, Anfang 2020 war er auf Lakers Videoplattform zu Gast. „Unsere Gesellschaft hat keine Helden mehr“, beginnt Laker das Gespräch mit Kramer. Zum Glück gibt es aber sie beide, denn sie wüssten, wo der Pfad der Erkenntnis hinführe bzw. wo das weiße Kaninchen hinrennen muss. Dieses Bild erinnert nicht nur an die Geschichte von Alice im Wunderland und die Matrix-Filmreihe. „Follow the white rabbit“ ist zum Credo verschwörungsideologischer Milieus geworden und gilt als Metapher, um „in der Realität zu erwachen“. Mit dem Label „Bewusstseinshelden“ wollen Kramer und seine Mitstreiter*innen „ein bisschen was von den Linken, ein bisschen was von den Rechten“ übernehmen.

Felix Kramer hat seinen Weg ins „Rabbit hole“ gefunden und ist dem weißen Kaninchen bis nach Österreich gefolgt. Dort baut er mit einigen anderen „Erleuchteten“ auf 53 Hektar die „Akademie Elysion“ im Burgenland auf. Bei diesem Projekt handelt es sich um das bisher größte Siedlungsgrundstück im deutschsprachigem Raum, das neben einem Bildungszentrum viel Platz zum Wohnen und Gärtnern bieten soll.

Unter dem weiteren Projektnamen „Kreis Menschsein“ wird täglich ein Telegram-Kanal mit selbstproduzierten Videos vom Gelände, Werbung für unterschiedliche esoterische Produkte und Posts aus dem deutschsprachigen QAnon-Kanal bespielt. Sie nennen sich die „Zentrale der Menschlichkeit“ und verbreiten gleichzeitig die antisemitische und rassistische These der Telegonie, die bereits um das Jahr 1900 widerlegt wurde. Dabei geht es um den behaupteten schlechten „Einfluss des ersten Männchens“ durch Vererbung auf spätere Nachkommen der Frau mit anderen Männern. Im „Kreis Menschsein“-Kanal wie auch in den Anastasia-Büchern erfährt man, welchem Reinigungsritual sich ein Liebespaar unterziehen muss, um „reinrassige“ Nachkommen zu erzeugen.

Rein, reiner, Gebrüder Leppe

Neben Felix Kramer hat Martin Laker mit zahlreichen weiteren Personen gemeinsame Videos produziert. Eine Person, die auch außerhalb der Schwurbelszene angesehen ist, ist Ricardo Leppe. Martin Laker scheint ein großer Bewunderer von Leppe zu sein und teilt in seinem Telegram-Kanal dessen Beiträge.

Unter dem Titel „WissenSchafft Freiheit“ ruft Leppe für den Weg in die „Souveränität“ auf. Mit dem Thema des „Freilernens“ wird an die Herausforderungen des Homeschoolings während der Corona-Pandemie, aber auch an Probleme staatlicher Schulen wie Leistungsdruck und übergroße Klassen angeknüpft. Die Lösung laut Leppe: die Gründung eigener „freier“ Schulen, angelehnt an das Konzept der Schetinin-Schule in Russland. Die Schetinin-Schule wird auch in den Anastasia-Büchern beschrieben, dort herrscht militaristischer Drill und Unterricht nach Geschlechtern getrennt.

Nicht nur zum Thema Schule wissen der selbsternannte Zauberer Ricardo Leppe und sein jüngerer Bruder Elias Antworten. In ihren gemeinsamen „Gebrüder Leppe“-Talks werden Anleitungen für ein „reines“ und „gesundes“ Leben gegeben. Ganz nach dem Leitprinzip der germanischen Heilkunde, dass alle Schmerzen und Krankheiten einen seelischen Konflikt zur Ursache hätten, werden praktische Lösungen geboten. Wissenschaftsbasierte Medizin wird abgelehnt und Impfen verteufelt. Zum Thema Reinheit wissen die beiden Leppes: Wer bei der Menstruation Schmerzen hat und blutet, hätte unnatürlich viel „Dreck“ im Körper angesammelt. Schuld daran seien wechselnde Sexualpartner, Fastfood oder unbewältigte Traumata. Geraten wird zu Entgiftungskuren.

Zurück aus dem Netz in die reale Welt

Der Ausflug in die digitalen Auswüchse der Anastasia-Bewegung zeigt, dass sich die dargestellten Akteure sicher sind, auf dem direkten Weg in ein „lichtes Zeitalter“, in eine bessere Zukunft zu sein. Neben den hier Dargestellten, gibt es zahlreiche weitere Akteur*innen und enge Netzwerke. Mit ihrem Aktivismus – online wie offline – wollen sie einen Beitrag zu den von ihnen erhofften Veränderungen leisten und sprechen damit nicht wenig Leute an.

Im Mai 2021 teilte Martin Laker ein Video mit einem Aufruf zur Gründung von Regionalgruppen der Akademie Engelsburg, da echte Treffen eine ganz andere „Qualität“ hätten als der digitale Austausch. Daraufhin kam es zu Gruppengründungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Der digitale Aktivismus ist nicht von der realen Welt zu trennen. Die Telegram-Kanäle sind öffentlich zugänglich, trotzdem wird das Treiben dort kaum wahrgenommen. Dies gilt es zu ändern! •

1 siehe dazu AIB 119 / 2.2018 **2** In den Jahren 2020 und 2021 hat der „Wahrheitskongress“ online stattgefunden, als Redner war u.a. Reichsbürger Peter Fitzek dabei. Mehr Informationen unter www.psiram.com/de/index.php/Wahrheitskongress

ANTIFA

75 Jahre VVN-BdA

DR. ULRICH SCHNEIDER
BUNDESSPRECHER DER VVN-BDA

Rechtzeitig zum 75-jährigen Jubiläum bekam die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten" (VVN-BdA) durch eine politische Kampagne gegen die neue Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) große mediale Aufmerksamkeit. Dies hatte sie dem Rechtsaußenblatt „Junge Freiheit" (JF) zu verdanken, das Anfang 2022 den „Skandal" enthüllte, Faeser habe in der Zeitschrift „antifa" der VVN-BdA einen Gastbeitrag zum Thema „NSU 2.0" veröffentlicht. Es ging nicht um den Inhalt, stattdessen skandalisierten JF und in ihrem Gefolge BILD und „Welt", sowie AfD und CDU, die dazu sogar eine „Aktuelle Stunde" im Bundestag beantragten, diesen Kontakt. Solche Hetze erlebte im Sommer 2008 auch die damals neugewählte Juso-Bundesvorsitzende Franziska Drohsel, der von der JF die Mitgliedschaft in der „Roten Hilfe" (RH) und die Zusammenarbeit mit der VVN-BdA vorgeworfen wurde. Am Ende der politischen Kampagne verließ Drohsel die RH. Auch Nancy Faeser ließ verlauten, sie werde als Innenministerin keinen Gastbeitrag mehr für die „antifa" schreiben. Sicherlich mit Rücksicht auf den ihr unterstellten Inlandsgeheimdienst, dessen Länderstrukturen die VVN-BdA weiterhin als Feindbild sehen. Die Landesämter für Verfassungsschutz tun sich schwer mit einer „politisch korrekten" Bezeichnung. Ist die VVN-BdA eine „linksextremistisch beeinflusste Organisation", wird sie gar „von der DKP gesteuert"? Offenkundig ist in diesen Institutionen noch das alte „Feindbild" aus den 1950er Jahren lebendig, wie ein kurzer Blick auf die 75-jährige Geschichte der VVN-BdA zeigt.

Nach der Befreiung von Faschismus und Krieg übernahmen Nazigegner_innen Verantwortung für den antifaschistisch-demokratischen Neubeginn. Im Auftrag der Alliierten reorganisierten sie das politische und gesellschaftliche Leben. Gleichzeitig gründeten sie aus Verfolgung und Widerstand z.B. in Bremen die „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus", in Hamburg das „Komitee der politischen Gefangenen", in Stuttgart die „Vereinigung der politischen Gefangenen und Verfolgte des Nazi-Systems" sowie in anderen Orten Hilfsgemeinschaften der „Opfer des Faschismus". Sie alle verstanden sich als antifaschistische Gemeinschaft, deren politisches Programm im Schwur der Häftlinge von Buchenwald formuliert war. Trotz Reisebeschränkungen und anderer Behinderungen schufen sie als gesamtdeutsche Organisation die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN). Ihre Ziele waren die Aufklärung der Jugend über die Verbrechen des NS-Regimes, die Würdigung der deutschen Widerstandsbewegung und der Kampf gegen alle ideologischen Reste des Nazismus, des Militarismus und der Rassenlehre sowie jeden Versuch neuer faschistischer Betätigung. Auf der Ersten Interzonalen Länderkonferenz im März 1947 in Frankfurt/M. wurde die gemeinsame VVN gegründet mit einem gesamtdeutschen Rat, deren Geschäftsführer Hans Schwarz (Hamburg) und Karl Raddatz (Berlin) waren.

Die politischen Aufgaben waren groß: Es ging um eine konsequente gesellschaftliche Entnazifizierung auch in den Betrieben, die jedoch frühzeitig durch „Persilscheine" und Renazifizierung durch belastete „Spezialisten" konterkariert wurde.

Man trat ein für eine Wiedergutmachung, was durch Verwaltungen torpediert wurde. Die VVN brachte oftmals mit spektakulären Aktionen die Interessen der Verfolgten und Antifaschist_innen zu Gehör.

Schon bald musste die VVN erleben, dass die Mehrheitsgesellschaft sich mehr um die deutschen Kriegstoten kümmerte, als um die Verfolgten des NS-Regimes. Die Überlebenden und Antifaschist_innen hatten sich engagiert für antifaschistisch orientierte Landesverfassungen eingesetzt. Nun musste es darum gehen, die hier formulierten demokratischen und sozialen Ansprüche umzusetzen.

Der Kalte Krieg und die ideologischen Konflikte machten keinen Bogen um die VVN. Die SPD untersagte ihren Parteimitgliedern bereits 1948 die Mitarbeit in der VVN, bürgerliche Kräfte, darunter auch der ehemalige Buchenwald-Häftling Prof. Eugen Kogon, verließen Anfang 1950 die VVN. Wir wissen heute, dass an dieser Abspaltung die Adenauer-Regierung mit Geld und organisatorischer Hilfe beteiligt war. Öffentlich wurde die VVN nun als „kommunistische Tarnorganisation" stigmatisiert.

Während die VVN in der DDR im Februar 1953 aufgelöst und durch ein „Komitee antifaschistischer Widerstandskämpfer", das besonders in der Zeitzeugenarbeit und auf internationaler Ebene tätig war, ersetzt wurde, erlebte die VVN in der BRD in den 1950er Jahren massive Repressalien. Das Büro des Gesamtdeutschen Rates wurde im Sommer 1951 auf Anweisung der Adenauer-Regierung geschlossen. In mehreren Bundesländern wurde die VVN verboten, in anderen das öffentliche Auftreten behindert.

Besonders perfide waren die Repressalien gegen politisch Verfolgte, denen die


Foto Christian AgR



Foto VVN BdA

Entschädigung für ihre oft jahrelange KZ-Haft aberkannt wurde, wenn sie nach dem KPD-Verbot 1956 ihrer politischen Überzeugung treu blieben. Bei all diesen Repressalien waren die Inlandsgeheimdienste mit ihren „Experten", die schon in der NS-Zeit an wichtigen Stellen des Verfolgungsapparates gewirkt hatten, aktiv beteiligt. Nicht selten saßen Verfolgte des Naziregimes bei politischen Verfahren in der BRD ihren ehemaligen Peinigern und Richtern aus NS-Verfahren gegenüber.

Ende der 1950er Jahre wollte die Adenauer-Regierung die Gesamtorganisation per Gericht verbieten lassen. Hier erfuhr die VVN breite internationale und gesellschaftliche Solidarität. Als der niedersächsische VVN-Vorsitzende August Baumgarte im Dezember 1962 mit Dokumenten im Gerichtssaal öffentlich machte, dass der Vorsitzende Richter selbst eine aktive Nazivergangenheit hatte, war der Prozess geplatzt und wurde nie wieder aufgenommen.

Ein Einschnitt war die Erweiterung der Organisation zum „Bund der Antifaschisten" (BdA) im Jahr 1972. Das Wirken alter Nazis und der Aufstieg der neofaschistischen NPD mobilisierten nicht nur die Überlebenden, sondern auch Gewerkschaften, Parteien sowie viele junge Menschen. Ziel der Öffnung der VVN war es, das Vermächtnis der Überlebenden an die jungen Generationen weiterzugeben und diese in die VVN zu integrieren. Wie erfolgreich das war, zeigte der 8. Mai 1975, als bei einer Kundgebung der VVN-BdA 40.000 Menschen zum Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg in Frankfurt/M. demonstrierten. Die VVN-BdA wurde in den folgenden Jahren mit ihrer geschichtspolitischen Erinnerungsarbeit ein akzeptierter und mobilisierender Teil der demokratischen und der Friedensbewegung. Aber auch gegen alte und neue Nazis war sie auf den Straßen präsent, immer an der Seite der Gewerkschaften, teilweise auch gemeinsam mit antifaschistischen Gruppen.

Der politische Umbruch 1989/90 brachte die VVN-BdA in eine Existenzkrise. Ältere und junge Antifaschist_innen schafften es, die Organisation in der alten BRD zu stabilisieren und zu einem weiterhin beachteten politischen Faktor zu machen. Auch in den neuen Bundesländern organisierten sich ältere und junge Antifaschist_innen. Die politischen Herausforderungen waren riesig. Gemeinsam mussten die Angriffe auf Antifaschismus und KZ-Gedenkstätten zurückgewiesen und Widerstand gegen das gewalttätige Auftreten von neofaschistischen Gruppen und Parteien in ganz Deutschland geleistet werden. 2002 führten die Erfahrungen des gemeinsamen Handelns zur Vereinigung der antifaschistischen Verbände in Ost und West. Wie wirksam diese Organisation war und ist, zeigt sich in ihrer antifaschistischen Geschichtsarbeit, in der Kampagne „nonpd – NPD-Verbot jetzt", die von 175.000 Menschen unterstützt wurde, sowie in der erfolgreichen Initiative „Aufstehen gegen Rassismus".

Als Finanzbehörden der VVN-BdA die „Gemeinnützigkeit" aberkennen wollten (vgl. AIB 126 / 1.2020), unterstützten etwa 50.000 Menschen eine Petition dagegen. Die Gemeinnützigkeit wurde wieder zuerkannt und 2.000 neue Mitglieder gewonnen. Nicht zu vergessen die Resonanz auf die Kampagne gegen Nancy Faeser, die der VVN-BdA 500 neue Mitglieder, 50 neue antifa-Abos und sehr viel Solidarität brachte.

Heute ist die VVN-BdA als überparteiliche Organisation offen für unterschiedliche Zugänge zum Antifaschismus. Sie wirkt auf internationaler Ebene in der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), der sie seit Gründung 1951 angehört. In der Tradition der Überlebenden kämpft sie heute gegen Rechtsentwicklung und Neofaschismus, gegen Antisemitismus, Antiziganismus und alle anderen Formen von Rassismus sowie für soziale Gerechtigkeit, Menschenwürde, Demokratie und Frieden. Um diese Vision einer antifaschistischen Orientierung sichtbar zu machen, setzt sie die Petition der verstorbenen Ehrenvorsitzenden Esther Bejarano fort, die gefordert hatte: „Der 8. Mai muss Feiertag werden!" •

GESCHICHTE

Fluchtpunkt Terror

Wie Altnazis in Lateinamerika Karriere machten

Als das tausendjährige Reich nach bereits 12 Jahren in Trümmern fiel, entzogen sich tausende führende Nazis und Massenmörder durch Selbstmord der Gerechtigkeit: Gauleiter, Generäle, einfache NSDAP-Mitglieder. Andere dagegen flohen ins Ausland- und konnten eine zweite, erfolgreiche Karriere aufbauen. Lateinamerika als Ziel stand an erster Stelle. Danach kamen arabische Länder wie z.B. Ägypten oder Syrien.

Mythos Odessa

Simon Wiesenthal sprach noch 2002 von „einer Geheimorganisation der SS", die unter dem Namen ODESSA (Organisation ehemaliger SS-Angehöriger) gesuchte Nazikriegsverbrecher nach Südamerika geschleust habe. Doch diese Organisation hat es wohl nie gegeben und basierte auf gefälschten Dokumenten des in Peru untergetauchten ehemaligen SS-Manns Friedrich Schwend.

Die Wahrheit ist dagegen weitaus schlimmer: Es existierte nicht nur ein Netzwerk ehemaliger Nazis, sondern dieses Netzwerk war Teil eines internationalen Geflechts aus Waffenhändlern, Geheimdiensten und rechten Regierungen verschiedener Länder, durch welches geflohene Nazikriegsverbrecher nicht nur ungestraft davonkommen - sondern auch noch sehr reich werden konnten.

Die Rattenlinie

Der Anfang war klein. Nach dem Untergang des Dritten Reichs entstanden verschiedene Netzwerke ehemaliger SS- und SD-Männer, die sich gegenseitig durch falsche Papiere und Identitäten unterstützten - und so Verhaftungen entgingen. Durch ihre Erfahrungen in der Vernichtung von Opposition und gegen die Sowjetunion wurden diese Männer und Netzwerke dabei mehr und mehr interessant für den US-Geheimdienst CIC (Counter Intelligence Corps). Dieser sah die Gelegenheit, ehemalige SS und Gestapo-Offiziere für sich zu rekrutieren - egal was diese in der Vergangenheit verbrochen hatten. Schnell entstand die „Rattenlinie" (euphemistisch auch „Klosterroute" genannt). Diese Fluchtroute mit dem Ziel Lateinamerika basierte auf einem System von illegalen Quartieren unter dem Schutz der katholischen Kirche. Knotenpunkt war u.a. der österreichische Bischof Alois Hudal, der ungezählten deutschen und kroatischen Kriegsverbrechern durch sichere Unterkunft und falsche Papiere zur Flucht verhalf. Das Rote Kreuz stellte „Ersatz-Reisepässe" aus - und keine Fragen. Zur Not half das „Päpstliche Hilfswerk" mit Empfehlungsschreiben. Eichmann, Mengele... Viele erhielten so ihre neue Identität.

In Lateinamerika sammelten sich ab den 1950er Jahren hunderte einflussreiche SS-Männer und deren Familien. Die Anzahl dieser Nazi-Flüchtlinge ist bis heute unklar. Schätzungen gehen von ca. 300 bis 800 gesuchten Personen aus - vielleicht waren es aber auch deutlich mehr. Dies klingt wenig - fällt aber dadurch ins Gewicht, dass viele dieser Personen zu wichtigen Schaltstellen und Funktionären in den Unterdrückungsregimen Lateinamerikas werden konnten.

„La Estrella"

ODESSA scheint es nicht gegeben zu haben. Aber es gab „La Estrella". Die BRD hatte ein Interesse daran Waffen aus Bundeswehrbeständen nach Lateinamerika zu verkaufen. Hierfür nutzte sie die Firma MEREX. Diese wurde geleitet von Gerhard Georg Mertins - ehemaliger Elitesoldat des „Dritten Reiches" und auch nach 1945 aktiv in verschiedenen Nazi-Organisationen. Die Firma war spezialisiert auf Waffenexporte und machte Mertins zum Millionär. Ab 1964 nutzte der Bundesnachrichtendienst die Firma um Staaten mit Waffen zu versorgen - und dadurch dort Einfluss und Informationen zu gewinnen. Für Lateinamerika nutzte Mertins das dortige Netzwerk der alten SS-Kameraden - denn diese konnten schnelle Kontakte zu den örtlichen Militärs und Geheimdiensten herstellen. Wichtigste Firma in Südamerika für den Verkauf von Waffen: die Firma „La Estrella", gegründet von Friedrich Schwend. Als SS-Sturmbannführer kam dieser, ebenfalls mit Hilfe des CIC und der Rattenlinie nach Peru. Dort gründete er Ende der 1950er Jahren die Firma, deren Aufgabe es war Waffengeschäfte zu machen und dafür das Netzwerk der über verschiedene Länder verteilten Nazi-Kriegsverbrecher nutzte. Die Namensliste der einzelnen Estrella-Vertreter liest sich daher wie das „who is who" geflüchteter NS-Täter.

In Argentinien wurde die Firma durch Willem Sassen vertreten, in Ecuador durch Sassens Bruder Alphons, der ebenfalls wegen Kriegsverbrechen gesucht wurde. Willem Sassen machte sich nicht nur als Waffenhändler und Publizist einen Namen, sondern auch als Berater des chilenischen Diktators Pinochet.

In Bolivien arbeitete „Klaus Altmann" für die Firma. Richtiger Name: Klaus Barbie, der „Schlächter von Lyon". Als dortiger Gestapochef verantwortlich für grausame



Gerhard Mertins pflegte das Altnazi-Netzwerk

Folterungen, Deportationen und Morde – entkam er nach 1945 mithilfe eines Netzwerks ehemaliger SS-Männer und des CIC zuerst in die Illegalität, dann ab 1951 dann nach Bolivien. Dort gelang ihm eine Doppelkarriere: zum einen als Händler für Holz und andere Produkte – zum anderen als wichtigster Waffenhändler, Geheimdienstberater und Folterspezialist für wechselnde rechte Militärregierungen. Sein Einfluss wurde so groß, dass er eigene Büros bei der Regierung bekam und auch den Nachbarstaat Argentinien als Spezialist für effektive Aufstandsbekämpfung beriet. Auch er stand auf der Gehaltsliste des BND.

In Paraguay vermittelte Hans-Ulrich Rudel die nötigen Kontakte für „Estrella“. Als berühmtester Kampfflieger des „Dritten Reichs“ und unverbesserlicher Nazi hatte er nach seiner Flucht in Argentinien das „Kameradenwerk“ gegründet. Dieses hatte das Ziel andere „Kameraden“ zu unterstützen – unter ihnen z.B. den Arzt und Massenmörder aus Auschwitz Josef Mengele. Sogar eine eigene Zeitschrift wurde gegründet: „Der Weg. Monatshefte zur Kulturpflege und zum Aufbau“, in der unverhohlen die alte Weltanschauung hochgehalten wurde. Ab 1973 lebte er in der rechten Sektengemeinschaft „Colonia Dignidad“ in Chile und war politsch für die „Deutsche Volksunion“ in der BRD aktiv. Diese über Ideologie und Firmengeschäfte verbundenen SS-Funktionäre unterstützten sich über Ländergrenzen hinweg und waren jeweils in ihrem Exil-Land durch ihr Repressionswissen und ihre internationalen Kontakte hervorragend in Militär- und Geheimdienstkreise integriert. Eine wahrhaft tödliche Kombination.

Doch auch über Estrella hinaus gab es einflussreiche Nazi-Größen in Lateinamerika. Walther Rauff, verantwortlich für den Massenmord durch Gaswagen, entkam 1948 nach Syrien, wo er für den Geheimdienst tätig war. Ab 1949 ging er nach Ecuador und Chile und stand dort von 1958 bis 1962 auf der Gehaltsliste des BND. Rauff konnte sogar für Fortbildungen in die BRD reisen, obwohl gegen ihn ein Haftbefehl vorlag und dem BND die Vergangenheit von Rauff bekannt war.

Waffenhändler Wilhelm Sassen. Faksimile: Arquivo Nacional, Rio de Janeiro

REPÚBLICA DOS ESTADOS UNIDOS DO BRASIL

Modêlo S. C. 139

FICHA CONSULAR DE QUALIFICAÇÃO

Esta ficha, expedida em duas vias, será entregue à Policia Maritima e à Imigração no pôrto de destino

Nome por extenso

Admitido em território nacional em carácter TEMPORÁRIO

Nos termos do art. 7 letra a do Dec. Lei 7967 de 18 - 9 - 45

Lugar e data de nascimento Niederlande 16-4-1918

Nacionalidade alema Estado civil casado

Filiação (nome do Pai e da Mãe)

Profissão

Residência no país de origem

FILHOS MENORES DE 18 ANOS: NOME, IDADE, SEXO

Passaporte n expedido

na data

visado sob. n.

ASSINATURA DO PORTADOR:

Consulado Geral do Brasil em Buenos Aires.

DATA:

Cônsul:

NOTA - Esta ficha deve ser preenchida à máquina pela autoridade consular, sendo as duas vias em original.

Mit dem Geld des BND und anderer Geheimdienste gründete Rauff eine Fischfabrik, die ihn zu einem wohlhabenden Mann machte. In Brasilien kam Franz Stangl unter, verantwortlich für den Tod von über 400.000 Menschen in den Vernichtungslagern Sobibor und Treblinka. Strangl floh erst nach Syrien, dann nach Brasilien und arbeitete dort als Ingenieur für Volkswagen – unter seinem richtigen Namen. Als einer der wenigen NS-Täter Lateinamerikas wurde Strangl schließlich regulär ausgeliefert und starb in einer deutschen Haftanstalt an Herzversagen.

Warum Lateinamerika?

Es gab bereits in den 1930er Jahren gute Kontakte zwischen lateinamerikanischen Ländern und dem Dritten Reich, auf die man nach 1945 aufbauen konnte. In Argentinien und vielen weiteren Staaten waren die jungen Armeen durch deutsche „Spezialisten“ aufgebaut und beraten worden. Viele der rechten Regimes hatten ein Interesse daran „weiße“ Europäer anzusiedeln und diese gegen die einheimische indigene Bevölkerung einzusetzen. Auch hatten sowohl die Militärregimes in Südamerika als auch die USA, die Lateinamerika als ihren „Hinterhof“ betrachtete, ein Interesse daran linke Bewegungen in dieser Region zu zerschlagen. Was lag also näher, als die ausgewiesenen Antikommunisten und Repressionsexperten aus dem ehemaligen Dritten Reich wieder in die Dienste zu nehmen?

Zahlreiche Kriegsverbrecher wurden also für ihre Verbrechen nie bestraft, sondern konnten im Gegenteil mit Waffengeschäften und Repression dort weitermachen, wo sie im Dritten Reich aufgehört hatten. Sie lebten nicht versteckt und in ständiger Furcht. Stattdessen rückten sie schnell in zentrale Positionen staatlicher Repressionsapparate auf. Mit Wissen und Unterstützung von US und BRD-Geheimdiensten und bis heute ungesühnt. •

Literatur:

Hannes Bahrmann: Rattennest. Argentinien und die Nazis. Berlin 2021.
Peter Hammerschmidt: Deckname Adler. F. a.M 2014.
Daniel Stahl: Nazi-Jagd. Südamerikas Diktaturen und die Ahndung von NS-Verbrechern. Göttingen 2013.
Heinz Schneppen: Odessa und das Vierte Reich. Metropol 2007.

GESCHICHTE

Dem Tod davongelaufen

Zwischen absolutem Grauen und Hoffnung auf Überleben – Eindrucksvolle Schilderung einer Flucht von neun Zwangsarbeiterinnen

FLORIAN OSUCH

Die persönlichen Berichte und Aufzeichnungen der Überlebenden von Verfolgung, Vernichtungskrieg und Holocaust gehören zu den eindrucksvollsten Schilderungen über die Zeit des deutschen Faschismus. Eines dieser Dokumente ist die kürzlich auf Deutsch erschienene Fluchtgeschichte der französischen Widerstandskämpferin Suzanne Maudet (1922–1994). In „Dem Tod davongelaufen" schildert sie eine acht Tage dauernde Odyssee durch die sächsische Provinz. Zusammen mit acht Freundinnen – ebenfalls zur Zwangsarbeit verschleppte Widerstandskämpferinnen – hatte sie die Flucht von einem Todesmarsches gewagt. Suzanne Maudet hatte sich nach der deutschen Besetzung Frankreichs der Résistance angeschlossen und war im März 1944 verhaftet worden. Sie wurde ins KZ Ravensbrück deportiert, wo sie andere Widerstandskämpferinnen traf. Sie alle wurden zur Zwangsarbeit in ein Außenlager des KZ Buchenwald nach Leipzig-Schönefeld verbracht. Dort waren 5.000 Frauen und 7.000 Männer für den deutschen Rüstungskonzern HASAG – die Hugo und August Schneider AG – tätig. Die Firma unterhielt mehrere eigene Konzentrationslager in Leipzig, die zum weitgespannten Netz der Außenlager des KZ Buchenwald gehörten. Die Häftlinge mussten dort bis zu 12 Stunden am Tag Munition und Granaten fertigen.[1]

Rund 20 Millionen Menschen waren im damaligen Deutschen Reich und in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten der Zwangsarbeit unterworfen. Die größte Gruppe waren Menschen aus der Sowjetunion, aus Frankreich, Polen und Italien. Zwangsarbeiter:innen wurden in allen Bereichen der Gesellschaft eingesetzt, insbesondere in der Landwirtschaft, im Handwerk, im Bergbau und in der Industrie, aber auch bei Behörden, in Einrichtungen der Kirche, in den Firmen der SS oder in privaten Haushalten.

Die HASAG-Fabrik wurde im April 1945 durch Luftangriffe schwer beschädigt. SS-Männer und Aufseherinnen trieben die männlichen und die weiblichen Häftlinge auf einen Todesmarsch Richtung Osten.

„Die tiefdunkle Nacht erfasst uns, noch halb benommen, hinter dem starken Scheinwerfer, der das Tor des Lagers ausleuchtet. Fünftausend Frauen sind, angesichts des Vormarsches der Amerikaner, in Fünferreihen von der SS auf die Straße getrieben worden."

Mit dieser Schilderung beginnt die als Tagebuch verfassten Aufzeichnungen Suzanne Maudets. Sie schildert den Todesmarsch beginnend in Leipziger Stadtgebiet, Richtung Wurzen in Nordsachsen. Die Todesmärsche waren Teil der sogenannten Endphaseverbrechen.[2] Das waren örtliche Amokläufe und auch Massenmordaktionen der Nazis, als das „Tausendjährige Reich" bereits auf ein kleines Rumpfgebiet geschrumpft und weite Teile Europas befreit waren.

„Wir marschieren bis zum Dunkelwerden und dann beginnt zweifellos die Albtraum-Nacht, unsere schlimmste Nacht in Deutschland: Marschieren … immer weiter marschieren … lautes Schrittgetrappel, das nie aufhört … dieses quälende Aufschlagen des Holzes auf dem Pflaster … blind mit der Stirn auf dem Rücken der Vorderleute auflaufen … die Streitereien und die bissigen Kommentare … die Beinmuskeln, die derartig schmerzen und trotz allem automatisch ihren Dienst tun … die bloßen Füße brennen in den Holzplatinen und sind voller Blasen … und jeder Aufbruch ist so mühsam nach dem kleinsten Halt (…). Und die Augen, die sich öffnen und nur das sehen, was wirklich da ist: die verkrampft am Straßenrand liegenden Leichen, die armen abgemagerten Leiber, die vor Erschöpfung oder im Maschinengewehrfeuer gestorben sind, die Hände noch in einer flehenden Geste vor das Gesicht gehoben"

Marschiert wird bei Tag und bei Nacht, es gibt nur kurze Pausen, mal auf einer Wiese, in einem Schulhof oder Park. Der Tross führt durch Dörfer und auch größere Ortschaften wie Wurzen. Die Einwohner:innen betrachten den Zug der Frauen, deren Ermordung vorgesehen ist.

„Die Kolonne setzt sich in Bewegung und wir laufen durch Oschatz. Es ist Sonntag und so gegen Mittag, alle Bewohner sind vor die Tür getreten, um uns zu sehen; die Kinder lachen, als würde ein Zirkus vorbeiziehen; die Eltern betrachten uns gelassen, die Hände vor dem Bauch."

Die zusammengewürfelte Gruppe junger Frauen – sechs Französinnen, zwei Hollän-

derinnen und eine gebürtige Spanierin – fasst den Entschluss zur Flucht, auch wenn das den Tod bedeuten kann. Im untergehenden Reich machen Einheiten von Gestapo und SS sowie Angehörige von Wehrmacht und Volkssturm sowie mancherorts auch Zivilist:innen Jagd auf entflohene Zwangsarbeiter:innen, Wehrmachts-Desateure oder ehemalige KZ-Häftlinge.

„Hinter uns keine SS in Sicht; sie sind weit vorne. Wir werfen uns einen schnellen Blick zu und unser Entschluss ist sofort gefasst: Wozu auf die Nacht warten? Eine bessere Gelegenheit wird sich uns nicht mehr bieten. Direkt links von uns geht ein Hohlweg in die Wiese. Wir stürzen uns dort hinein, alle neun und marschieren zügig weiter. Als die Straße außer Sicht ist, bleiben wir stehen, um Veränderungen von höchster Priorität vorzunehmen: die gestreiften Kleider und Jacken ausziehen, Nummern und rote Dreiecke abtrennen (aber sie sorgfältig aufheben, weil wir sie brauchen können, um später unsere Identität zu beweisen) …“

Wie ergeht es neun Frauen, die von einer Minute auf die anderen aus dem „absoluten Grauen“ in die Freiheit gesprungen sind? Sie wissen nicht, wo sie sich genau befinden, nur dass die Amerikaner nicht mehr weit sein können. Wer wird ihnen helfen, Unterschlupf gewähren, Essen geben? Wer wird sie verraten oder gar erschießen? Nur eins ist klar: Es geht Richtung Westen, Richtung Heimat.

Die Fluchtgeschichte der jungen Widerstandskämpferinnen ist eindrucksvoll. Zwischen den Zeilen wird die gesellschaftliche Stimmung kurz vor dem endgültigen Zusammenbruch der NS-Herrschaft mit all ihren Wirren und Widersprüchen deutlich. Insgesamt gab es zu dieser Zeit enorme Fluchtbewegungen in unterschiedlicher Richtungen. Millionen Deutsche und Kollaborateure des NS-Regimes bewegten sich in die Reichsmitte. Sachsen war damals ein wichtiger Knotenpunkte vertriebener Deutscher. Dort gab es wiederum Bewegungen aus den Städten auf das Land, ausgelöst durch die massiven Bombardierungen von Dresden, Leipzig und Chemnitz im Frühjahr 1945. Gleichzeitig waren erste Zuchthäuser, Lager und andere Haftanstalten befreit worden. Diejenigen, die noch bei Kräften waren, versuchten in ihre Heimat zurückzukehren, ohne ein zweites Mal in die Hände der Nazis zu fallen.



Foto: Wiener Holocaust Library Collections

Frauen im KZ Bergen-Belsen direkt nach der Befreiung durch britische Soldaten im April/Mai 1945.

Durch den täglich wechselnden Frontverlauf und die sich überschlagenden Ereignisse im gesamten Reichsgebiet änderte sich offenbar auch die Einstellung von Mitläufer:innen und Täter:innen. Das wird in den unterschiedlichen Begegnungen der jungen Frauen mit der sächsischen Bevölkerung deutlich.

Das Fluchttagebuch hatte Suzanne Maudet kurz nach ihrer Rückkehr nach Paris verfasst, veröffentlicht wurde es jedoch lange nicht. Erst im Jahr 2004, zum 60. Jahrestag der Deportation Maudets und zum 10. Jahrestag ihres Todes, wurde das Buch erstmals publiziert. Pierre Sauvanet, Neffe der Widerstandskämpferin und Professor an der Universität von Bordeaux, hatte sich des Manuskripts angenommen. Die Autorin Gwen Strauss, Großnichte einer weiteren Protagonistin des Buches, trug mit umfangreichen Recherche, Archivarbeit und Interviews interessantes Material zusammen. So sind heute Hintergründe über die beteiligten Frauen bekannt, die in der Originalfassung nur mit Vor- bzw. Decknamen benannt sind. Der nun auf Deutsch vorliegende Titel umfasst das eigentliche Fluchttagebuch, biografische Angaben zu den neun Widerstandskämpferinnen sowie Ergänzungen in den Nachworten von Pierre Sauvanet und Patrick Andrivet, Professor für Französische Literatur an der Universität von Paris und einem Cousin von Suzanne Maudet. •

Suzanne Maudet
Dem Tod davongelaufen
Wie neun junge Frauen dem Konzentrationslager entkamen
Assoziation A, 2021, 128 Seiten
16,– Euro



RASSISMUS

Steigende Asylzahlen? Ein Blick hinter die Schlagzeilen

PRO ASYL

Die Asylzahlen steigen, aber die Entscheidungen über die Asylanträge von afghanischen Geflüchteten hatte das BAMF zum größten Teil monatelang auf Eis gelegt. Deutlich wird anhand der aktuellen Zahlen auch, dass die Widerrufsprüfungen in den meisten Fällen reine Zeitverschwendung sind.

Die Asylzahlen sind so hoch wie seit 2018 nicht mehr: 148.000 Menschen haben im vergangenen Jahr erstmalig einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Diese Nachricht ging Mitte Januar durch die Presse. Doch es lohnt, einen ausführlichen Blick auf die Statistiken zu werfen. Dann wird dreierlei deutlich.

Erstens: Die Zahlen führen in die Irre.

Zweitens: Über die Asylanträge von Afghan*innen hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bis Dezember 2021 nicht entschieden – mit der Folge, dass Zehntausende völlig im Unklaren über ihre Zukunft gelassen wurden. Gleiches gilt auch für Menschen, die in Griechenland als Flüchtling anerkannt wurden und dann nach Deutschland weiterreisen. Ihre Anträge liegen weiterhin auf Eis.

Drittens: Die Widerrufsprüfungen haben im vergangenen Jahr einen beachtlichen Teil der Arbeit im BAMF ausgemacht – mit verschwindend geringer „Erfolgs"-quote. Deshalb müssen die Zusagen aus dem Koalitionsvertrag zur Abschaffung solch anlassloser Prüfungen nun schnell umgesetzt werden.

Die Zahl der neu nach Deutschland eingereisten Asylsuchenden liegt bei rund 122.000

Dass die Zahlen steigen würden, war nach dem pandemiebedingten Tiefstand des letzten Jahres keine Überraschung. Die Asylzugänge liegen nun wieder im vorpandemischen Bereich von 2019. Die tatsächliche Zahl der Neuzugänge an Asylsuchenden liegt allerdings deutlich niedriger als die offiziellen 148.000.

Rund 17,5 % der Asylanträge stammen nämlich von Kindern, die hier geboren wurden, deren Eltern also bereits in Deutschland leben. Bekommt ein Paar, das sich im laufenden Asylverfahren befindet, ein Kind, muss für dieses auch ein Asylantrag gestellt werden. Gleiches gilt für neugeborene Kinder von Menschen, die hier bereits anerkannt wurden – für diese Kinder wird häufig Familienasyl beantragt. Die Zahl der neu nach Deutschland eingereisten Asylsuchenden beträgt demnach rund 122.000. Hauptherkunftsländer waren 2021 Syrien, Afghanistan und der Irak.

Entscheidungen für Afghan*innen wurden zu einem großen Teil ausgesetzt

Für afghanische Asylsuchende geht es nicht etwa schnell mit einer Anerkennung, wie die aktuelle Lage am Hindukusch vermuten ließe – das Gegenteil ist der Fall. Das BAMF hatte seit der Machtübernahme der Taliban Asylanträge von afghanischen Asylsuchenden „rückpriorisiert". Das bedeutet, es hat bis auf wenige Ausnahmen die Entscheidungen für das Herkunftsland Afghanistan ausgesetzt. Die Zahl der Menschen, die nicht wissen, ob sie nun in Deutschland einen Schutzstatus erhalten oder nicht, stieg damit weiter an. Seit Dezember entscheidet das BAMF zwar wieder, aufgrund des monatelangen Entscheidungsstopps stapeln sich jetzt jedoch viele Anträge: Von September bis Ende Dezember wurde in nur 2.700 Fällen afghanischer Asylsuchender eine Entscheidung getroffen. Im gleichen Zeitraum wurden aber 18.000 Asylanträge von Afghan*innen gestellt (knapp 11.000 Erstanträge und über 7.000 Folgeanträgen). Beim BAMF anhängig, also noch nicht bearbeitet, sind insgesamt nun fast 28.000 Afghanistan-Verfahren.

Dies hat dramatische Auswirkungen, zumal Mitte letzten Jahres außerdem knapp 21.000 Gerichtsverfahren von afghanischen Asylsuchenden, die zum größten Teil vom BAMF abgelehnt worden waren, anhängig waren. Somit warten rund 50.000 Menschen aus Afghanistan auf eine Entscheidung über ihre Zukunft. Doch die Betroffenen warten nicht nur auf ihren Schutzstatus, sondern in vielen Fällen auch auf den Nachzug der engsten Familienangehörigen, der für sie ohne Entscheidung über ihren Schutzstatus nicht möglich ist. Angesichts gerichtlicher Verfahrensdauern von durchschnittlich mehr als zwei Jahren ist das ein unhaltbarer Zustand für diese Menschen.

Zu den durch die BAMF-(Nicht-)Entscheidungspraxis entstehenden, oftmals jahrelangen Wartezeiten, kommen im Falle des Familiennachzugs die Wartezeiten der Angehörigen: Derzeit stehen knapp 6.000 Menschen aus Afghanistan auf den Terminwartelisten der Deutschen Botschaften, die den Nachzug zu ihren bereits schutzberechtigten Angehörigen in Deutschland beantragt haben. Diese Zahl hat sich damit in den letzten sechs Monaten nahezu verdoppelt. Ihre Wartezeit beträgt nach Angaben der Regierung „mehr als ein Jahr". Dieser Zeitraum wird – vermutlich aus guten Gründen – nicht genauer erfasst, beträgt nach PRO ASYL-Erfahrungen aber in aller Regel weit mehr als 18 Monate. Bis dann ein Visum erteilt wird, vergehen weitere Monate, häufig mindestens ein halbes Jahr. Wohlgemerkt: in diesen Fällen besteht in der Regel ein Rechtsanspruch auf ein Nachzugsvisum.

Das Personal in den Botschaften in Islamabad und Neu-Delhi wurde zuletzt zwar „temporär" verstärkt, erreicht damit aber gerade einmal das Niveau von 2017. Trotz der desaströsen Lage in Afghanistan hat das Auswärtige Amt gerade mal neun zusätzliche Stellen in der Deutschen Botschaft in Pakistan und zehn in Katar eingerichtet. Das grün geführte Außenministerium ist dringend gehalten, diese menschenrechtlich völlig unakzeptablen Zustände schleunigst zu verändern.



Foto: Christian Ditsch

Entscheidungsstau im BAMF

Ähnlich wie afghanischen Schutzsuchenden geht es Menschen, die in Griechenland als Flüchtling anerkannt wurden. Aufgrund der katastrophalen Zustände dort, die PRO ASYL immer wieder angeprangert hat, wandern viele von ihnen nach Deutschland weiter. Stellen sie hier einen Asylantrag, passiert – gar nichts. Auch diese Fälle hat das BAMF „rückpriorisiert", also vorerst auf Eis gelegt. Es wird schlichtweg nicht entschieden, obwohl Gerichte bereits deutlich gemacht haben, dass Geflüchtete momentan nicht nach Griechenland zurückgeschickt werden dürfen. So hängen ca. 20.000 Verfahren von in Griechenland Anerkannten in der Warteschleife. Allein diese beiden Gruppen – Afghan*innen sowie Anerkannte aus Griechenland – machen mittlerweile rund 45 Prozent der beim BAMF anhängigen Verfahren aus. Der Entscheidungsstau in der Behörde ist unverständlich, wenn man bedenkt, dass beide Gruppen zum allergrößten Teil nicht zurückgeschickt werden dürfen und infolge dessen hier bleiben werden.

Widerrufsprüfungen: Reine Zeitverschwendung

Ineffizient sind auch die Widerrufsprüfungen: Anstatt Asylanträge zu prüfen, leitet das BAMF Widerrufsprüfungen von anerkannten Flüchtlingen ein – über 700.000 seit 2018. Das erfordert unnötig Zeit und Energie, die an anderer Stelle dringend nötig wäre. Deutschland zählt zu den wenigen Ländern, in denen Widerrufsprüfungen gesetzlich vorgesehen sind. Das BAMF ist von Amts wegen angehalten zu prüfen, ob den geflüchteten und bereits anerkannten Menschen ihr Schutzstatus nachträglich wieder entzogen werden kann – nicht etwa weil sie sich etwas hätten zuschulden kommen lassen, sondern wegen möglicherweise veränderten Bedingungen in den Herkunftsländern. Dass sich die Lage weder in Afghanistan noch in Syrien zum Positiven verändert hat, dürfte allerdings jedem klar sein und ist überdies durch Berichte von Menschenrechtsorganisationen umfassend dokumentiert.

Nichtsdestotrotz finden Widerrufsprüfungen im großen Stil statt – es wird mehr Arbeit und Energie in diese Prüfungen hineingesteckt als in die Prüfung von Asylanträgen. Während das BAMF von Januar bis Ende Dezember 2021 über rund 150.000 Asylanträge entschied, hat es im gleichen Zeitraum über knapp 170.000 Widerrufsprüfungen entschieden. Nur in 3,9 % aller Fälle wurde der Schutzstatus aber tatsächlich widerrufen. Meist ist dies darauf zurückzuführen, dass Menschen, denen in Deutschland Schutz zugesprochen wurde, gar nicht mehr in Deutschland leben, in nicht wenigen Fällen, weil die Bundesregierung den Familiennachzug derart in die Länge zieht, dass ein Zusammenleben in Deutschland unmöglich erscheint.

Dass trotz der seit Jahren geringen Quote von regelmäßig weniger als vier Prozent an den Widerrufsprüfungen festgehalten wurde, zeigt: Das übergeordnete Ziel der alten Bundesregierung lautete nicht etwa, Menschen in Not eine dauerhafte Lebensperspektive zu geben, sondern möglichst wenigen Geflüchtete dauerhaft Schutz zuzugestehen.

Es ist erfreulich, dass die neue Bundesregierung beschlossen hat, diese anlasslose Überprüfung zu streichen (Koalitionsvertrag, S. 139). Das legt notwendige Kapazitäten für das BAMF frei, sich auf seine Kernaufgabe – die Durchführung von Asylverfahren – zu konzentrieren und erspart den Betroffenen viele Sorgen. Doch es muss jetzt gehandelt werden, bevor sich weitere zehntausend Asylanträge stauen. Es ist dringend notwendig, die anlasslosen Widerrufsprüfungen sofort zu streichen – um Geflüchtete und BAMF-Mitarbeiter gleichermaßen zu entlasten. •

RASSISMUS

Haltbare Stereotype

Ausgrenzung und Abschottung von Sinti und Roma

NORA NEUMANN

Seit dem späten Mittelalter leben Sinti und Roma in Europa und sind seither staatlichen Repressionen ausgesetzt. Als die Große Pest 1708 im Ostseeraum ausbrach und viele Menschen in Preußen tötete, ordnete Friedrich I. 1709 die Gründung von Pesthäusern vor den Toren der Städte an – eines davon ist die heutige Charité in Berlin. Noch vor dieser Anordnung befahl er, aus Polen kommende Sinti und Roma notfalls mit Gewalt an der Grenze abzuweisen, unabhängig davon, ob sie gültige Pässe besaßen. Solche Erlasse dienten damals wie heute zweierlei Zwecken: Sinti und Roma als Sündenböcke für Missstände zu präsentieren und die ordnende Stärke des Staates zu demonstrieren.

Die Stereotype, die Sinti und Roma damals schon begegneten, haben sich bis heute gehalten. Ihnen wird mangelnde Disziplin, Regelmissachtung, Kriminalität und Seuchenübertragung vorgeworfen. Mit Ausbruch der Corona-Pandemie hat sich die Stimmungsmache wieder verschärft. In der Politik, in Behörden und Medien werden Stimmen lauter, die den oft in Armut und prekären Bedingungen lebenden Sinti und Roma die Schuld für die Ausbreitung des Coronavirus zuweisen und nach Stärke und Ordnung rufen.

Nicht nur Boulevardmedien und die extreme Rechte nutzen alte Vorurteile, auch im Mainstream sind sie wieder salonfähig. Mit für andere Bevölkerungsgruppen undenkbaren Maßnahmen wie Einzäunung und Abschottung ganzer Wohnhäuser bzw. Viertel sollen die „Seuchenträger" von der Gesellschaft abgeschottet werden. Mit der Realität haben weder rigide Maßnahmen noch rassistische Schuldzuweisung etwas zu tun.

In Bulgarien ist die Rede von sorglos handelnden Sinti und Roma, die aufgrund mangelnder Disziplin ihre Landsleute ansteckten. In der Folge wurden mehrere Stadtviertel abgeriegelt, alle dort lebenden Sinti und Roma wurden von der medizinischen Versorgung ausgeschlossen. Bulgarien ist kein Einzelfall. In allen Ländern Mittelost- und Südosteuropas sind Sinti und Roma massiv von Gewalt und Rassismus bedroht – nicht erst seit der Corona-Pandemie. Oft fehlt es in osteuropäischen Siedlungen an fließendem Wasser und Menschen leben auf engstem Raum, wodurch Hygienevorschriften unmöglich umgesetzt werden können. Diese menschenunwürdigen Verhältnisse sind jahrzehntelangem strukturellen Rassismus entwachsen. Anstatt die Not anzugehen, werden extrem rechte Forderungen nach Isolierung aller Sinti und Roma – als kollektive Gefahr – umgesetzt um eine vermeintlich homogene Gruppe zu kontrollieren.

Zwar sind die Bedingungen für Sinti und Roma in Osteuropa besonders erschreckend, doch auch in Deutschland leben viele in menschenunwürdigen Verhältnissen. Seit Jahren berichten Medien von „Horrorhäusern" oder „Romahäusern", die entmietet werden sollen. Zu überteuerten Preisen werden Wohnungen an Sinti und Roma vermietet, oft an mehrere Familien pro Wohnung. Die sanierungsbedürftigen Häuser sind oft verwahrlost und die Vermieter*innen reagieren gar nicht oder nur minimal auf behördliche Anweisungen. Jugendämter trauen sich nicht in diese Häuser – die Kinder dort sind Gewalt und Dreck schutzlos ausgeliefert. Viele Medien berichten einseitig darüber, wie die „alten Mieter" in der Hölle leben. Wie Vermieter Sinti und Roma gnadenlos ausbeuten und sie in menschenunwürdige Bedingungen drängen, wird selten erwähnt.

Zusätzlich zu prekären Wohnbedingungen kommen prekäre Arbeitsverhältnisse. Die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen bei deutschen Billigfleischproduzenten wurden durch den „Fleischskandal" bei Tönnies erneut ins Bewusstsein gerufen. Seit Jahren flammt die Debatte um Sklavenarbeit bei den Billigfleischproduzenten immer wieder auf, ohne das sich je etwas Grundlegendes geändert hätte. Durch den Coronaausbruch bei Tönnies gerieten die Arbeitsbedingungen und Wohnunterkünfte erneut in die Kritik. Für die schwere Akkordarbeit erhalten Deutschlands moderne Sklaven maximal Mindestlohn, teils werden für drei Monate Arbeit nur 2.000 Euro gezahlt. Die Subunternehmer, bei denen Osteuropäer*innen angestellt sind, fordern Vermittlungsgebühren und Wuchermieten, Betten in Mehrbettzimmern werden für bis zu 275 Euro monatlich vermietet, teilweise werden sich Betten in Schichten geteilt. Von Hygienekonzepten kann nirgendwo die Rede sein. Als der Tönnies-Skandal einer breiten Öffentlichkeit aufzeigte, wie Sinti und Roma und andere osteuropäische „Leiharbeiter*innen" mitten in Deutschland ausgebeutet werden, handelte nun auch die Politik. Allerdings lediglich symbolisch. Arbeitnehmer*innen



Mahnmal an die [illegible] ermordeten Sinti und Roma

Foto: Christian Ditsch

dürfen nicht mehr über Subunternehmer angestellt werden – die miserablen Wohnunterkünfte und Hungerlöhne sind geblieben.

Ausbeutung und menschenunwürdigen Wohnverhältnissen werden durch offenen systemischen Rassismus deutscher Behörden flankiert. Als im Iduna-Zentrum in Göttingen etwa 100 Menschen positiv auf Corona getestet wurden, beschloss die Stadt, das gesamte Areal mit über 700 Bewohner*innen mit Bauzäunen zu umstellen und von der Polizei die Quarantäne überwachen zu lassen. Das Gesundheitsamt gab an, Großfamilien, die das Zuckerfest gefeiert haben sollen, sowie eine Feier in einer Shishabar seien schuld an dem Ausbruch. Der Boulevard stürzte sich auf „arabische Großfamilien aus dem ehemaligen Jugoslawien“. Mit der Realität der Bewohner, welche nicht nur aus dem Kosovo stammende Sinti und Roma waren, hatte die Medienberichterstattung wenig zu tun. Zwar machte die Stadt schnell ein Mitglied einer Roma Familie als Auslöser aus, jedoch gibt es Berichte über einen Quarantänebrecher, der bereits vor dem Ausbruch von der Polizei festgenommen wurde. Auch ein Elendsbau an der Groner Landstraße in Göttingen wurde komplett abgeriegelt. In dem Gebäude, wo bis zu 800 Menschen auf engstem Raum leben müssen, werden 20 Quadratmeter Appartements für 450 Euro vermietet – auch an Geflüchtete, die von der Stadtverwaltung dorthin vermittelt wurden.

In Berlin Neukölln wurde ein hauptsächlich von Sinti und Roma bewohnter Wohnblock „unter Quarantäne“ gestellt. Zwar gingen hier Behörden und Polizei besonnener vor, als in Göttingen, wo es Ausbruchsversuche und Angriffe auf die Polizei gab, dennoch wurde mit Hundertschaften gedroht. Der Boulevard stürzte sich auf die „modernen Seuchenträger“. Zwar gab es nur 57 positive Testergebnisse in 137 Wohnungen (während berlinweit tausende Menschen positiv getestet wurden), dennoch wurde der Wohnkomplex schnell als „Corona-Block“ gebrandmarkt. Auch hier wird offensichtlich, dass Sinti und Roma als Community verstanden werden, die unter sich leben und nichts mit der Mehrheitsgesellschaft zu tun haben. Sperrt man sie ein und kontrolliert sie, kann der Rest der Mehrheitsgesellschaft Lockerungen genießen.

Wie so oft wiederholt sich die Geschichte. Sinti und Roma, seit Jahrhunderten diskriminiert, verfolgt und vertrieben, werden auch im modernen Europa eingesperrt und ausgegrenzt. Die Vorurteile von vor hundert Jahren haben heute noch ebenso starke Wirkkraft wie 1708, wenn eine Göttinger Stadtverwaltung nicht davor zurückschreckt, öffentlich und nicht belegbar einer Minderheit die Schuld zuzuweisen, um Hunderte aus der Gesellschaft verdrängte Menschen einzupferchen. Alles im Namen des Schutzes der Mehrheitsgesellschaft.

Wenn selbst die Bundesagentur für Arbeit 2018 ausdrücklich rumänische und bulgarische Personen mit Leistungsmissbrauch in Verbindung bringt und ihren antiziganistischen Rassismus damit nur schwach zu verschleiern versucht, wird klar, dass Sinti und Roma nie als Individuen betrachtet werden, sondern als homogene Masse, denen die gleichen antiziganistischen Motive wie vor 300 Jahren angedichtet werden. Sie stellen eine Gefahr für die Mehrheitsbevölkerung dar, deshalb werden sie von Gewalt durch die Mehrheitsbevölkerung bedroht. Sie leben regellos und undiszipliniert, deshalb müssen sie diszipliniert und kontrolliert werden.

Mit menschenverachtenden Klischees versuchen deutsche Behörden und deutsche Medien, Sinti und Roma als Sündenböcke darzustellen und gleichzeitig Stärke und Ordnung zu repräsentieren. Die Wutausbrüche von Bewohner*innen der Quarantäneblocks sind nur ein Hilfeschrei, den deutsche Behörden, Medien und die Mehrheitsgesellschaft zu verantworten haben.•

DISKUSSION

Quadrat im Kreis

Ein Debattenbeitrag

GASTBEITRAG VON „ANTIFAS AUS DEM NORDEN“

Dieser Text ist keine detaillierte Erwiderung auf den Beitrag „Antifa 10 Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU“ aus dem AIB 133, da dieser dazu nicht geeignet scheint. Einfach unkommentiert stehen lassen wollten wir den Text jedoch auch nicht. Außer moralischen Vorhaltungen, bündnispolitischen Allgemeinplätzen und einer Aneinanderreihung unsolidarischer Vorwürfe an „die“ Antifa hat der Text bis auf scheinbar identitätspolitische Forderungen einfach keine Ebene für Gegenargumentationen. Innerhalb der radikalen Linken gibt es Debatten (siehe AIB Nr. 130) über identitätspolitische Perspektiven, die komplexer sind als das, was in dem kritisierten Beitrag behandelt wird. Das Fass wollen wir hier gar nicht aufmachen. Ungeachtet dessen werden in dem Text ein paar allgemeine Fragen aufgeworfen, über die es sich dennoch lohnt Gedanken zu machen.

Generell blendet der Text vollkommen aus, dass es in den letzten Jahren viele Debatten, Auseinandersetzungen und Entwicklungen in der antifaschistischen Bewegung gab. Dabei ging es um Formen der Organisierung, der (militanten) Praxis, Bündnisarbeit, Begrifflichkeiten, aber auch um grundlegende Themen wie Antisemitismus oder Rassismus. Diese Debatten wurden vielfältig im Großen (auf Kongressen, durch bundesweite Bündnisse, auf Großdemos, durch Texte) wie im Kleinen (in lokalen Antifa-Gruppen, Aktionen vor Ort) geführt. Sie können dabei als konsequenzlos oder ungenügend geführt wahrgenommen werden, sie aber gar nicht zu benennen ist unsolidarisch. Dieses Nicht-Erwähnen von solchen Prozessen und auch Zerwürfnissen innerhalb der Bewegung lässt die Vermutung zu, dass den Autor*innen diese Entwicklungen schlicht nicht bekannt sind oder sie diese Aspekte bewusst nicht erwähnt haben, damit der moralische Druck stärker wirkt.

Wir wollen die eigene Verantwortung und auch Versäumnisse, die sich nach dem NSU-Komplex aufgetan haben, nicht klein reden. Faktisch gab es und gibt es aber Entwicklungsprozesse, in denen deutlich geworden ist, dass in antifaschistischer Analyse und Praxis eben nicht nur „die“ Nazis eine Rolle spielen, sondern auch die „Mitte“ und der Rassismus der Mehrheitsgesellschaft. Ein länger zurückliegendes Beispiel sind die Proteste rund um die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl in den 1990er Jahren (die ja maßgeblich von autonomen Zusammenhängen initiiert wurden). Aktueller wären die antifaschistischen Aktionen und die linke Bündnisarbeit, die weit über die eigene Szene hinausging, rund um das Jahr 2015 und die in dem Zusammenhang massiv angestiegenen rassistischen Übergriffe und rechten Mobilisierungen. Auch durch den Einzug der AfD in viele Landesparlamente und den Bundestag wurde das Verhältnis von rechts außen zu konservativ bürgerlich und der gesamtgesellschaftliche Rassismus stärker thematisiert und angegangen.

Generell gibt es seit längerem eine inhaltliche und personelle Schwäche, die durch die Auflösung bundesweit agierender Gruppen und Strukturen, persönlichen Brüchen und dem Beenden von aktiver Antifa-Arbeit gekennzeichnet ist. Dabei spielt es sicherlich auch eine Rolle, dass die Diskurshoheit über das, was „Antifa“ ist, in den letzten Jahrzehnten abhandengekommen ist. Wenn die SPD twittern kann „Wir sind Antifa“ - dann liegt einiges im Argen. Dass diese Schwäche hausgemacht ist, lässt sich u.a. an den Szene-Debatten in den 2000ern gut ablesen: kräftezehrende Auseinandersetzungen um Diskurshoheit und Aktionsformen mit bundesweit agierenden Strukturen, die für eine starke Bündnisorientierung auf ein Befrieden militanter Antifa-Praxis gesetzt haben und sich, begleitet von staatlicher Demokratieförderung, leider durchsetzen konnten.

Dass „die“ Antifa eher weiß und männlich dominiert ist, ist auch eine Tatsache, an die dementsprechend Probleme gekoppelt sind und die geändert werden muss. Stellvertretend seien hier Rassismus, Sexismus/Antifeminismus und Antisemitismus benannt, die thematisiert, reflektiert und angegangen gehören. Dass dies dabei nicht die Aufgabe derer ist, die davon betroffen sind, sollte eigentlich klar sein, ist es aber häufig nicht. Dies gilt für feministische Kämpfe ebenso wie für antirassistische oder die vielen anderen Haltungen, die Genoss*innen verletzen und es ihnen nicht möglich machen, selbstbestimmt und gerne Teil „der“ Antifa zu sein.

Faktisch ist „die“ Antifa nicht so homogen, wie es in dem Artikel suggeriert wird: neben Ansätzen feministischer und von Rassismus-betroffenen Selbstorganisierungen, die es auch schon länger gibt, gibt es vielfältige Ansätze (z.B. LGBTQIA+ Organisierung), die den exklusiven Ist-Zu-



Foto: Christian Ditsch

stand in Frage stellen. Wir empfehlen hier u.a. die Bücher „Antifa Gençlik" und die div. Fantifa Bücher. Auch die vorhandenen Strukturen, wie die Migrantifa-Gruppen verstehen sich als Teil antifaschistischer Organisierung und sind dabei explizit als migrantische Stimme im Kampf gegen Rassismus und Staat wahrnehmbar. Dadurch sind auch Zugänge zu von Rassismus-betroffenen Communities und der Kontakt zu von rechter, rassistischer Gewalt Betroffenen besser gestaltbar und die Möglichkeiten gegeben, gemeinsame Kämpfe auf verschiedenen Eben solidarisch miteinander zu verbinden.

Das antifaschistische Praxis häufig über die Auseinandersetzung mit den Täter*innen (Cops, Nazis, Frontex/Festung Europa) geschieht, finden wir nicht verwerflich, da wir den Betroffenen dies auch gar nicht mehr zumuten wollen, als es leider ja ohnehin schon deren Alltag ist. Außerdem müssen rechte Netzwerke und Personen nicht nur durch Recherche im Blick behalten werden, sondern auch durch konkrete Aktionen angegangen werden. Dies ist ja auch Kerngeschäft „der" Antifa. Auch hier wird wieder eine große Distanz zwischen den Vorwürfen aus dem Text („Täterfokussierung") und der realen Praxis deutlich. Keine, wirklich keine linksradikale Antifa-Gruppe arbeitet sich im Jahr 2022 nur noch an „den" Nazis ab und blickt nicht auch auf „die" Mitte, die mit Rechten spazieren geht oder die Kommentarspalten der Medien mit rassistischem Müll flutet.

Wir sind fest davon überzeugt, dass es eine Vielfalt an Themen, Kämpfen und Auseinandersetzungen geben muss, damit „die" Antifa nicht komplett in der Bedeutungslosigkeit verschwindet. Die eigene Praxis muss dabei kritisch reflektiert werden, um daraus erfolgreiche Perspektiven für kommende notwendige Kämpfe, die wir gewinnen müssen, abzuleiten. In der Praxis auch arbeitsteilig vorzugehen, macht sicherlich an der einen oder anderen Stelle Sinn. Dass dabei darauf geachtet werden sollte, dass dadurch keine Hierarchien entstehen, ist für uns klar, aber leider nicht immer Realität. Natürlich müssen auch Absprachen getroffen und eingehalten werden. Kritik an autonomer antifaschistischer Praxis war und ist immer nötig. Von den eigenen Genoss*innen, aber auch von außen, und sie stellt ja einen wesentlichen Punkt von Bündnisarbeit dar.

Die Auseinandersetzung mit und die Unterstützung von Betroffenen und Überlebenden rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ist ein Teil von linksradikalen und antifaschistischen Kämpfen. An dieser Tatsache, die seit Jahren Praxis ist, kann sicher Kritik geäußert werden, was die Intensität betrifft, sie zu ignorieren ist schlicht fahrlässig. Für uns sind Betroffene und Überlebende kein monolithischer Block, der je nach Lage für die eigenen politischen Interessen eingespannt werden kann. Stattdessen ist eine Zusammenarbeit wünschenswert – wenn es denn die Betroffenen und Überlebenden wollen und nicht, weil es gerade in die eigene Polit-Agenda passt. Eine solche Zusammenarbeit findet ja bereits auch statt: ein großer Teil der erinnerungspolitischen Gedenkveranstaltungen im Norden wird auch von Antifas mitorganisiert oder mindestens mitgetragen. Und das schon seit Jahren.

Viele Debatten und Entwicklungen werden im Text nur angedeutet. Für mehr war einfach kein Platz, aber wir adressieren hier ja auch „uns" selbst, also „die" Antifa. Dabei haben die hier formulierten Gedankensplitter keinen Anspruch auf Vollständigkeit und sie stellen vor allem keine einheitliche Meinung „der" Antifa da. Die gibt es nämlich nicht. Es sind unsere Erfahrungen und Eindrücke aus jahrelanger Praxis und Debatten. Vielleicht ist das auch unser größtes Fragezeichen an den Beitrag „Antifa 10 Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU", also an wen oder was richtet sich eigentlich der Ursprungstext, wenn dieser all das oben Geschriebene komplett ignoriert? •

GESELLSCHAFT

„Familiendramen"?

Feminizide und Gewalt gegen Frauen in der Berichterstattung

BRITTA HÄFEMEIER

Deutsche Medien haben ein Sexismusproblem. Sie verharmlosen in ihrer Berichterstattung strukturell (sexualisierte) Gewalt gegen Frauen – und das jeden Tag. Wir lesen über „Familiendramen", „Beziehungstaten" oder „Sextäter". Eines haben all diese Wortschöpfungen gemeinsam – sie verfälschen Tatbestände, bagatellisieren und verschweigen das strukturelle Ausmaß von Gewalt gegen Frauen systematisch. Frauenmord, Feminizid oder Femizid lesen wir wenig bis gar nicht. Jeden zweiten bis dritten Tag wird eine Frau von ihrem (Ex-) Partner getötet, die Tendenz steigt. Die Statistik des Bundeskriminalamtes zu Partnerschaftsgewalt in Deutschland im Jahr 2020[1] belegt einen deutlichen Anstieg von Feminiziden. Die Dunkelziffer wird aber höher sein, denn in Deutschland gibt es keine unabhängige Beobachtungsstelle, die alle Fälle von Femiziden in Deutschland erfasst, untersucht oder Maßnahmen zur Prävention erarbeitet.

Feminizid bezeichnet zum einen die geschlechterspezifische und endemische Natur der Gewalt gegen Frauen, also „die Tötung von Frauen durch Männer, weil sie Frauen sind" und kennzeichnet zudem die Untätigkeit des Staates dagegen etwas zu tun. 139 Frauen wurden 2021 ermordet. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Anstieg von knapp 16 Prozent. Frauen werden getötet weil sie Frauen sind. Und in der medialen Berichterstattung findet diese strukturelle Gewalt nicht statt. Auch strukturell, politisch sowie juristisch werden Feminizide und Gewalt gegen Frauen nicht eingeordnet. Viel mehr wird Gewalt gegen Frauen sprachlich und gesellschaftlich verharmlost.

Istanbul-Konvention und die Rolle der Medien

„Medien müssen in Demokratien" – besonders in Krisenzeiten – „aufklären." Und genau das wird durch den Artikel 17 der Istanbul Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt unterstrichen. Medien müssen Wege finden, sich selbst Richtlinien aufzulegen, um Gewalt gegen Frauen zu verhindern. Wenn Frauen allein aufgrund ihres Geschlechts umgebracht werden, dann ist das ein Feminizid, der auch so benannt werden muss. Nur dann kann das System dahinter sichtbar werden. Alleine deswegen ist wichtig: Medien, die Feminizide als Dramen oder Tragödien verharmlosen, sind Teil dieses Problems. „Gender Equality Media„ screent täglich die Berichterstattung deutscher Medien. Ohne Aktivist*innen würde es keine Daten geben, deswegen belegt der Verein Gen-



der Equality Media systematisch, wie über Gewalt gegen Frauen berichtet wird.

2021 hatte wirklich seine Höhen und Tiefen. Natürlich bestimmte wieder die Corona-Pandemie die Berichterstattung, dadurch wurde aber auch Gewalt gegen Frauen und „häusliche Gewalt“ vermehrt zum Thema in den Medien. Das tägliche Medienscreening bestätigt: Die deutsche Berichterstattung verharmlost Gewalt gegen Frauen. Die Ergebnisse von 2021 sind erschreckend: 95 Prozent der Medienberichte verwenden gewaltverharmlosende Sprache, wenn sie über (sexualisierte) Gewalt gegen Frauen berichten. Im Jahr 2021 hat der Verein die Berichterstattung über Gewalt gegen Frauen von über 260 Medien via Google News gescreent. Lediglich fünf Prozent nutzen Formulierungen, die halbwegs das abbilden, was wirklich passiert: Femizide oder das Synonym Frauenmord beschreibt, dass das Mordopfer eine Frau war. Es untergräbt, dass sie ermordet wurde, weil sie eben eine war.

Während der Begriff Feminizid kein einziges Mal in der Berichterstattung auffindbar war, führen Begriffe wie Bluttat, Beziehungstat und Familiendrama die Negativ-Top-Drei der gewaltverharmlosenden Sprache an. Je blutiger und grausamer ein Angriff gegenüber Frauen ist, desto voyeuristischer und profitgieriger wird die Tat in den Medien ausgeschlachtet. Nicht selten wird dabei ausschließlich aus der Täterperspektive berichtet. Einzelheiten der Tat werden detailliert beschrieben, manchmal sogar bis hin zur Unterwäsche des Opfers. Solche Details haben nichts in der medialen Berichterstattung zu suchen. Sie bedient das Narrativ der Täter-Opfer-Umkehr: Die Opfer waren nicht vorsichtig genug und tragen deswegen eine Mitschuld.

Rassistische Doppelmoral in deutschen Medien

Die größte Veränderung im Vergleich zu 2020: Die rassistische Berichterstattung mit dem Begriff „Ehrenmord“ steigt um 1050 Prozent. Hier wird besonders die vermeintliche Herkunft der Täter betont. Wir beobachten, dass Femizide vor allem dann als „Ehrenmorde“ bezeichnet werden, wenn die Täter salopp gesagt nicht weiß sind und nicht „Hans Müller“ heißen. Obwohl Feminizide in Deutschland häufig und sogenannte „Ehrenmorde“ selten sind, hat sich Letzteres viel mehr im deutschen Sprachgebrauch durchgesetzt. Deutlich wird dies, indem der Begriff „Ehrenmord“ als Begriff bereits 2009 Einzug in den Duden erhielt, der Begriff Femizid hingegen erst 2020.

Medien beziehen sich bei der Verwendung des Begriffs „Ehrenmord“ wie auch bei „Familiendrama“ häufig auf die Sprache im Polizeibericht zurück. Allein die Existenz des Wortes „Ehrenmord“ verdeutlicht daher, worauf deutsche Behörden ihren Fokus legen: Sie erkennen eine Systematik, wenn vermeintlich nicht-deutsche Männer im vermeintlichen Namen ihrer Kultur Frauen töten. Wenn deutsche Männer Frauen töten, wird dies hingegen unter dem Begriff der Partnerschaftsgewalt zusammengefasst. Medien reproduzieren, bestätigen und manifestiereren mit ihrer Berichterstattung diese Auffassung. Die Betonung des kulturellen Hintergrunds der Täter ist falsch. Sie suggeriert, dass es sich um ein Problem der vermeintlichen „Anderen“ handelt. Männer töten aber auf der ganzen Welt Frauen. Toxische Männlichkeit und damit einhergehende Besitzansprüche sind das Problem – nicht Herkunft und Sozialisierung.

Medien müssen Verantwortung übernehmen

Der Einfluss von Medien und die damit einhergehende Verantwortung ist stärker denn je. Aber genau diese Verantwortung müssen Medien, Redaktionen und Journalist*innen wahrnehmen – auch ganz im Sinne der Istanbul-Konvention. Systematische Diskriminierung jeglicher Art (durch transparente, nachverfolgbare Maßnahmen) müssen abgebaut werden. Kritische Berichterstattung, und ganz besonders die über Gewalt an Frauen, muss von allen Medien priorisiert werden.

Wenn Frauen getötet werden oder Gewalt erfahren, ist das kein Fall von Entertainment. Die Berichterstattung darüber darf nicht für Clickbaits missbraucht werden! Mit dieser Nichtbenennnung entsteht der Eindruck, es handele sich lediglich um einen traurigen Einzelfall. In Wirklichkeit stecken Misogynie, toxische Männlichkeit und ein System dahinter. Diese Wortschöpfungen relativieren und legitimieren diese Gewalt sprachlich. Und regen im allerschlimmsten Fall zu Nachahmungen an, weil die Hemmschwelle sinkt. Wenn wir alle Frauenmorde als Feminizide bezeichnen würden, würde das die strukturelle Gewalt dahinter aufdecken und auch die Möglichkeit eröffnen, über die Ursache und Lösung davon zu sprechen. Wenn die Gesellschaft und Medien aber weiterhin von „Familiendramen“ und „Eifersuchtsdramen“ sprechen, können wir Feminizide auch nicht bekämpfen.

Journalist*innen müssen zu Verbündeten werden

In Redaktionsrichtlinien, Leitbildern oder Visionen spricht sich parallel eine Vielzahl der deutschen Medien für die Förderung von Diversität und den Abbau von Diskriminierung aus. Der Verein „Gender Equality Media„ hat es sich zur Aufgabe gemacht, diskriminierende Berichterstattung aufzudecken sowie Sexismus innerhalb der Medienproduktion zu adressieren. Bei einem Blick auf die aktuelle politische Landschaft und Diskurse wird deutlich, dass Sexismus eng mit anderen Diskriminierungsformen wie Rassismus verwoben ist. Diese Unterdrückungsformen stellen letztendlich die Klassenfrage: Wer sitzt in den Chef*innenetagen, wer darf publizieren und wer ist ökonomisch und politisch hierarchisiert. Erst wenn wir die politischen und damit natürlich in sich verwobenen Kapitalinteressen der dominierenden Medienhäuser thematisieren, können wir gemeinsam mit Journalist*innen auch einen Wandel in der Berichterstattung erkämpfen.

Medien sind Teil und Lösung des Problems: Sie tragen einen Großteil zur Meinungsbildung bei und müssen entsprechend verantwortungsbewusst berichten. Dazu gehört auch, systemische Gewalt gegen Frauen in der Berichterstattung entsprechend einzuordnen. Nur wenn sie das tun und die Gewalt nicht verharmlosen, sondern als das benennen, was sie ist, können sie Verbündete sein. •

1 Bundeskriminalamt, Partnerschaftsgewalt: Kriminalstatistische Auswertung – Berichtsjahr 2020.



v.l.n.r.: Thomas Walter, Bernd Heidbreder und Peter Krauth im April 2019 in ihrem venezolanischen Exil.

Foto: bringtheboysbackhome.org

REPRESSION

Venezuela: Politisches Asyl für Beschuldigte im K.O.M.I.T.E.E.-Verfahren

Am 2. Dezember 2021 wurde der Asylantrag der beiden Beschuldigten im K.O.M.I.T.E.E.-Verfahren Peter Krauth und Thomas Walter durch die venezolanische Flüchtlingskommission „Conare" positiv beschieden. Durch diese Anerkennung als politische Flüchtlinge haben Peter und Thomas nun, nach 27 Jahren Strafverfolgung durch die deutsche Bundesanwaltschaft, Anspruch auf ein unbegrenztes Bleiberecht in Venezuela. Mit Ausweispapieren können sie von nun an wieder ein halbwegs normales Leben führen, ohne jederzeit mit einer Verhaftung oder Auslieferung nach Deutschland rechnen zu müssen. Für den dritten Beschuldigten im Verfahren, Bernd Heidbreder, kam diese Entscheidung leider zu spät. Bernd ist am 28. Mai 2021 in Mérida, Venezuela, an einer Krebserkrankung gestorben. Aufgrund eines internationalen Haftbefehls war Bernd im Juli 2014 in Mérida, Venezuela festgenommen worden und saß danach für acht Monate in Caracas in Abschiebehaft, bis sich das zuständige Gericht am 23. Oktober 2015 gegen seine Auslieferung entschied. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, dass die ihm vorgeworfenen Straftaten in Venezuela verjährt sind. Denn es darf nur dann ausgeliefert werden, wenn die vorgeworfenen Straftaten in beiden Ländern (das die Auslieferung beantragende und das ausliefernde Land) strafbar und verfolgbar sind. Dennoch wurde Bernd nicht entlassen, sondern saß noch mehrere Monate ohne rechtliche Grundlage im Gefängnis. In dieser Zeit stellte er als erster der drei Beschuldigten einen Asylantrag (vgl. AIB 110 / 1.2016)[1].

Rücknahme „Red Flag" durch Interpol

Vorausgegangen war der Entscheidung der Flüchtlingskommission „Conare" die Rücknahme der internationalen Roten Ausschreibung („Red Flag") durch Interpol. Die „Commission for the Control of Files" (CCF) von Interpol hatte der Beschwerde des Rechtsanwalts von Thomas Walter im Februar 2021 überraschend stattgegeben. „Dass ausgerechnet eine von Deutschland veranlasste Fahndung gelöscht wird ist angesichts der Tatsache, dass Interpol aktuell durch einen deutschen Polizeibeamten geführt wird, umso überraschender. Die CCF räumt mit dieser Entscheidung ein, dass die internationale Fahndung gegen die drei Beschuldigten seit Jahren unrechtmäßig war.", erklärt die Rote Hilfe in einer Stellungnahme dazu.[2] Die Rote Ausschreibung gegen Thomas Walter wurde daraufhin zurückgenommen. Als Begründung wurde sein laufendes Asyl-Verfahren in Venezuela angeführt. Der Haftbefehl des Bundesgerichtshofes

war damit zwar nicht aufgehoben, aber die Fahndung außerhalb Europas musste eingestellt werden. Erst im November 2019 war Peter Krauth auf dem Weg nach Caracas festgenommen worden. Grundlage war auch hier eine Rote Ausschreibung, der Haftbefehl gegen ihn war von der Bundesanwaltschaft noch im August 2019 erneuert worden. Peter wurde für vier Monate unter unmenschlichen Bedingungen im Interpol-Büro in Caracas gefangen gehalten, bis der Oberste Gerichtshof Venezuelas im März 2020 schließlich seine Freilassung anordnete. Im Jahr 2017 hatten auch Peter und Thomas einen Antrag auf politisches Asyl in Venezuela gestellt.

Politisch motivierte Strafverfolgung

Für die Beschuldigten im K.O.M.I.T.E.E.-Verfahren zeigen der neuste Beschluss der Flüchtlingskommission „Conare" und die Aufhebung der „Red Flag" von Interpol wieder einmal mehr, dass ihrer jahrzehntelangen Verfolgung durch die deutsche Bundesanwaltschaft (BAW) politische Motive zugrunde liegen. Die Bundesanwaltschaft hatte Peter, Bernd und Thomas vorgeworfen, Mitglieder in einer terroristischen Vereinigung namens K.O.M.I.T.E.E. gewesen zu sein, die 1994 einen Brandanschlag auf das Kreiswehrersatzamt in Bad Freienwalde verübt und im April 1995 einen Sprengstoffanschlag auf das damals im Bau befindliche Abschiebegefängnis in Berlin-Grünau geplant haben soll. Nach den in Deutschland geltenden Verjährungsfristen hätte das K.O.M.I.T.E.E.-Verfahren inzwischen längst eingestellt werden müssen. Um das zu verhindern, hatte sich die Bundesanwaltschaft im Jahr 2016 eine ganz besondere juristische Spitzfindigkeit einfallen lassen: Da alle Vorwürfe inklusive der Vorbereitung eines Sprengstoffdelikts bereits verjährt waren, sollte nunmehr die bloße „Verabredung zu einem Sprengstoffverbrechen" auf die Baustelle des Abschiebegefängnisses für eine weitere Strafverfolgung ausreichen. Dadurch verlängert sich im Nachhinein die Verjährungsfrist auf 40 Jahre, was zu dem absurden Ergebnis führt, dass die bloße Verabredung zu einem Sprengstoffdelikt am Ende höher bestraft wird, als die tatsächliche Vorbereitung desselben Delikts (vgl. AIB Nr. 110 / 1.2016). Beschwerden dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wurden nicht angenommen. Für die Beschuldigten steht fest, dass diese absurde Auslegung von Paragraphen lediglich den persönlichen Rachegelüsten rechtslastiger Ermittlungsbehörden dient. Sie fordern, dass das Verfahren gegen sie endlich eingestellt werden muss.

Lange aber mutige Entscheidung

Für ihre jüngste Entscheidung um politisches Asyl hatte sich die venezolanische Flüchtlingskommission „Conare" sehr viel Zeit gelassen. Gesetzlich vorgeschrieben ist eine Bearbeitungszeit von maximal 90 Tagen, gebraucht hat sie dafür insgesamt fünf Jahre. Trotz dieser langen Verschleppung drücken Thomas Walter und Peter Krauth in einer schriftlichen Erklärung ihren Respekt für diese Entscheidung aus: „Wir kennen deren Motive nicht, aber in einem internationalen Kontext, in dem die extraterritoriale Ausübung von Justiz durch die NATO-Staaten immer mehr zum Standard wird, ist die Entscheidung, uns vor politischer Verfolgung durch eines der reichsten Länder der Welt zu schützen, nichts weniger als mutig. Nach unserem Wissensstand sind wir beide derzeit die einzigen Linken weltweit, die Asyl vor der Verfolgung durch die deutsche Justiz erhalten."[3]

„Bring the boys back home"

Weil die Verjährungsfrist der vorgeworfenen Straftat („Verabredung zu einem Verbrechen") erst im Jahr 2035 enden wird, gründete sich 2020 die Kampagne „Exit – bring the boys back home", die sich wegen der Unverhältnismäßigkeit des Tatvorwurfs und der jahrzehntelangen Verfolgungsdauer für die Einstellung des Ermittlungsverfahrens und die Aufhebung der Haftbefehle gegen die drei Beschuldigten einsetzte. Ziel der Kampagne war es, eine größere öffentliche Wahrnehmung für den Fall sowie die größtmögliche Aufmerksamkeit für die Anliegen der drei Beschuldigten zu erreichen und die thematischen Bereiche Exil und Flucht mehr in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Im Rahmen der Kampagne entstand der Dokumentarfilm „Gegen den Strom – Abgetaucht in Venezuela", der seit Sommer 2020 in den deutschen Kinos lief und das Musikprojekt „Générations sans frontières" (Generationen ohne Grenzen) von Mal Élevé (ehem. Irie Revoltés) und Niko (aka Thomas Walter). Den Abschluss der Kampagne bildete eine Petition von Künstler_innen und Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben am Jahrestag der Flucht am 11. April 2021, mit dem erklärten Ziel, die gesellschaftliche und politische Wiedereinbindung der beschuldigten Aktivisten zu ermöglichen.

„Setzt euch ein für das Bleiberecht aller!"

Ihre Erklärung zur Asylentscheidung beenden die beiden überlebenden Aktivisten im K.O.M.I.T.E.E.-Verfahren mit einem Appell: „Man kann es auch als ein Stückchen historische Gerechtigkeit sehen, dass gerade wir, die wir in den neunziger Jahren für das Recht auf Asyl für Flüchtige aus dem Trikont gekämpft haben, jetzt selbst im Trikont in die Gunst dieses Rechts kommen. Wir wissen das zu schätzen. Und als Betroffene, die über Jahrzehnte die Rechtslosigkeit und ständige Unsicherheit erlebt haben, die die Sans Papiers überall auf der Welt täglich erleiden, wollen wir die Bekanntgabe unserer eigenen erreichten Sicherheit für einen leidenschaftlichen Appell nutzen an alle, die das Privileg haben, innerhalb der Festung Europa zu leben: Setzt euch ein für die, die vor tyrannischen Regierungen welcher Couleur auch immer, vor Verfolgung wegen ihrer Andersartigkeit oder schlicht vor nicht aushaltbaren Zuständen fliehen und bei euch Schutz suchen! Vergesst nie, dass der europäische Wohlstand zu einem guten Teil auf der Misere anderer Weltregionen beruht. Macht euch stark für die Schwachen! Setzt euch ein für das Bleiberecht aller!" •

1 www.antifainfoblatt.de/artikel/%C3%BCber-19-monate-haft-und-kein-ende-absehbar-0 **2** www.rote-hilfe.de/news /bundesvorstand/1117-rote-hilfe-begruesst-ende-der-internationalen-fahndung-erfolgreiche-beschwerde-gegen-rote-ausschreibung-im-k-o-m-i-t-e-e-verfahren **3** www.ende-aus.net/2022/01/27/venezuela-erkennt-uns- als-politische-fluechtlinge-an

USA

Prozess gegen White Supremacists in Charlottesville

Eine Zivilklage gegen 24 Organisatoren einer Neonazi-Kundgebung in der Stadt Charlottesville im Bundesstaat Virginia endete im November 2021 erfolgreich. Den Kläger_innen wurden mehr als 25 Millionen Dollar Schadensersatz zugesprochen. Am 12. August 2017 hatte der Neonazi James Alex Fields Jr. im Anschluss an die Kundgebung in Charlottesville sein Auto gezielt in eine antifaschistische Gegendemonstration gelenkt, dabei die 32-jährige Heather Heyer getötet und mindestens 19 weitere Menschen verletzt. (vgl. AIB Nr. 116 / 3.2017). Die Klage vor dem Bezirksgericht in Charlottesville wurde von vier Männern und fünf Frauen eingereicht, darunter vier Personen, die bei dem Angriff durch das Auto verletzt wurden. Die Kläger_innen, zu deren Verletzungen Gehirnerschütterungen und ein zerschmettertes Bein gehörten, sagten im Prozess aus, sie litten noch heute unter posttraumatischen Belastungsstörungen, Schlaflosigkeit, mangelnder Konzentrationsfähigkeit, Flashbacks und Panikattacken. Präsident Donald Trump hatte zu dem Fall öffentlich verkündet, es habe auf beiden Seiten der Proteste „sehr gute Menschen" gegeben.

Klage und Urteil

Die Bürgerrechtsgruppe „Integrity First for America", die das Anwaltsteam der Kläger_innen bei der Prozessvorbereitung unterstützte, fasste das Klageziel mit den Worten zusammen, es sollten damit weiße Rassisten und Antisemiten entlarvt und in den Ruin getrieben werden. Bei den Beklagten handelte es sich um 24 Mitglieder der extremen Rechten und deren Organisationen. Zu ihnen gehörten Andrew Anglin, Herausgeber der Publikation „The Daily Stormer", Jason Kessler, der die Kundgebung organisiert hatte und Richard Spencer, der einst als Anführer der „Alt-Right"-Bewegung galt. Daneben die Organisationen „Identity Evropa", „Loyal White Knights of the Ku Klux Klan" und die „NSF".

Die Klage, die sowohl Strafzahlungen als auch Entschädigungen forderte, wurde von einer Geschworenen-Jury entschieden. Diese hatten zu beurteilen, ob die Organisatoren der extrem rechten Kundgebung in Charlottesville an einer rassistisch motivierten gewalttätigen Verschwörung beteiligt gewesen waren, was nach einem Bundesgesetz aus dem Jahr 1871 juristisch verfolgbar ist. Das sogenannte Ku-Klux-Klan-Gesetz war verabschiedet worden, um gegen rassistische Gruppierungen vorgehen zu können, die nach dem Bürgerkrieg in den USA Selbstjustiz üben und den frisch befreiten Sklaven ihre Bürgerrechte verwehren wollten. Das Gesetz wurde seitdem nur selten angewendet. In den Jahren 2020 und 2021 wurde auf dessen Grundlage der ehemalige Präsident Donald Trump, sein Anwalt Rudy Giuliani, die „Proud Boys" und die „Oath Keepers" verklagt, wegen Versuchen, schwarzen Wähler_innen das Wahlrecht zu entziehen und die Bestätigung der Präsidentschaftswahlen 2016 zu untergraben.

Im November 2021 verurteilte die Jury die Hauptorganisatoren der tödlichen Kundgebung in Charlottesville und sprach den Kläger_innen mehr als 25 Millionen Dollar Schadenersatz zu. Bei zwei Anklagen wegen Verschwörung auf Bundesebene kamen die Geschworenen jedoch zu keinem Ergebnis. Die Beklagten – eine Mischung aus weißen Nationalisten, Neonazis und Sympathisanten der Konföderierten – wurden nach dem Recht des Bundesstaates Virginia für schuldig befunden, an einer Verschwörung beteiligt gewesen zu sein, die zu den Verletzungen der Gegendemonstrant_innen während der Kundgebung geführt hatte. Die höchsten Summen wurden als Strafschadensersatz zugesprochen: Zwölf Beklagte wurden zur Zahlung von jeweils 500.000 Dollar verurteilt, während fünf weiße nationalistische Organisationen mit jeweils einer Million Dollar belegt wurden. Die Strafschadensersatzbeträge sollen gleichmäßig unter den Kläger_innen aufgeteilt werden. James Alex Fields Jr., der wegen des Mordes an Heather Heyer bereits eine mehrfach lebenslängliche Haftstrafe verbüßt, wurde zu zwölf Millionen Dollar Strafschadenersatz verurteilt sowie zu Hunderttausenden Dollar für die medizinischen Kosten der durch ihn verletzten Gegendemonstrant_innen.

Laut Urteil war für die Begründung einer Verschwörung nicht erforderlich, dass sich alle Beteiligten persönlich kannten, gemeinsam eine Vereinbarung getroffen oder die Gewalt selbst verursacht hatten. Entscheidend sei vielmehr, dass alle ein gemeinsames Ziel verfolgten und die Gewalttaten hätten vorhersehen können. Das konnten die Anwält_innen der Kläger_innen im Prozess beweisen und brachten Auto-Attentäter Fields mit „Vanguard America", mit denen er in Charlottesville marschiert war, sowie mit allen anderen angeklagten Organisationen und ihren Führungspersonen in Verbindung. Der Prozess dauerte drei Wochen und es wurden 36 Zeugen befragt. Die Beklagten hatten bereits nach eineinhalb Tagen ihre Verteidigung abgeschlossen, nachdem sie die folgenden vier Argumente vorgebracht



Foto Prosecution evidence

Dieses Foto diente als Beweismittel der Anklage und zeigt, James Alex Fields (rechts) mit einem Schild wärend der nationalistischen Versammlung in Charlottesville am 12. August 2017.

hatten: Ihre Ansichten seien vom 1. Zusatzartikel zur Verfassung, der Rede-und Versammlungsfreiheit gedeckt, auch wenn diese von anderen missbilligt würden. Außerdem hätten sie in Selbstverteidigung gehandelt. Die Polizei sei schuld, weil sie die gegnerischen Seiten nicht auseinandergehalten habe. Und niemand habe vorhersehen können, was Fields tun würde, weil keiner ihn kannte. Die Anwält_innen der Kläger_innen legten den Geschworenen Dutzende von Textnachrichten, Chatroom-Mitteilungen und Social-Media-Postings der Hauptplaner der Kundgebung vor, die diese Argumente widerlegten. Viele enthielten rassistische Bemerkungen, in anderen war die Rede davon, den Gegendemonstrant_innen die „Schädel zu brechen". In einem Online-Interview bezeichnete der Präsident der „League of the South" Michael Hill, der einen weißen Ethnostaat errichten will, den Gerichtssaal als „Frontlinie" in diesem Kampf. Während seiner Aussage wurde Hill gebeten, einen Teil eines Gelöbnisses zu verlesen, das er ins Internet gestellt hatte: „Ich gelobe, ein weißer Rassist, Antisemit, Homophober, Fremdenfeind, Islamophobe und jede andere Art von Phobie zu sein, die meinem Volk nützt, so wahr mir Gott helfe", trug er den Geschworenen mit Begeisterung im Saal vor. Und fügte hinzu: „Ich vertrete diese Ansichten immer noch". In neonazistischen Kreisen waren die Gewalttaten euphorisch gefeiert worden. So ließ Matt Parrott von der „Traditionalistische Arbeiterpartei" verlauten: „Charlottesville war ein großartiger Sieg. Die Alt-Right ist keine erbärmliche und gesichtslose Internet-Modeerscheinung, sondern eine furchterregende Kraft, die auf der Straße kämpft."

Nach der Urteilsverkündung erklärten die Anwälte der extrem rechten Organisatoren, sie würden versuchen, die Beträge zu reduzieren, und es gäbe kaum Chancen, dass ihre Mandanten in allen Fällen zahlen könnten. Die Anwält_innen der Gegendemonstrant_innen erklärten, sie würden eine Wiederaufnahme des Verfahrens wegen Verschwörung auf Bundesebene in Betracht ziehen. Auch hofften sie, dass das Urteil Abschreckungswirkung entfalten werde.

Rolle der „Alt-Right"

Die Kundgebung in Charlottesville war als Protest gegen die Entfernung des Konföderiertendenkmals des Südstaaten-Generals Robert E. Lee angemeldet worden. Das eigentliche Ziel war jedoch, den offen rassistischen und weiß-nationalistischen Flügel der „Alt Right"- Bewegung an die Spitze eines landesweiten Aufmarsches zu setzen und die extreme Rechte in den nationalen Mainstream zu bringen. Darin ist die „Alt-Right" weitgehend gescheitert. Einige Neonazis wurden verhaftet, die „Traditionalist Worker Party" löste sich auf. Die Identitäten der Teilnehmenden des Fackelmarsches wurden von antirassistischen und antifaschistischen Aktivist_innen veröffentlicht und einige verloren ihren Arbeitsplatz. „Identity Evropa" war gezwungen, sich in „American Identity Movement" umzubenennen.

Aber die Ereignisse in Charlottesville als Fehlschlag abzutun, wäre ein Fehler. Denn diese haben das Streben der „Alt Right" nach politischer Akzeptanz und ihren Hunger nach politischer Gewalt offengelegt und markierten eine Reorganisation der Bewegung. Auch wenn die Kundgebung in den Medien überwiegend verurteilt wurde, als Mittel zur Radikalisierung war sie ein Erfolg. Wenn die Ereignisse in Charlottesville die „Rechte" nicht vereinen konnten, zeigt die Mischung aus „Proud Boys", „Oath Keepers" und anderen extrem rechten Gruppen mit der großen Menge an Trump-AnhängerInnen beim Sturm aufs Kapitol, wie gut sich die gewalttätige Rechte in die breitere Pro-Trump-Rechte integrieren konnte. Charlottesville markierte tatsächlich das Ende der „Alt-Right", wie sie einst verstanden wurde. Die Organisierung um Charlottesville war kein statischer Moment, der einen Anfang oder ein Ende markiert, sondern sollte als ein Moment in einem Prozess der politischen Verhandlung und Radikalisierung verstanden werden. •

Vgl. A Field Guide to White Supremacy by Kathleen Belew / Ramón A. Gutiérrez, Section IV, 17.
The Alt-Right in Charlottesville: How an Online Movement Became a Real-World Presence, Nicole Hemmer.

Antifaschistin bei Demonstration in Portland ermordet

VERONIKA KRACHER
ERSCHIENEN BEI BELLTOWER.NEWS[1], GEKÜRZT UND REDIGIERT VOM AIB


Screenshot Twitter
June Knightly

In der Nacht auf den 20. Februar 2022 eröffnete ein Mann das Feuer auf eine antifaschistische Demonstration in Portland. Dabei wurde eine Frau getötet und fünf weitere Menschen verletzt. Die Aktivistin June Knightly wurde 60 Jahre alt. Ihre politischen Kämpfe begannen in der LGBTQ-Bewegung, in letzten Jahren engagierte sie sich bei „Black Lives Matter"-Protesten. Bei den Veranstaltungen übernahm sie das sog. „Corking" - das Umleiten des Autoverkehrs weg von der Demonstration, um die Demonstrant_innen zu schützen. In der Nacht ihres Todes ging sie mit anderen Frauen genau dieser Aufgabe nach. Bei der Veranstaltung handelte es sich um eine Gedenkdemonstration in Erinnerung an den jungen Afroamerikaner Amir Locke, der von Polizeibeamt_innen in seiner eigenen Wohnung getötet wurde.

In einer Pressemitteilung erklärte die Polizei von Portland, es hätte sich um eine „Konfrontation zwischen einem bewaffneten Hausbesitzer und bewaffneten Protestierenden" gehandelt. Antifaschist_innen kritisieren dies als verkürzte Darstellung und Entpolitisierung der Tat.

Laut einer Augenzeugin kam der Täter auf die Frauengruppe zu und beschimpfte diese misogyn. „Wir waren unbewaffnet und haben aktiv versucht, zu deeskalieren und ihn zum Gehen zu bewegen. Er war von uns nicht bedroht. Er ging auf uns zu, schrie über Demonstrierende in seiner Nachbarschaft und eröffnete innerhalb von 90 Sekunden das Feuer." Die Betroffene sagte, sie sei an Knie und Arm getroffen worden, eine andere Ordnerin in den Bauch und die Brust, eine dritte ins Bein. Knightly, die vermutlich aufgrund ihrer Gehbehinderung langsamer fliehen konnte, wurde mit mehreren Schüssen ermordet. Die Augenzeugin gab an, die Tat gefilmt zu haben. Das Material wird von der Polizei ausgewertet.

Laut antifaschistischer Recherchen hat sich der 44-jährige Mann in den letzten Jahren zunehmend politisch rechts radikalisiert. Unterstützt wurden die Recherchen von antifaschistischen Mitgliedern der Furry-Community, welcher der mutmaßliche Täter angehörte. Anhänger_innen dieser Subkultur verkleiden sich als anthropomorphe Tiere. Innerhalb der Szene gibt es teilweise heftige Auseinandersetzungen über sogenannte „Nazifurs", also Furries, die sich der extremen Rechten zugehörig fühlen. Unter dem Usernamen „PolyBun"[2] hatte er auf einem Furry-Chatserver antisemitische Aussagen getätigt und positive Bezugnahmen zu den neofaschistischen „Proud Boys" und Kyle Rittenhouse geäußert.

Die Journalistin Chad Loder teilte auf Twitter Screenshots aus Chats des Mannes, in denen er über den Mord an Antifaschist_innen fantasiert. Daneben hatte er den YouTube-Kanal des extrem rechten Trolls Andy Ngo abonniert. Ngo hatte in den letzten Monaten häufiger antifaschistische Gruppierungen in Portland diffamiert, vor der Demonstration in Portland Falschinformationen gepostet und die Demonstrierenden als Extremist_innen bezeichnet, die eine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellten. Nach dem Angriff löschte er zahlreiche Tweets, diese wurden jedoch von Aktivist_innen dokumentiert.

Die Mitbewohnerin des mutmaßlichen Täters gab dem Medienportal „Oregon Public Broadcasting" gegenüber an, dieser habe zunehmend Wut gegenüber Demonstrationen in der Stadt sowie gegenüber Obdachlosen entwickelt. Über die Jahre habe er sich immer mehr radikalisiert. Stellenweise habe sie ihn rassistische und misogyne Schimpfworte in seinem Zimmer schreien gehört. „Ich habe mich nicht mehr sicher gefühlt. Über die Pandemie ist es schlimmer geworden. Er hat die ganze Zeit darüber gesprochen, dass er Kommunist_innen und Antifas erschießen möchte. Er war nur ein trauriger, wütender Kerl..." Ein SWAT-Team stellte in der Wohnung des Mannes zahlreiche Schusswaffen sicher.

Während „Alt Right"-Sprachrohre wie Andy Ngo oder Tim Pool den Täter verteidigen und behaupten, er hätte lediglich aus „Notwehr" gehandelt, sammeln Angehörige und Freund_innen von Knightly und den Verletzten Spenden, um die Krankenhauskosten zu decken. Die antifaschistische Gruppe, die den Protest organisiert hatte, schreibt in Erinnerung an die verstorbene Freundin: „June. Ihre Lieblingsfarbe war grün. Sie war Mutter. Sie hat ihre Community geschützt und gefördert." Mitstreiter_innen haben eine Gedenkstätte für sie errichtet: „Die Trauerfeier für T-Rex ist wunderschön. Feuer brennen und wir reichen uns Snacks. Liebe und Trauer liegen in der Luft. Wir brauchen Körper, um das Trauern und das Memorial zu schützen." •

1 www.belltower.news/portland-oregon-usa-mutmasslicher-mord-an-antifaschistin-durch-rechtsextremen-128335/
2 Benjamin „Ben" Smith (alias PolyBun) wird u.a. wegen Mordes zweiten Grades und versuchten Mordes ersten Grades angeklagt. Smith wurde bei dem Vorfall ebenfalls angeschossen.

Kyle Rittenhouse – Posterboy rechter Milizen

SPENCER SUNSHINE

Seit 2020 wurden in den USA dutzende Menschen bei Demonstrationen der Black-Lives-Matters (BLM) Bewegung, die sich gegen rassistische Morde der Polizei richteten, umgebracht. Der weiße Kyle Rittenhouse, der bei einer der Demos zwei Menschen tötete, später aber in einem Prozess freigesprochen wurde, ist zum Symbol für diese Morde geworden – und für ihre Folgenlosigkeit.

2014, nachdem die Polizei einen schwarzen Teenager in Ferguson, Missouri ermordete, begann die erste Protestwelle der BLM Bewegung, die nach ein paar Jahren aber wieder abebbte. Die zweite Welle, die bis heute anhält, begann im Mai 2020, nachdem gefilmt wurde, wie der schwarze George Floyd von einem weißen Polizeibeamten zu Tode gewürgt wurde. Eine spontane, landesweite Protestwelle – die anfangs so heftig war, dass sie einer revolutionären Situation glich – brach aus und gewann eine breite Unterstützung in der Bevölkerung.

Drei Monate nach Floyds Tod entstanden Filmaufnahmen, die zeigten, wie dem schwarze Jacob Blake in der Kleinstadt Kenosha, Wisconsin von einem weißen Polizisten mehrfach in den Rücken geschossen wurde. Es folgten neuerliche BLM-Proteste. Von da an begannen bewaffnete rechte Gruppen zu den Demonstration zu kommen, um die Protestierenden einzuschüchtern (in einigen Situationen waren die BLM-Aktivisten ebenfalls bewaffnet). In Kenosha rief eine rechte Miliz dazu auf, sie bei ihrem Vorgehen gegen eine BLM Demo zu unterstützen. Zu jenen, die dem Aufruf folgten, gehörte der 17-jährige Kyle Rittenhouse.

Rittenhouse reiste mit einem Gewehr aus einem anderen Bundesstaat zu der Demonstration (das Überschreiten der Staatsgrenzen, um eine Straftat zu begehen, bedeutet, dass man nach Bundesgesetzen angeklagt werden kann, die oft strenger sind als die Gesetze der einzelnen Staaten). Bei der Demo geriet Rittenhouse mit den Protestierenden aneinander und töte einen der Aktivisten. Bei seiner Flucht verfolgten ihn weitere Aktivisten, woraufhin er noch zwei von ihnen umbrachte. Auf einem Video ist zu sehen, wie er sich danach einer Polizeikette nähert und durch sie geht, ohne festgenommen zu werden.

Die Empörung über den Vorfall ist wenig überraschend, genauso wenig wie die symbolische Bedeutung die er in der Reihe rechter Gewalt und Einschüchterungen gegen BLM-Proteste einnimmt. Dies wurde noch verstärkt, als Rittenhouse, während er auf seinen Prozess wartete, in einer Bar mit Mitgliedern der „Proud Boys", einer gewalttätigen rechten Gruppe, fotografiert wurde (das Mindestalter für den Alkoholkonsum liegt in den Vereinigten Staaten bei 21 Jahren, was bedeutet, dass selbst das Trinken in der Bar für Rittenhouse illegal war – ganz zu schweigen davon, dass er auf Kaution freigelassen wurde).

Durch die mediale Berichterstattung über Rittenhouses Prozess im November 2021 wurden die fast schon karikaturhaften Vorurteile des rechten Richters sehr deutlich. So entschied der Richter beispielsweise, dass die von Rittenhouse Ermordeten nicht als „Opfer" bezeichnet werden durften, sondern als „Plünderer". Da überrascht es nicht, dass Rittenhouse freigesprochen wurde – es folgten wieder landesweite BLM-Proteste.

Rittenhouse ist damit zu einem Aushängeschild für den Fakt geworden, dass Weiße und Rechte ihre Gegner ungestraft ermorden können – ein Bild, über das sich sowohl die Linke als auch die Rechte einig sind. Letztere machten ihn zu ihrem Held. Der ehemalige Präsident Donald Trump nannte den Prozess „eine Hexenjagd der radikalen Linken" und sagte, es sei „eine großartige Nachricht für Kyle Rittenhouse, von dessen Unschuld wir die ganze Zeit wussten. .... Und übrigens, wenn das keine Selbstverteidigung ist, dann ist es gar nichts!" Drei Kongressabgeordnete boten Rittenhouse außerdem ein Praktikum in ihren Büros an.


Kyle Rittenhouse

Viele Linke befürchteten, dass das Urteil die extreme Rechte zu weiteren Morden ermutigen würde und es wird sicherlich keine positiven Auswirkungen haben. Es ist aber unklar, ob durch seinen Fall die Zahl der rechten Morde in den USA gestiegen ist, vor allem, wenn man bedenkt, dass sie stetig zunehmen – allein in den letzten drei Jahren waren es etwa 80.

In den USA ist das Justizsystem sehr uneinheitlich und die Urteile in den einzelnen Gerichtsbarkeiten können stark voneinander abweichen. Während Rittenhouse also frei kam, wurde der Polizist, der Floyd getötet hatte, Anfang 2021 des Mordes für schuldig befunden. Etwa zur gleichen Zeit, als das Urteil gegen Rittenhouse erging, wurden drei weiße Militionäre für die Ermordung von Ahmaud Arbery verurteilt, einem Schwarzen, der erschossen wurde, weil er im falschen Viertel in Georgia joggte.

Im Dezember 2021 brachte ein weißer Rassist in Denver, Colorado, fünf Menschen um, darunter zwei, über deren Ermordung er zuvor einen Text geschrieben hatte. Im Februar 2022 kam während einer Demonstration gegen Morde durch die Polizei in Portland, Oregon, ein Mann, mit Verbindungen zur extremen Rechten, aus seinem nahe gelegenen Haus und schoss auf fünf Menschen, wobei einer getötet wurde (er konnte erst gestoppt werden, als ein bewaffneter Demonstrant auf ihn schoss). Keiner dieser Vorfälle fand besondere Beachtung in den Medien.

Rittenhouse ist zu einem Symbol für die Linke und die Rechte geworden. Aber was er repräsentiert – Selbstjustiz und Angriffe auf Antirassisten, rechte Morde im Allgemeinen und die Voreingenommenheit der Justiz zugunsten der Rechten – geht weit über einen jugendlichen Mörder hinaus. •

DÄNEMARK

Goldene Türme wachsen nicht endlos...

Der tiefe Fall der Dänischen Volkspartei (DVP)

Die ersten 20 Jahre in der Geschichte der Dänischen Volkspartei sind mit einem einzigen Wort treffend beschrieben – Erfolg. Nur wenige Jahre nach der Gründung 1995 gelingt es, ein politischer Machtfaktor zu werden und sich in einer strategischen Schlüsselposition festzusetzen. Keine andere Partei wird die Politik in Dänemark in den folgenden Jahren so entscheidend prägen, wie die DVP. Bei der Parlamentswahl 2015 wird die DVP zweitstärkste Kraft und die Möglichkeiten scheinen unendlich. Niemand kann zu diesem Zeitpunkt ahnen, das die Partei nur sieben Jahre später gegen die Bedeutungslosigkeit kämpfen wird.

Neuer Spieler auf Rechtsaussen

Pia Kjærgård, Kristian Thulesen Dahl und Ole Donner gründeten die Dänische Volkspartei. Ursache für die Parteigründung ist das totale Chaos und interne Machtkämpfe in der rechtspopulistischen Fortschrittspartei (Frp), welcher alle drei angehören. Die neue Partei wird streng hierarchisch geführt, Flügelkämpfe bleiben aus, Uneinigkeiten bleiben intern und Rassismus wird das prägende politische Zugpferd sein. Die strikte Einhaltung dieser Faktoren sind die Säulen für die nächsten 20 Jahre Erfolgsgeschichte. Kjærsgård und Co gelingt es ausserdem wichtige Positionen mit fähigen Leuten zu besetzen. Tatsächlich muss anerkannt werden, das die meisten ihrer RepräsentantInnen ein sehr professionelles Verhalten an den Tag legen. Die Partei entwickelt sich schnell als ernstzunehmende Alternative von Rechts. Die Wahlerfolge, insbesonders aber die Integra-



Foto Redox

Foto Redox



tion der Partei in die politische Landschaft in Dänemark, macht sie zum Vorbild für RechtspopulistInnen aus ganz Europa.

Der endgültige politische Durchbruch gelingt nur 6 Jahre später bei der Parlamentswahl 2001. Die Stimmberechtigten katapultieren die DVP auf 12 Prozent und damit in eine äusserst günstige Verhandlungsposition. Frei von jeglichen Skrupeln macht die liberale „Venstre" Partei, die DVP zur Mehrheitsbeschafferin ihrer Regierung. Eine Traumsituation für die Rechtspopulist_Innen. Sie bekommen gewaltigen politischen Einfluss, können sich aber immer noch als „Wachhund des kleinen Mannes" präsentieren. Da sie aber keine Ministerposten inne haben, kann bei Misserfolg und unpopulären Entscheidungen die Hauptverantwortung an die Regierung durchgereicht werden.

„Venstre" ist zufrieden, denn die DVP sind ein ökonomisch günstiger Partner. Für ihre Zustimmung zu Mehrheitsbeschlüssen werden konsequent Verschärfungen in der Migrationspolitik gefordert. Die Verschärfungen bereiten wiederum den Liberalen keine unruhigen Nächte. Im Gegenteil, die Politik wird weitestgehend verteidigt und mit den Jahren langsam aber sicher in das eigene Programm integriert.

Links: Pia Kjærgård
Oben: Kristian Thulesen Dahl

10 Jahre und drei Parlamentswahlen lang funktioniert der blaue, liberale Block auf diese Weise ausgezeichnet. Die Liberalen machen sich an den Rückbau des Sozialstaates. Die DVP forciert die Etablierung einer rassistischen Grundhaltung im dänischen Parlament. Mit Erfolg. Nahezu alle Parteien springen auf die eine oder andere Weise auf den Zug auf und die Stimmung wird zunehmend feindseliger.

10 Jahre ökonomisch liberale Politik sorgen aber auch dafür, dass soziale Fragen wieder mehr Platz in der öffentlichen Debatte einnehmen. Ein zunehmendes Problem für die Rechtspopulisten. Der offensichtliche Widerspruch von sozialem Profil und die Unterstützung der liberalen Politik des blauen Blocks, sorgt erstmals für etwas politischen Gegenwind.

Bei der Parlamentswahl 2011 ist dann auch erstmals in der Geschichte der Partei ein (leichter) Rückgang in der Wähler_innengunst zu verzeichnen. Ein Jahr später tritt Parteigründerin und Galionsfigur Pia Kjærsgård vom Vorsitz der Partei zurück. Sie macht Platz für Kristian Thulesen Dahl, der ebenfalls an der Parteigründung beteiligt war. Thulesen Dahl sieht die aufbrechenden Widersprüche und leitet einen vorsichtigen Kurswechsel ein. Anfangs mit grossem Erfolg. Die Parlamentswahl 2015 wird mit einem Ergebnis von 21,1 Prozent der abgegebenen Stimmen abgeschlossen.

Von Links eingeholt, von Rechts überholt

Was niemand ahnt: Der Moment des grössten Erfolges ist zeitgleich der Anfang vom Ende. Einige schwere taktische Fehler läuten den Niedergang ein. Die Wahl 2015 macht die DVP zur zweitstärksten Kraft im Land. Trotz alledem weigern sie sich, sich direkt an der Regierung zu beteiligen. Die für RechtspopulistInnen bequeme Position als Mehrheitsbeschafferin, wollen Sie nicht aufgeben. Enormen Einfluss haben, mit Kritik um sich werfen zu können aber nie richtig in der Verantwortung zu stehen, ist zu verlockend. Der günstigen Position zum Trotz, ist diese Entscheidung sehr unbeliebt und verprellt neu hinzugewonnene Wähler_innen. Dieser Schritt ist ein schwerer Fehler, wie Thulesen Dahl bei seiner letzten Rede im Januar 2022 einräumt.

Für den nächsten grossen Verlust in der Beliebtheitsskala sorgt der EU-Politiker und eigentliche Star der Partei, Morten Messerschmidt. Wenige Monate nach der Superwahl 2015 wird er beschuldigt mit EU-Geldern geschwindelt zu haben. Imagemässig ein Super-Gau, der gerichtlich bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Die erklärte Anti-EU- und Law-and-Order-Partei wählt die Strategie des Mauerns und Aussitzens anstatt sich den Ermittlungen zu öffnen und Zusammenarbeit zu demonstrieren. Eine Strategie, welche den ohnehin schon immensen Schaden um ein Vielfaches vergrössert.

Politisch werden weitere grundlegende Fehler begangen. Fehler die auf strategischen Fehleinschätzungen fußen und im Endeffekt verantwortlich für die gegenwärtige Krise sind. Die zaghafte Entfernung von den nationalkonservativen Werten, die Aufkündigung der automatischen Blockzugehörigkeit und der Aufbau eines ökonomisch sozialen Profils, verprellt viele alteingessene Stammwähler_innen.

Schwerwiegender wirkt sich die Annäherung an die Sozialdemokratie und die leichte Abschwächung der ansonsten sehr radikalen Asyl- und Integrationspolitik aus. Das Ziel ist die Etablierung als soziale

Partei mit strammer Integrationspolitik. Stramm aber nicht zu aggressiv. Radikalere Forderungen werden hinten angestellt, um potentielle Wähler_Innen der Mitte nicht abzuschrecken. Der Plan geht jedoch nach hinten los. Viele Kernwähler_Innen sehen diesen Schritt als politischen Linksruck und wenden sich frustriert ab. Das Erreichen neuer Wähler_innenkreise gestaltet sich nicht wie geplant. Die Sozialdemokratie erkennt die Zeichen der Zeit ganz einfach früher als die DVP. Schon 2008 heuert Sie einen Marketinganalysten an, der nur eine Aufgabe hat: ehemalige sozialdemokratische Wähler_innen aufzuspüren, welche jetzt ihr Kreuz bei der DVP machen. Systematisch werden die Gründe für ihren Parteiwechsel herausgearbeitet.[1] Die neue Strategie wird nach diesen Ergebnissen ausgerichtet. Ganz bewusst wird sich für eine radikale Linie in der Ausländer_innenpolitik entschieden. Die Sozialdemokratie schreitet der DVP quasi entgegen. Dieser Schritt, verbunden mit einem sozialen Profil in ausgewählten Bereichen, stellt die neue sozialdemokratische Richtung dar. Der Kurswechsel ist offensichtlich. Der Rechtsruck, welcher sich auch bei der Sozialdemokratie unter den liberalen Regierungen entwickelt, wirkt trotzalledem oft auch widersprüchlich und halbherzig. Diese Zeiten sind endgültig vorbei. Eine extrem harte Asyl- und Integrationspolitik gehört mittlerweile zur DNA der Partei. Die Sozialdemokraten haben sich der DVP genähert, bevor diese es ihnen gleich tun konnten. Die DVP hat diese Entwicklung nicht kommen sehen. Die Langzeitfolgen sind verheerend. Der angepeilte Platz als ökonomische und gemässigt soziale Partei mit rassistischem Profil ist plötzlich von der Sozialdemokratie belegt.

Es kommt aber noch dicker. 2015 erscheint ein neuer Mitstreiter am rechten Rand. Die „Neuen Bürgerlichen" (NB) werden gegründet. Von Anfang an stellen die NB die Vormachtsstellung der DVP in der Ausländer_innenpolitik in Frage. Durch extrem rechte Rhetorik und Politik wird enormer Druck auf die DVP ausgeübt. Plötzlich werden sie auf dem Gebiet herausgefordert, welches 20 Jahre der eindeutige Garant für ihren Erfolg war. Egal in welcher Situation, egal zu welchem Thema. Um von einem anderen Thema abzulenken oder weil es die tragende politische Säule der Partei ist. Verschärfungen in diesem Gebiet kommen in Dänemark immer gut an und sind fester Bestandteil ihrer politischen Strategie. Verschärfungen verlieren aber ihre Durchschlagskraft, wenn von den NB konsequent noch weitergehende Forderungen die Tageszeitungen füllen. Eine jahrelang sehr wirksame Herangehensweise der DVP verpufft damit zusehends wirkungslos. Die Katastrophe für die DVP ist vollkommen.

Der soziale Fokus geht schief, der Alleinanspruch auf die Asyl- und Integrationsfrage ist Vergangenheit. Auf der einen Seite politische Orientierungslosigkeit, ohne den erhofften, großen Zufluss an neuen Wähler_innen. Auf der anderen Seite der Verlust des Kernthemas an noch radikalere Konkurrenz, welche auch noch viele der nationalkonservativen und rabiateren Wähler_innen mit sich nimmt.

Endgültiger Bruch

Diese neue und ungewohnte Situation bekommt die Partei nicht mehr in den Griff. Bei den folgenden Wahlen geraten sie von einer Wahlschlappe in die nächste. Der Tiefpunkt wird bei der landesweiten Kommunalwahl 2021 erreicht. Die DVP verliert in allen 98 Kommunen Sitze und endet bei katastrophalen 4,1 Prozent.

Der Rücktritt von Thulesen Dahl vom Parteivorsitz ist die logische Folge. Die Hoffnung ruht auf einem Neustart und politischem Comeback ab 2022. Dass dies aber nicht so einfach wird, zeichnet sich früh ab. Wieder fällt der Partei der verpasste Aufbau einer jungen politischen Generation auf die Füsse. Es gibt einfach keine offensichtliche Nachfolge. Völlig desperat wird darauf gesetzt, das die stramm rechte, wegen Hinterziehung verurteilte, aber extrem beliebte ehemalige Innenministerin, Inger Støjberg, in die Partei eintreten und den Vorsitz übernehmen wird. Støjberg lehnt jedoch ab und das Chaos ist komplett. Die Frage nach dem neuen Parteivorsitzenden sorgt für eine nie da gewesene Schlammschlacht in der Öffentlichkeit

Die ausserordentliche Hauptversammlung stimmt dann im Januar 2022 für Morten Messerschmidt als neuen Vorsitzenden. Unmittelbar nach der Wahl verzeichnet die Partei über 1.000 neue Mitglieder und ein vorsichtiger, innerparteilicher Optimismus macht sich bemerkbar. Messerschmidt ist aber in keinster Weise ein unbelasteter Kandidat und der Burgfrieden hält nur wenige Wochen. Die Eskalation zwischen den Flügeln erreicht ungeahnte Höhen. Führende Mitglieder der DVP-Parlamentsgruppe können sich nicht mit Messerschmidt als neuen Vorsitzenden abfinden. Die Kritik an Messerschmidt reicht von ‚unnahbar', ‚arrogant' bis ‚schlechter Führungsstil'. Ein Hauptargument ist auch der ausstehende Prozess. Messerschmidt schliesst nicht aus, dass er, trotz einer Verurteilung, Parteivorsitzender bleibt. Dass die Law-und-Order-DVP, Recht und Gesetz immer nach ihrem politischen Gusto folgend interpretiert, zeigt ihr Agieren im Prozess gegen die ehemalige Innenministerin Inger Støjberg nur allzu deutlich. Ein wegen Hinterziehung verurteilter Parteivorsitz geht dann vielen aber doch zu weit. Den Anfang macht der Parteikader Martin Henriksen. Mit harscher Kritik an Messerschmidt gibt er sein Parteibuch ab. Dann geht es Schlag auf Schlag und innerhalb weniger Wochen sind 6 weitere hochkarätige Parteimitglieder weg. Hierunter auch Parteiikone Marie Krarup. Steht bei Henriksen noch Messerschmidt unter Kritik, gerät bei den anderen Austritten Pia Kjærsgård in den Fokus der, zum Teil sehr persönlichen, Angriffe. Ein öffentliche Schlammschlacht zieht sich über mehrere Tage. Kjærsgård, konfrontiert mit der Anklage für sehr schlechte Arbeitsbedingungen verantwortlich zu sein, weist jegliche Kritik von sich[2]. Auffallend ist hier, das weder Kjærsgårds Ziehsohn Messerschmidt merkbar für sie in die Bresche springt und auch ihr langjähriger Parteigefährte und Parteimitbegründer, Kristian Thulesen Dahl die an ihr geübte Kritik durchaus nachvollziehen kann.

Sieg oder Niederlage

Wer im Niedergang der DVP auch einen Rückgang im dänischen Rechtspopulismus erhofft, wird enttäuscht werden. Die Gründe für den Absturz sind vielfältig. Eine Abkehr der dänischen Bevölkerung von ras-



Morten Messerschmidt soll mit EU-Geldern geschwindelt haben.

sistischer Politik gehört leider nicht dazu. Ganz im Gegenteil. Ein Blick auf den gesamtpolitischen Kontext im Land zeigt den durchschlagenden Erfolg der DVP. Ihre rassistische und nationalistische Wertepolitik hat sich im ganzen Land verfestigt,.bis weit in das ursprünglich als links verortete Segment hinein. Der sogenannte Rote Block, bestehend aus Sozialdemokratie, sozialistischer Volkspartei, Einheitsliste und Alternative, verfolgt in weiten Teilen eine rassistische Politik. Rasmus Stoklund, Sprecher und Hardliner der Sozialdemokratie macht deutlich, mit welchen Zynismus auf menschliche Schicksale geschaut wird. Auf die Frage, ob Syrier sicher vor politischer Verfolgung sind, wenn sie wieder dort hin abgeschoben werden, entgegnet er: „Eine Bombe kann in dein Haus fallen. Das ist aber nicht notwendigerweise etwas persönliches zwischen dir und dem Regime."[3] Eine Beschreibung aller rassistischen Gesetzesinitiativen, Vorschläge, Äusserungen und Aktionen der letzten Jahre, würde Bücher füllen. Um den rassistischen Konsens im Land deutlich zu machen, werden hier aber einige kurz skizziert. Das sogenannte Ghettogesetz wird verabschiedet. Dieses Gesetz verdoppelt automatisch die vorgesehene Strafe, wenn die betroffene Person aus einer als Ghetto klassifizierten Gegend kommt. Die Gleichheit vor dem Gesetz ist damit Geschichte in Dänemark.[4] Die Sozialdemokratie ruft 0 Prozent Asylsuchende in Dänemark als politische Losung aus[5] und zukünftig soll es in Dänemark keine Wohnviertel mehr geben, in denen mehr als 30 Prozent der Bewohner_innen Menschen aus sogenannten "Nicht westlichen Staaten" sind.[6] Dies soll unter anderem mit Zwangsumsiedlungen realisiert werden. Die Asylbearbeitung für aus Afrika kommende Geflüchtete soll nach Afrika ausgelagert werden. Ernsthafte Verhandlungen mit Ruanda sind im Gange.[7] Diese von Rassismus triefenden Initiativen kommen wohlgemerkt nicht von der DVP. Dahinter stehen Parteien der Mitte, wie die Sozialdemokratie und die Liberalen von Venstre. Eine Ausländer_innenpolitik, so rechts, dass selbst DVPlerInnen sie vor 10 Jahren nicht mal hinter vorgehaltener Hand formuliert hätten. Widerstand und Empörung in Politik, Medien und Gesellschaft? Marginal und ohne jegliche Bedeutung.

Und es steht zu befürchten, dass das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht ist. Die parlamentarische „Linke" scheint zu allem bereit, um auf diesen Gebieten Härte zu zeigen. Die Liberalen und Konservativen haben diese radikal rechte Entwicklung in 25 Jahren mehr als bereitwillig mitgemacht und werden an dieser Linie nichts ändern. Die DVP und insbesondere NB, werden dafür sorgen, dass dieses Thema weiterhin eines der Bestimmenden in der öffentlichen Debatte sein wird.

Die DVP geht unter und wird nicht in alter Stärke wiederkommen. Sie hat sich selbst ins Abseits manövriert und die Reste sind gerade im Zerfall. Die persönliche Niederlage der Beteiligten ist enorm. Der politischen Wertekampf ist aber gewonnen. Der Rassismus hat sich festgesetzt und ein breiter Teil der dänischen Bevölkerung hat sich dankbar infizieren lassen. Rassismus ist mehrheitsfähig im heutigen Dänemark.

Im Endeffekt bleibt, ausser einer persönlichen Genugtuung über den Niedergang der DVP, für die Linke kein Anlass zur Freude. Die Partei geht, das Erbe bleibt. Die Zukunft in Dänemark ist rechtsoffen. •

1 www.zetland.dk/historie/sO9kYXZW-aOZj67pz-a9b7b **2** www.berlingske.dk/politik/pia-k-foeler-sig-saaret-af-kritik-jeg-roser-og-skaelder-ud **3** https://politiken.dk/indland/art8163613/%C2%BBEn-bombe-kan-falde-ned-i-dit-hus.-Det-er-ikke-n%C3%B8dvendigvis-noget-personligt-mellem-dig-og-regimet%C2%AB. **4** https://bl.dk/politik-og-analyser/temaer/her-er-listen-over-parallelsamfund/ **5** https://nyheder.tv2.dk/politik/2021-01-22-mette-frederiksen-malet-er-nul-asylansogere-til-danmark **6** https://im.dk/nyheder/nyhedsarkiv/2021/mar/nyt-udspil-skal-forebygge-parallelsamfund **7** www.altinget.dk/udvikling/artikel/her-er-den-hemmelige-aftale-mellem-danmark-og-rwanda



Carl Kinsky
Proud Boys
Trumpismus und der Aufstieg ultranationalistischer Bruderschaften

Unrast Verlag, Münster 2021
87 Seiten, 7,80 Euro
ISBN 978-3-89771-150-1

Am 6. Januar 2021 versammelten sich in Washington D.C. tausende Anhänger*innen von Donald Trump, um gegen dessen Abwahl und die geplante Bestätigung des neuen US-amerikanischen Präsidenten Joe Biden zu protestieren. Angeführt von extrem rechten Aktivist*innen kam es im Laufe des Tages zu massiven Ausschreitungen, die in der Erstürmung des Kapitols endeten und den vorläufigen Höhepunkt einer jahrelangen nationalistischen Mobilisierung markierten. Wie schon oft bei gewalttätigen Auseinandersetzungen in den zurückliegenden Jahren, spielten auch hier die erst 2016 gegründeten „Proud Boys“ eine zentrale Rolle. Ein im Oktober 2021 im Unrast Verlag veröffentlichtes Buch nimmt nun erstmals die ideologischen Motive in den Blick und widmet sich der Entstehungsgeschichte dieser als Bruderschaft organisierten Gruppierung.

Die „Proud Boys“ und ähnliche Gruppierungen werden dabei nicht isoliert betrachtet, sondern ihr Wirken und Auftreten immer wieder im Kontext des sogenannten „Trumpismus“ thematisiert. Kinsky sieht darin eine Ideologie, „die zunächst auf eine Rückbesinnung auf bisherige, auf Ungleichheit beruhende Vorstellungen der Demokratie durch die Mobilisierung einer patriarchalen weißen Mehrheitsbevölkerung zielt.“ Diese Bewegung ist nicht mit Trump entstanden, sondern hat einen organisatorischen Vorlauf. Verwiesen wird u.a. auf die Entstehung der „Tea-Party-Bewegung“ ab 2009, die sich als Fundamentalopposition gegen den damaligen demokratischen Präsidenten Barack Obama erfolgreich etablierte. Neben der Übernahme entsprechender politischer Forderungen durch die Republikanische Partei, ist schon zu diesem Zeitpunkt ein Erstarken der Milizbewegung sowie die Ausbreitung reaktionärer, rassistischer und extrem rechter Narrative festzustellen. Diese flossen auch 2016 in Trumps Präsidentschaftswahlkampf ein und weite Teile der extremen Rechten konnten sich mit dem Kandidaten der Republikaner identifizieren. In dieser Phase nationalistischer Mobilisierung werden auch die „Proud Boys“ von Gavin McInnes gegründet, deren „Hauptziel die physische Bekämpfung vermeintlicher Staatsfeinde ist.“ Exemplarisch dafür stehen die gezielten Auseinandersetzungen mit Antifaschist*innen, die ihren Ausgang 2017 im kalifornischen Berkeley nahmen und in einem eigenen Abschnitt des Buches nachgezeichnet werden.

Diese gewaltförmige Perspektive ist verbunden mit der Wiedererlangung einer „echten“ Männlichkeit sowie einer angestrebten sozialen Dominanz von Männern in allen Lebensbereichen. Kinsky zeigt wie dies in die eigene Gruppe (anhand von Aufnahmeritualen u.ä.) wirkt, verweist aber auch hier auf den notwendigen Kontext. „Angesichts einer Gesellschaftsstruktur, in der historisch weiße Männlichkeit weitestgehend die Voraussetzung für gesellschaftlichen Einfluss war, wird die zunehmende Beteiligung von Frauen und People of Colour an der politischen Ökonomie als Bedrohung eigener Privilegien empfunden.“ Diese Bewahrung männlicher Vormachtstellungen geht bei den „Proud Boys“ mit der Wiederherstellung nationalistischer Größe einher und ist für unterschiedliche soziale Milieus anschlussfähig. Obgleich Donald Trump nicht mehr im Weißen Haus sitzt und die „Proud Boys“ nach dem Kapitolsturm von Repression betroffen und auch eingeschränkt waren, wird abschließend darauf verwiesen, dass sich einerseits eine anhaltende Radikalisierung der Republikanischen Partei abzeichnet, andererseits extrem rechte Gruppierungen den politischen Rückenwind der Präsidentschaft Trump genutzt haben, „für den Ausbau rechter Hegemonie auf den Straßen.“

Auf nur 87 Seiten gewährt Carl Kinsky einen kenntnisreichen und lesenswerten Einblick in jenen Teil der US-amerikanischen extremen Rechten, der massiv an Einfluss gewonnen hat und uns auch in den nächsten Jahren weiter begleiten wird. •

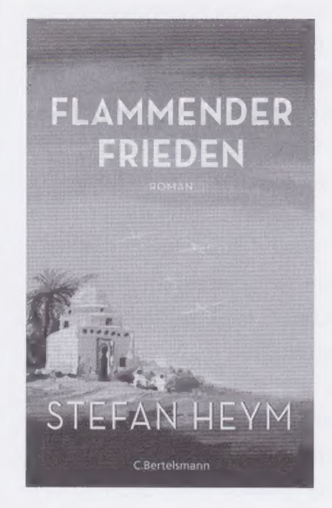
1913 in Chemnitz als Helmut Flieg in einem jüdischen Elternhaus geboren, engagierte sich Stefan Heym schon in seiner Jugend als Antifaschist. 1931 wurde er wegen eines antimilitaristischen Gedichts vom Gymnasium seiner Heimatstadt verwiesen. Nach dem Reichstagsbrand floh er in die Tschechoslowakei und ging 1935 in die USA, wo er zunächst als Journalist arbeitete. 1942 veröffentlichte er seinen ersten Roman „Hostages“ über den vermeintlichen Mord an einem deutschen Offizier in Prag, der dem tschechischen Widerstand angelastet wird. Bereits mit diesem Erstlingswerk hatte Heym großen Erfolg – auch, weil er auf Englisch schrieb und sich so an ein breites Publikum und nicht nur den begrenzten Kreis der deutschen Exilanten richtete. 1943 ging Heym zur US-Army und wurde Mitglied einer Einheit für psychologische Kriegsführung. Hier war er für das Verfassen von Flugblättern, Zeitungen, Rundfunkbeiträgen und Lautsprecherdurchsagen verantwortlich, die deutsche Soldaten zur Aufgabe bewegen sollten.

Der 1944 in den USA erschienene Thriller „Flammender Frieden“ wurde erst jetzt ins Deutsche übersetzt und erschien Ende letzten Jahres. Die Handlung setzt ein im Weltkriegsschauplatz Algerien im Jahre 1942 und erzählt von der Jagd des deutsch-jüdischen Exilanten und US-Soldaten Bert Wolff auf den Nazioffizier Liszt, der vor den anrückenden Amerikanern geflohen und untergetaucht ist. Liszt muss gestoppt werden, bevor er die auf dem Rückzug befindlichen deutschen Truppen erreicht und eine gemeinsame Gegenoffensive mit den Kampfverbänden der Vichy-treuen Algerien-Franzosen organisieren kann. Der Roman hat spannende Passagen und vermittelt einiges über die ambivalente Rolle der im Land ansässigen Franzosen sowie den unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der US-Armee über die Ziele des Kriegs. Das für den späteren Stefan Heym typische intensive Ausleuchten der inneren Motive und Widersprüche seiner Protagonisten fehlt hier jedoch und so bleiben die Charaktere oftmals blass.

„Flammender Frieden“ kann als Vorübung für seinen Kriegsroman „The Crusaders“ gesehen werden, mit dem er 1948 großen Erfolg hatte. Heym zählt zu den wichtigsten deutschen Schriftstellern des 20. Jahrhunderts und steht mit seiner Biografie für eine humanistische, sozialistische Haltung, die ihn Zeit seines Lebens immer wieder mit den Mächtigen in Konflikt brachte. 1952 verließ er unter dem Druck der antikommunistischen McCarthy-Ära die USA und siedelte nach einem kurzen Aufenthalt in Prag in die DDR über. Heym setzte zunächst große Hoffnungen in den jungen sozialistischen Staat, publizierte weiter auf Englisch und wurde 1959 mit dem Nationalpreis der DDR ausgezeichnet. Zu Konflikten mit der Staatsführung kam es allerdings schon 1956, als die Veröffentlichung seines Buches „Fünf Tage im Juni“ über die Aufstände 1953 abgelehnt wurde. Nachdem er Erich Honecker beim 11. Plenum der SED 1965 heftig kritisierte, wurde er mit einem Veröffentlichungsverbot bestraft, das erst Anfang der 1970er Jahre wieder aufgehoben wurde. Inzwischen schrieb er wieder auf Deutsch.

Seine Erstveröffentlichungen erschienen bis zum Ende der DDR nur noch bei westdeutschen Verlagen, 1979 wurde er wegen seines Protests gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen. Nach der Wende und dem Anschluss der DDR, gegen den Heym sich entschieden ausgesprochen hatte, kritisierte er die Abwicklung der ostdeutschen Wirtschaft und die Benachteiligung der ehemaligen DDR-Bürger. 1994 wurde er als Direktkandidat der PDS in den Bundestag gewählt und hielt eine vielbeachtete Antrittsrede als Alterspräsident, nach der ihm die Unionsabgeordneten den Applaus verweigerten. 2001 starb Heym bei einem Aufenthalt in Israel.

Flammender Frieden bildet den Abschluss einer 2021 erschienenen 28-bändigen digitalen Werkausgabe Stefan Heyms, die teils lange vergriffene Bücher wieder zugänglich macht und ihm hoffentlich auch 20 Jahre nach seinem Tod viele neue Leser*innen beschert. •



Stefan Heym
Flammender Frieden

C. Bertelsmann, München 2021
480 Seiten, 24 Euro
ISBN 978-3-570-10446-0

AIB 115 / 2.2017

AfD auf Eurasien-Kurs



Putin-Fans beim Legida-Aufmarsch in Leipzig

2017 berichteten wir im AIB 115 unter der Überschrift „Auf dem Weg nach Eurasien" über die Beziehungen der „Alternative für Deutschland" (AfD) nach Russland. Basierend auf einer alten außenpolitischen Strategie, hat die rechte Partei enge Kontakte nach Moskau aufzubauen versucht. Inzwischen werden ihre Bemühungen von dort erwidert. Die AfD ist nicht von Anfang an eindeutig auf Russland-Kurs gewesen. „Ich nehme zur Kenntnis, dass die Partei in dieser Frage zwei Flügel hat", gab der stellvertretende AfD-Sprecher Alexander Gauland im August 2014 zu Protokoll, als bekannt geworden war, dass der damalige Parteichef Bernd Lucke im Europaparlament einer Verschärfung der Russland-Sanktionen zugestimmt hatte. Lucke, ein Anhänger einer primär transatlantischen Orientierung Deutschlands, hatte sich damit offen gegen den prorussischen Flügel der Partei gestellt. Der prorussische Flügel wurde mit dem Abgang der Lucke-Leute im Juli 2015 schließlich in der AfD hegemonial. Gauland hat die Grundgedanken, die für diese Fraktion prägend sind, in einem Thesenpapier zur Außenpolitik festgehalten. „Wir Deutschen vergessen manchmal", notierte er darin, „dass Russland an entscheidenden Wegmarken der deutschen Geschichte positiv Pate gestanden hat." In diesem Sinne verabschiedete die AfD auf ihrem Bundesparteitag 2015 eine „Resolution zur außenpolitischen Lage". Zunächst handelt es sich bei der Forderung nach einer gewissen Zusammenarbeit mit Russland schlicht um ein außenpolitisches Konzept — um eines, das der ausschließlichen Fixierung auf das transatlantische Bündnis eine Absage erteilt und eine zumindest punktuelle Kooperation mit Moskau, in extremer Form sogar einen Pakt mit Russland gegen den Westen („Eurasien") vorsieht. Die AfD greift das Konzept von rechts auf, erweitert es ideologisch um antiliberale, autoritäre, völkisch-homophobe Elemente - und kooperiert dementsprechend auch mit ultrarechten russischen Organisationen. Im September 2014 führte Gauland erste Gespräche in der russischen Botschaft in Berlin und kehrte mit der Nachricht zurück: „Die Russen haben das Gefühl, dass wir sie in Europa nicht wollen. Sie fühlen sich von der NATO bedrängt." Im November 2014 diskutierten der damalige AfD-Bundesgeschäftsführer Georg Pazderski und AfD-Pressesprecher Christian Lüth mit russischen Diplomaten; Gauland erklärte dazu: „Es spricht nichts gegen einen regelmäßigen konstruktiven Austausch mit den Russen." Der Austausch wurde fortgeführt. Markus Frohnmaier, damaliger Co-Vorsitzender der Jungen Alternative (JA), ließ sich 2015 mit Daniil A. Bisslinger fotografieren, der in der russischen Botschaft in Berlin für Kontakte zu Jugendorganisationen zuständig ist; selbstverständlich wurde Frohnmaier auch in der Botschaft selbst empfangen. Hinzu kommt, dass Moskau die AfD wegen deren prorussischen Positionen auch über einfache Botschaftskontakte hinaus unterstützt. Als Gauland im Oktober 2015 auf Einladung der „Stiftung Sankt Basilius der Große" in St. Petersburg weilte, traf er sich mit einem Vertreter der Regierungs-Partei „Einiges Russland" und mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrats, Andrej Klimow, zum Gespräch. Im April 2016 wurde der Europaabgeordnete Marcus Pretzell zum „Yalta International Economic Forum" auf die Krim eingeladen; am Rande der Veranstaltung konferierte er mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des russischen Föderationsrates, Jewgenij Buschmin. Ebenfalls im April 2016 kamen Frohnmaier und Sven Tritschler, der zweite Co-Vorsitzende der JA, mit dem Duma-Abgeordneten Robert Schlegel „Einiges Russland" in Berlin zusammen. Im Februar 2017 wiederum reiste die AfD-Co-Vorsitzende Frauke Petry nach Moskau und sprach dort nicht nur mit Duma-Präsident Wjatscheslaw Wolodin und seinem Stellvertreter Pjotr Tolstoi, sondern auch mit dem Vorsitzenden des Duma-Ausschusses für internationale Angelegenheiten, Leonid Slutsky, sowie mit weiteren russischen Parlamentariern — darunter der Veteran der parlamentarischen extremen Rechten in Russland, Wladimir Schirinowski. Mitgereist war, weil auch eine mögliche Zusammenarbeit auf der Ebene der Jugendorganisationen besprochen werden sollte, Julian Flak, der im AfD-Bundesvorstand die Parteijugend vertritt. Vorteilhaft für die AfD ist bei alledem, dass sie in der Deutschland-Berichterstattung russischer Staatsmedien gewöhnlich gut wegkommt. Nicht zuletzt über diese Berichterstattung findet die Partei erfolgreich Zugang zu Russlanddeutschen, einer teilweise konservativ-reaktionär geprägten Bevölkerungsgruppe, die häufig soziae isoliert in Sozialbausiedlungen leben. Gerade in solchen Wohngebieten fährt die AfD zur Zeit Wahlergebnisse von mehr als 30 Prozent ein. •

KONTAKT
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/Antifaschistisches Infoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF
8DC1 51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM
Antifaschistisches Infoblatt
36. Jahrgang
Nummer 134 | 1.2022

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt

ABOKONDITIONEN

Preise*

• 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• 10 Ausgaben im Abonnement	35,00 Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20 % Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 133

TITEL
Pandemieleugner

NS-SZENE
Der rechte Traum vom Tag X

BRAUNZONE
Von der DDR-Opposition nach rechts außen

INTERNATIONAL
Griechenland: Ehemalige Jugoslawien-Söldner auf freiem Fuß



AIB 132

TITEL
Hammerskins – Das geheime Netzwerk

RASSISMUS
PiS-Partei als Wächter der Festung Europa

REPRESSION
Das Antifa Ost-Verfahren

INTERNATIONAL
Ukraine: Die extrem rechte „Centuria" und die Nationale Militärakademie

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ☐ 10 ☐ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin